Das GRÜNE Regierungsprogramm 2024–2029

Hessen lieben.

Zukunft leben.

Impressum

Herausgeber:
BÜNDNIS 90 / Die Grünen Hessen
Landesgeschäftsstelle

V.i.S.d.P.:
Bärbel Hartmann, Geschäftsführerin
Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden

Design:
KOMPAKTMEDIEN Agentur
für Kommunikation GmbH

Das Wahlprogramm wurde am 8. Juli 2023
auf dem Landesparteitag in Frankfurt am Main
beschlossen.

Inhaltsverzeichnis

Impressum 3

Präambel **Gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt** 5

Kapitel 1 **Den Wirtschaftswandel zu einem klimaneutralen Land gestalten, Energie-, Wärme- und Verkehrswende verwirklichen** 7

Mit einem Klima- und Transformationsfonds den Wandel gestalten ··· 8
Vollbeschäftigung durch Klimaschutz, Kreativität und Innovation ··· 8
Volle Kraft für erneuerbare Energien ··· 8
Mit Energieeffizienz ernst machen – Wärmewende jetzt ··· 9
Beratungsoffensive für mehr Durchblick im Dickicht ··· 9
Intelligente Netze, Innovation und Forschung als Rückgrat der Energiewende ··· 10
Verkehrswende gestalten für Mensch und Umwelt ··· 10
Mobilität auf die Füße stellen ··· 11
Ein sicheres und ausgebautes Radverkehrswegenetz für Hessen ··· 11
Unterwegs mit Bus und Bahn in Stadt und Land ··· 11
Mobilität klimaneutral machen ··· 12
Flugverkehr reduzieren und Lärmschutz stärken ··· 12
Fach- und Arbeitskräfte sichern ··· 13
Ausbildung in den Fokus rücken ··· 13
Industriestandort sichern, kleine und mittlere Unternehmen fördern ··· 13
Handwerk hat grünen Boden ··· 14
Hessen als Land der Unternehmensgründer*innen ··· 14
Ökonomie am Gemeinwohl ausrichten ··· 15
Gute Arbeitsbedingungen, faire öffentliche Vergaben ··· 15
Innenstädte aufwerten, regionale Wertschöpfung stärken ··· 15
Tourismusland Hessen ··· 16

Kapitel 2 **Klima und biologische Vielfalt schützen, Agrarwende vorantreiben, ländlichen Raum stärken** 17

Hessen wird Klimaland ··· 17
Klimaanpassung in Natur und Gesellschaft ··· 18
Hessisches Naturerbe erhalten, Artenschutzoffensive starten ··· 18
Ehrgeizige Ziele brauchen engagierte Menschen ··· 19
Hessens Wälder werden naturnah, artenreich und klimastabil ··· 19
Wasser heißt Leben ··· 20
Hessen bleibt Vorreiter der Agrarwende ··· 21
Boden ist endlich ··· 21
Weniger ist mehr ··· 22
Tiere konsequent schützen ··· 22
Jagd ökologisch gestalten ··· 23
Verbraucher*innenschutz ··· 23
Gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum ··· 23

Kapitel 3 **Für ein soziales und gesundes Hessen, in dem alle Chancen haben und dazugehören** **25**

Ein stabiles soziales Netz, auf das sich alle verlassen können ····· 25
Armut vermeiden, Integration in Ausbildung und Arbeit stärken ····· 26
Gesundheitsversorgung und Pflege beginnen vor Ort ····· 27
Öffentlicher Gesundheitsdienst ist wichtiger denn je ····· 28
Familien, Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt ····· 29
Für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter ····· 30
Mit Integration auf Vielfalt und Teilhabe setzen ····· 30
Sicherer Hafen für Menschen auf der Flucht ····· 31
Hessen unter dem Regenbogen – für ein diskriminierungsfreies Leben queerer Menschen ····· 31
Für eine inklusive Gesellschaft, in der alle teilhaben können ····· 32
Religionen verdienen Wertschätzung ····· 33
Jüdisches Leben in Hessen sichtbar machen ····· 33
Bürgerschaftliches Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen ····· 33
Für eine Drogenpolitik, die hilft statt verurteilt ····· 34

Kapitel 4 **Bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum in Stadt und Land** **35**

Mehr Wohnraum schaffen, sozialen Wohnungsbau ausweiten ····· 35
Klimaschutz und Biodiversität auch beim Bauen und Wohnen ····· 36
Neue Wohnformen unterstützen ····· 37
Kommunale Beratung ausbauen, Akteur*innen vernetzen ····· 37
Innovation für Boden, Material und Design ····· 37

Kapitel 5 **Bildungsgerechtigkeit durch gute Kitas und Schulen** **39**

Auf die ersten Jahre kommt es an ····· 39
Kinderbetreuung: mehr Plätze und bessere Qualität ····· 40
Fachkräftesicherung und Ausbildung von Erzieher*innen ····· 40
Vielfalt in der frühkindlichen Bildung ····· 40
Die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen ····· 41
Chancengerechtere Bildung im Ganztag ····· 41
Lernen mit und über die digitale Welt ····· 42
Die Schule der Zukunft bauen ····· 42
Methodenvielfalt und Wahlfreiheit stärken ····· 43
Vielfalt als Chance und Bereicherung ····· 43
Vielfalt in der Schullandschaft fördern ····· 44
Gleichwertige Wege in eine berufliche Perspektive ····· 44
Schule gemeinsam weiterentwickeln ····· 44
Engagierte Lehrkräfte gewinnen ····· 45
Berufliche Schulen zukunftsfähig aufstellen ····· 45
Erwachsenen- und Weiterbildung ····· 45
Beschulung von zugewanderte und geflüchtete Menschen ····· 46

Kapitel 6 **Starke Hochschulen und exzellente Forschung für die Gesellschaft von morgen** **47**

Bildungsgerechtigkeit braucht gute Lehre ··· 47
Vielfältige Bildungsbiografien und lebenslanges Lernen ··· 48
Forschung für morgen ··· 48
Autonomie heißt Verantwortung ··· 49
Vielfalt schafft Innovationskraft ··· 49
Studierendenwerke stärken ··· 50
Hochschulfinanzierung ··· 50
Hochschulen nachhaltig bauen ··· 51
Faire Arbeitsbedingungen ··· 51
Weiterbildung stärken für die Fachkräfte von morgen ··· 51
Universitätsmedizin mit guten Bedingungen für Forschung, Lehre und Patient*innen ··· 52

Kapitel 7 **Kultur – so kreativ und vielfältig wie Hessen** **53**

Masterplan Kultur umsetzen – Dialog fortsetzen ··· 53
Kultur strukturell stärken ··· 53
Kultur für alle ··· 54
Sub- und Clubkultur fördern ··· 55
Kulturelle Bildung von Anfang an ··· 55
Kulturelle Teilhabe in Stadt und Land ··· 55
Kulturelles Erbe sichern ··· 56
Nachhaltig in die Zukunft ··· 56
Historische Verantwortung und Erinnerungskultur ··· 56
Unabhängige und vielfältige Medien für eine starke Demokratie ··· 57

Kapitel 8 **Gleichstellung – gleiche Rechte für Frauen, gleiche Rechte für alle** **58**

Die Hälfte der Macht gehört Frauen ··· 58
Gewalt gegen Frauen entschlossen bekämpfen ··· 60
Frauengesundheit fördern ··· 61

Kapitel 9 **Digitales Hessen – sicher, gerecht und grün** **62**

Digitalisierung, die allen dient ··· 62
Bürgerfreundliche und moderne Verwaltung mit Digitalisierung gestalten ··· 63
Digitale Transformation der Wirtschaft ··· 64
Digitale Infrastruktur klug einsetzen ··· 64
Risiken der Digitalisierung reduzieren ··· 65

Kapitel 10 **Bürgerrechte wahren, unsere Demokratie verteidigen, Gemeinschaft stärken durch eine verantwortliche Innenpolitik** **66**

Bürgerrechte stärken ··· 66
Extremismus bekämpfen, Antifaschismus leben ··· 67
Polizei in einer demokratischen Gesellschaft ··· 67
Aus den Untersuchungsausschüssen lernen ··· 68
Demokratie fördern ··· 68
Unsere Verfassung schützen ··· 69
Kommunalpolitik ist der direkte Zugang zur Demokratie ··· 69
Für eine an Humanität orientierte Asylpolitik ··· 70
Ehrenamt im Sport unterstützen ··· 70
Für starke Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz ··· 71
Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement tragen unsere Gesellschaft ··· 71
Für eine moderne Verwaltung und einen attraktiven öffentlichen Dienst ··· 72

Kapitel 11 **Eine starke, unabhängige und funktionsfähige Justiz als Grundlage unseres Rechtsstaats** **73**

Justizbehörden zukunftsfähig aufstellen ··· 73
Prävention als Leitgedanke ··· 74
Strafvollzug und Resozialisierung ··· 75
Opfer von Straftaten schützen, Unterstützungsangebote ausbauen ··· 75

Kapitel 12 **Hessen vernetzt in Europa und der Welt – global denken, lokal handeln** *76*

Europa nah bei den Menschen in Hessen ··· 76
Europa für junge Menschen erlebbar machen ··· 77
Europäische Integration für sozialen Zusammenhalt ··· 77
Wertegeleitete Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftspolitik ··· 78

Kapitel 13 **Nachhaltige Finanzen und Investitionen in die Zukunft** **79**

Schuldenbremse weiterentwickeln ··· 79
Fairer Finanzausgleich zwischen Land und den Kommunen ··· 79
Nachhaltiges Finanzwesen ··· 80
Steuerkriminalität und Geldwäsche bekämpfen ··· 80
Ablösung der Staatskirchenleistungen ··· 80
Frankfurt wird europäischer Sustainable Finance-Standort ··· 80

Präambel Gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir leben in einer Zeit mit vielfältigen Herausforderungen. Die Klimakrise, die Coronapandemie und der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine haben vieles infrage gestellt, was uns bislang selbstverständlich erschien. Viele Menschen sind verunsichert und machen sich Sorgen um die Zukunft. Gerade in Zeiten wie diesen kommt es auf die richtigen politischen Entscheidungen an. Wir können uns die Krisen und Herausforderungen nicht aussuchen. Wir haben es aber in der Hand, wie wir damit umgehen.

Hoffen wir darauf, dass doch irgendwie alles wieder wird wie früher? Glauben wir, dass wir weiter Raubbau an unserem Klima und unserer Umwelt betreiben können? Akzeptieren wir, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet? Unsere Antwort ist klar: Politik kann und muss gestalten. Wir wollen die aktuellen Krisen bewältigen und dafür sorgen, dass unser Land gestärkt daraus hervorgeht. Wir gehen notwendige und teilweise schwierige Veränderungen an, weil wir nur so ein lebenswertes Land für uns und kommende Generationen erhalten können. Wir wissen, dass es in unserem Land sozial und gerecht zugehen muss – auch damit alle die notwendigen Veränderungen mitgehen können.

Wir stehen für ein Hessen,
- das Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz zusammenbringt mit sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit,
- das wirtschaftlich stark ist und seinen Wohlstand klimaneutral und umweltverträglich schafft,
- das zusammenhält, solidarisch ist und sich nicht spalten lässt,
- in dem alle Menschen gleiche Chancen haben, sich frei entfalten, gesund, sicher und ohne Diskriminierungen leben können,
- das eine vielfältige, offene und bunte Gesellschaft als Bereicherung und Chance sieht sowie
- das unsere Demokratie verteidigt und dem Rechtsextremismus den Kampf ansagt.

Wir haben in der Landesregierung in den vergangenen Jahren bereits einiges erreicht. Einige Beispiele finden Sie in diesem Programm. Wir sind aber auch immer wieder an Grenzen gestoßen. Deshalb werben wir bei dieser Wahl erstmals darum, stärkste Partei im Landtag zu werden und mit Tarek Al-Wazir den Ministerpräsidenten zu stellen. Denn es macht einen Unterschied, wer an der Spitze der Regierung steht und die Richtlinien der Politik bestimmt.

Gerade in Zeiten wie diesen braucht es eine andere politische Führung, einen anderen Ministerpräsidenten. Wir brauchen den Mut, neue Wege und den nächsten Schritt zu gehen. Weder „Weiter so“ noch „Alles muss anders werden“ wird der aktuellen Lage gerecht. Wir brauchen einen Ministerpräsidenten, der über den Tag hinausblickt, hart arbeitet und Schritt für Schritt vorangeht. Einen Ministerpräsidenten, der mit beiden Beinen fest in Hessen verankert ist. Einen Ministerpräsidenten, der für die Vielfalt Hessens steht. Einen wie Tarek Al-Wazir.

Mit Zuversicht, Entschlossenheit und Mut wollen wir mit ihm für unser Land den nächsten Schritt gehen. Den nächsten Schritt für ein ökologisches, soziales, vielfältiges und wirtschaftlich starkes Hessen – heute und in Zukunft.

In diesem Programm beschreiben wir, wie wir unser Land in den nächsten Jahren gestalten wollen:
- Bis spätestens 2035 soll Hessen klimaneutral sein, die Landesverwaltung sogar schon bis 2030. Dafür werden wir die Energie-, Wärme- und Verkehrswende konsequent vorantreiben. Bei der Agrarwende sind 30 Prozent ökologische Landwirtschaft bis 2030 unser Ziel.
- Den Wirtschaftswandel zu einem klimaneutralen Land wollen wir mit einem Klima- und Transformationsfonds in Höhe von mindestens 6 Milliarden Euro so gestalten, dass daraus neue Chancen für unser Land entstehen und alle auf dem Weg mitgenommen werden.
- Umwelt- und Klimaschutz bieten ein riesiges Potenzial für neue Produkte und Märkte. Durch die Innovation und Kreativität der hessischen Unternehmen und ihrer Beschäftigten verbunden mit einer entsprechenden Förderpolitik des Landes wollen wir nachhaltige Arbeitsplätze schaffen und halten Vollbeschäftigung für ein erreichbares Ziel.

- Dem Fachkräftemangel wollen wir konsequent begegnen. Wir werden alle Aktivitäten der Landesregierung zu diesem Thema in der Staatskanzlei bündeln und gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmensverbänden diese Maßnahmen weiter ausbauen. Zuwanderung wird ein wichtiger Baustein der Fachkräftesicherung bleiben. Daher werden wir eine zentrale Anlaufstelle schaffen, um Anerkennung von Abschlüssen, aufenthaltsrechtliche Fragen und Integrationsmaßnahmen zügig aus einer Hand zu unterstützen.
- Gerade in Zeiten mit vielen Veränderungen braucht es ein stabiles soziales Netz und eine verlässliche Daseinsvorsorge. Daher werden wir das Sozialbudget auf 200 Millionen Euro pro Jahr erhöhen und eine wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung sicherstellen.
- Wir stehen für eine inklusive Gesellschaft, die umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderungen sowie eine barrierefreie Gestaltung des Sozialraums.
- Das beste Mittel für gleichere Chancen und mehr Gerechtigkeit ist gute Bildung. Daher werden wir massiv in Kitas, Schulen, Ausbildung und Hochschulen investieren. Den Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung werden wir für alle Grundschulkinder schnellstmöglich umsetzen. Mit einem Tablet und entsprechender Lernsoftware sorgen wir für eine digitale Grundausstattung für alle Schülerinnen und Schüler.
- Die Digitalisierung werden wir auch insgesamt vorantreiben – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung. Sie ist für uns allerdings kein Selbstzweck. Digitalisierung muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt.
- Die besonderen Bedürfnisse von älteren Menschen in Bezug auf Mobilität, soziale und kulturelle Teilhabe, medizinische und pflegerische Versorgung werden wir verstärkt berücksichtigen. Denn wir wollen ein Hessen, in dem alle gut leben können.
- Die Schönheit und Vielfalt von Hessens Wäldern, Natur, der Tier- und Pflanzenwelt des Landes wollen wir als Erholungsraum für uns Menschen, für die biologische Vielfalt und als unsere Lebensgrundlage erhalten. Dafür bringen wir das größte Aufforstungs- und Waldentwicklungsprogramm in der Geschichte Hessens auf den Weg und werden den Schutz unserer Naturschätze verbessern. Für den Schutz der Biodiversität in Hessen und die Trendwende beim Artensterben wollen wir bis zum Jahr 2030 insgesamt 1 Milliarde Euro investieren.
- Besondere Bedeutung kommt dem Schutz unserer Lebensgrundlage Wasser zu. Wir wollen unsere Grundwasservorräte sichern sowie dem Absterben ganzer Waldflächen und dem Versiegen von Bächen entgegenwirken.
- Wir stehen für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. In den Ballungsräumen wollen wir dafür sorgen, dass Wohnen für alle bezahlbar ist. Im ländlichen Raum geht es uns darum, dass die Daseinsvorsorge überall verfügbar ist.
- Hessen ist so vielfältig wie die Menschen, die hier leben. Wir wollen, dass alle dazugehören, sich angenommen und heimisch fühlen. Deshalb werden wir das hessische Integrations- und Teilhabegesetz konsequent umsetzen. Wir werden die Arbeit der Landesregierung gegen Diskriminierung ausbauen und ein Antidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen. Denn kein Mensch darf aufgrund seiner Herkunft, seines Alters, Geschlechts, seiner religiösen Zugehörigkeit, seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden. Für Geflüchtete soll Hessen ein sicherer Hafen sein und weiterhin mehr tun als andere Bundesländer.
- Kultur ist das Lebenselixier einer offenen, vielfältigen und kreativen Gesellschaft. Wir werden daran arbeiten, dass es beim Zugang zu Kultur keine Schranken gibt: nicht zwischen Hoch- und Subkultur, nicht zwischen Stadt und Land, nicht zwischen Jung und Alt, nicht zwischen arm und reich. Kultur ist für alle da.
- Eine freie und offene Gesellschaft braucht eine verlässliche Polizei und eine leistungsfähige Justiz. Wir werden die Ausstattung der Polizei verbessern, Fehlentwicklungen innerhalb der Polizei korrigieren und ein neues Leitbild für die Polizeiarbeit in einer pluralistischen Gesellschaft erstellen. Den Personalaufbau in der Justiz werden wir fortsetzen und durch organisatorische Maßnahmen die Verfahren beschleunigen.
- Wir stehen für eine solide und nachhaltige Finanzpolitik. Wir dürfen kommenden Generationen weder durch Schulden noch durch eine vernachlässigte Infrastruktur oder mangelnden Klimaschutz Hypotheken für die Zukunft hinterlassen. Deshalb wollen wir die Schuldenbremse weiterentwickeln.

Mehr zu allen Themen finden Sie in diesem Programm. Das ist unsere Vorstellung davon, wie wir unser Land in den nächsten Jahren zusammen entwickeln können. Für diese Politik bitten wir um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen. Und wir bitten Sie, diesen Weg zu einem ökologischen, gerechten, vielfältigen und wirtschaftlich starken Hessen gemeinsam mit uns zu gehen. Denn Politik kann viel, sie kann aber nicht alles. Ohne eine aktive Zivilgesellschaft und die vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger in unserem Land würde unsere Demokratie nicht funktionieren.

Gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt für unser Hessen.

Kapitel 1 Den Wirtschaftswandel zu einem klimaneutralen Land gestalten, Energie-, Wärme- und Verkehrswende verwirklichen

Der Wirtschaftswandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaftsweise, Mobilität, Energie- und Wärmeversorgung ist die größte Veränderung seit Beginn der industriellen Revolution. Im 19. Jahrhundert sind wir in die massenhafte Verbrennung von Kohle, Gas und Öl eingestiegen. Im 21. Jahrhundert müssen wir aus der Verbrennung fossiler Energien aussteigen und gleichzeitig unseren Wohlstand sichern. Eine Wirtschaftsweise ohne klimaschädliche Treibhausgase ist nicht nur möglich: Hessen ist ein Industrieland und hat die Innovationskraft, um klimaneutral und damit zukunftsfähig zu werden. Es ist eine große Chance, wenn Energie- und Klimainnovationen hier bei uns entstehen. Wir wollen ein Hessen, das mit anderen nicht um die niedrigsten Löhne, sondern die besten Produkte konkurriert. Hierin liegt die Chance für zukunftssichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. Deshalb sind der Wandel unserer Wirtschaft sowie die Energie-, Wärme- und Verkehrswende nicht allein ökologisch, sondern auch ökonomisch vorteilhaft. Entscheidend ist, den Wandel und die zunehmende Digitalisierung so zu gestalten, dass sie alle Menschen gut mitgehen können. Es kommt darauf an, den vor uns liegenden Wandel über mehrere Jahre und Jahrzehnte aktiv zu gestalten.

Zur Bekämpfung des Klimawandels und zum Erhalt unseres Wohlstands brauchen wir saubere Energie. Und seit dem Angriffskrieg Russlands und durch die damit zusammenhängenden Preisexplosionen für fossile Energieträger wird uns drastisch vor Augen geführt, welch fataler sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fehler es ist, dass Deutschland so stark auf Öl- und Gaslieferungen aus fragwürdigen Quellen angewiesen ist.

Wir wollen die Verkehrswende schaffen – für den Klimaschutz, aber auch weil sie bezahlbare, sichere Mobilität, eine bessere Lebensqualität für alle und bessere Chancen für den Wirtschaftsstandort Hessen schafft. Wir wollen die Freiheit, nicht auf ein Auto angewiesen sein zu müssen. Wir wollen, dass man nachhaltig mobil sein kann, egal wo man lebt und egal wie jung oder alt man ist.

Wir haben schon einiges erreicht. Wir GRÜNE in Hessen haben die Energiewende in Hessen nach Kräften vorangebracht – nun endlich auch mit viel Rückenwind durch die grüne Regierungsbeteiligung im Bund. Mehr als die Hälfte des in Hessen produzierten Stroms kommt bereits aus erneuerbaren Energien. Wir haben 2 Prozent der Fläche in Hessen für Windkraft und 1 Prozent für Solarenergie vorgesehen, kommunale Wärmeplanung angestoßen und für jede*n abrufbar ein Solar-Kataster zur Verfügung gestellt. Damit Menschen auf Bus und Bahn umsteigen, investieren wir in die Verkehrsverbünde, in Flatrate-Tickets, den Neubau und die Reaktivierung von Strecken. Für die Investition ins hessische Schienennetz stehen in den nächsten Jahren rund 20 Milliarden Euro zur Verfügung. Es werden über 200 Projekte für den Radverkehr umgesetzt, und wir haben mit dem Ausbau des hessischen Radschnellwegenetzes begonnen. Mit der AG Nahmobilität unterstützen wir die Kommunen dabei, die Mobilitätswende vor Ort umzusetzen. Wir elektrifizieren den motorisierten Verkehr – ob mit Ladesäulen für den privaten Pkw oder Oberleitungen für Lkws oder der Förderung von elektrischen Busflotten, der Elektrifizierung von Schienenstrecken oder dem Einsatz von Wasserstoffzügen auf der Schiene.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt.

Mit einem Klima- und Transformationsfonds den Wandel gestalten

Damit alle den Weg zur Klimaneutralität unseres Landes mitgehen können, werden wir einen Klima- und Transformationsfonds in Höhe von mindestens 6 Milliarden Euro in der nächsten Wahlperiode auflegen. Denn Veränderungen sind kein Schicksal. Wir können und wollen sie so gestalten, dass wir unseren Wohlstand sichern und alle daran teilhaben können. Der Fonds setzt auf die vorhandenen Programme für Klimaschutz und Transformation im Landeshaushalt auf, bündelt sie und entwickelt sie weiter. Derzeit sind hierfür in Summe durchschnittlich 900 Millionen Euro pro Jahr vorgesehen. Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen, aber auch unsere Kommunen gezielt unterstützen, Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen. Ein besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die Transformation in der hessischen Chemieindustrie und der Automobilwirtschaft mit ihren Zulieferfirmen legen, damit diese Industrie und ihre Arbeitsplätze eine Zukunft in Hessen haben. Mit der Servicestelle Wirtschaftswandel Hessen haben wir einen Dreh- und Angelpunkt für die Transformation geschaffen. Sie soll Anlaufstelle für die Belange aller werden. Mit einem regelmäßigen Dialogformat „Wirtschaft. Wandel. Gestalten“ werden wir gemeinsam mit Verbänden und Gewerkschaften beraten, wie wir die Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds möglichst gezielt einsetzen können. Bei der Förderung werden soziale und ökologische Kriterien wesentlich sein.

Vollbeschäftigung durch Klimaschutz, Kreativität und Innovation

In der Kreativität und der Innovationskraft hessischer Unternehmen und ihrer Mitarbeiter*innen liegt ein Schlüssel zur Gestaltung des wirtschaftlichen Wandels. Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende sowie Digitalisierung sind neben anderen Bereichen Innovationsfelder, in denen viele neue Produkte und Dienstleistungen entstehen. Schon heute sind viele hessische Unternehmen in diesen Bereichen aktiv. Klimaschutz und Innovationen eröffnen Perspektiven für viele neue und zukunftssichere Arbeitsplätze. Das Potenzial ist so groß, dass auch Vollbeschäftigung ein greifbares Ziel ist. Dieses Ziel bedeutet für uns auch, dass wir gemeinsam mit der Wirtschaft daran arbeiten, dass wir denjenigen eine neue Perspektive bieten, deren Arbeitsplätze durch den Wirtschaftswandel entfallen werden. Deshalb begleiten wir diese Entwicklung mit Landesprogrammen, die neben der Unterstützung von Unternehmen auch die gezielte Weiterbildung für Beschäftigte fördern. Denn nur so können Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum sozialverträglich voneinander entkoppelt werden.

Volle Kraft für erneuerbare Energien

Wir wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien auf allen Ebenen forcieren. Beim Windkraftausbau werden wir einerseits dafür sorgen, dass die bereits ausgewiesenen Vorrangflächen schnellstmöglich bebaut werden. Darüber hinaus werden wir die Ausweisung weiterer bebaubarer Vorrangflächen voranbringen. Mindestens 2,2 % der Landesfläche sind hierbei – analog zu den Planungen der Bundesregierung – unser Ziel. Wir wollen den Zubau der Windkraft in Hessen sukzessive auf mindestens 500 Megawatt pro Jahr steigern und auch danach deutlich weiter erhöhen. Wir wollen zukünftig bei der Vergabe von Staatswaldflächen die Beteiligungsmöglichkeit für Bürger*innen noch höher gewichten, da das die Akzeptanz fördert. Ein weiteres Ziel ist das Repowering von Bestandsanlagen auch außerhalb von Windvorrangflächen. Hierfür sind wir ebenfalls auf entsprechende Rahmenbedingungen auf Bundesebene angewiesen. Energiegenossenschaften, echte Bürger*innenenergiegesellschaften und regionale Unternehmen, die für mehr Akzeptanz bei der Energiewende sorgen, wollen wir deshalb stärken. Langfristige Vereinbarungen zwischen einzelnen Abnehmern und einem Erzeuger erneuerbarer Energien fördern den Ausbau. Wir setzen auf schnellere Genehmigungs-, Beratungs- und Akzeptanzverfahren und die Stärkung der zuständigen Regierungspräsidien und des Verwaltungsgerichtshofs. In einer „Task Force Erneuerbare“ wollen wir gemeinsam mit den Akteur*innen Maßnahmen erarbeiten, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen und planerische sowie bürokratische Hürden abzubauen. Nordhessen hat sich auf den Weg gemacht, Modellregion für nachhaltige und resiliente Energiesysteme zu werden. Diesen Weg wollen wir unterstützen.

Den Ausbau der Photovoltaik und Solarthermie werden wir beschleunigen. Dafür haben wir bereits im Hessischen Energiegesetz die Grundlage geschaffen. Neue landeseigene Parkplätze werden ab 35 Stellplätzen und öffentliche ab 50 Stellplätzen mit Photovoltaikanlagen überdacht. Bereits jetzt setzen wir um, dass alle geeigneten

landeseigenen Gebäude mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Daran wollen wir anknüpfen und mit Förderprogrammen von Bund und Land den Ausbau weiter voranbringen. Planungs- und Genehmigungsverfahren für Photovoltaikanlagen wollen wir insgesamt weiter vereinfachen und beschleunigen. Wie andere Bundesländer auch wollen wir eine Solarpflicht für alle Neubauten. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass günstige Darlehen bereitstehen, um Bauwillige bei den Investitionskosten zu unterstützen. Im Dialog mit den Kommunen wollen wir verbindliche Ausbauvorgaben für die Photovoltaik auch auf kommunaler Ebene festlegen. Das Solar-Kataster Hessen ist ein sehr wichtiges Instrument, um allen Menschen in Hessen die Möglichkeit zu geben, das Potenzial für eine Solaranlage auf dem eigenen Dach ermitteln zu können. Wir werden daher das bestehende Solar-Kataster Hessen weiterentwickeln. Beim Ausbau der Solarenergie ist für uns wichtig, dass sie vorrangig auf bereits versiegelten Flächen stattfindet und der Verbrauch wertvoller landwirtschaftlicher Fläche begrenzt wird. Deshalb wollen wir einen Freiflächensolarplan erstellen und dadurch die ökonomisch und ökologisch sinnvolle Verteilung von Photovoltaik bei der Bauleitplanung der Kommunen, aber auch auf den Flächen von Land und Bund an Straßen unterstützen. Innovative Nutzungskonzepte wie die Doppelnutzung landwirtschaftlicher Flächen für Photovoltaik und die Erprobung von Solaranlagen auf Binnengewässern bringen wir voran. Bei landwirtschaftlichen Flächen, die durch Nutzung mit Freiflächenphotovoltaik zu gewerblichen Flächen werden, setzen wir uns für eine Absenkung der Grundsteuer ein.

Mit Energieeffizienz ernst machen – Wärmewende jetzt

Gerade in der Wärmewende brauchen wir noch einen deutlichen Schub nach vorn. Eine Steigerung der Energieeffizienz dämpft die hohen Heiz- und Energiekosten und trägt gleichzeitig zur Bekämpfung des Klimawandels bei. Wir werden im Rahmen der Roadmap Energiewende eine Wärmewendestrategie für eine sichere und nachhaltige Wärmeversorgung in Hessen entwickeln. Wir wollen die Hürden senken und die Menschen dabei unterstützen, in ihrem Zuhause das dortige Energieeffizienzpotenzial zu heben. Dabei setzen wir auf niedrigschwellige Beratung, für alle leistbare Finanzierungskonzepte und verständliche Sanierungsfahrpläne, sodass ein Schritt nach dem anderen getan werden kann und die Investitionen bewältigbar sind. Kombiniert mit gezielten Förderprogrammen wollen wir so die Sanierungsquote deutlich steigern. Bei Förderungen des Landes und wenn das Land bei Eigentümerwechseln und Grundstücksvergaben Verantwortung trägt, setzen wir auf energetische Sanierungen und einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Die Förderungen wollen wir so strukturieren, dass sie einerseits eine maximale Einsparung von CO_2 ermöglichen, andererseits aber vor allem die Menschen beim Energiesparen unterstützen, für die es besonders schwierig ist, die hohen Nebenkosten zu schultern. Serielle Sanierungskonzepte sollen helfen, die Sanierungsquote zu steigern. Außerdem wollen wir die Sanierungsförderung vereinfachen.

Kommunen kommt bei der Wärmewende eine besonders wichtige Rolle zu. Wir werden erneuerbare Wärmenetze unterstützen mit dem Ziel, eine zu 100 Prozent erneuerbare Wärmeversorgung zu erreichen. Dabei muss die Kühlung im Sommer unmittelbar mitgedacht werden. Mit einem Masterplan Geothermie wollen wir dafür sorgen, dass die Potenziale von tiefer und oberflächennaher Geothermie zur Wärmeversorgung und Kühlung genutzt werden. Die Nutzung von Abwärme, insbesondere von Rechenzentren, wollen wir forcieren. Wir machen dazu eine Wärmeplanung für alle Gemeinden verpflichtend. Wo immer möglich setzen wir für die Wärmeversorgung auf Quartiers- sowie auf interkommunale Lösungen. Bei neuen Wohngebieten soll direkt klimaneutral geplant werden. Hierfür werden wir spezielle Förderprogramme für die Kommunen auflegen.

Bei landeseigenen Liegenschaften und öffentlichen Gebäuden wollen wir eine klimaneutrale Bauweise für Neubauten erreichen und bei umfassender Sanierung den Effizienzstandard 55 übertreffen. Dafür werden wir für die Investitionsprogramme des Landes und das Investitionsprogramm für Hochschulen einen finanziellen Booster für die Erreichung dieser Standards vorsehen, um für laufende Planungen höhere Energiestandards zu ermöglichen.

Beratungsoffensive für mehr Durchblick im Dickicht

Um möglichst viele Menschen für den Umstieg auf erneuerbare Energien und energetische Sanierungen zu gewinnen, wollen wir die Beratungsoffensive für Mieter*innen, Hausbesitzer*innen, Kommunen und Unterneh-

men deutlich ausbauen. Hierfür werden wir die Landesenergieagentur stärken und ihr Beratungsangebot insbesondere für Stadtwerke und Kommunen intensivieren. Kommunale Energie- und Klimaschutzagenturen sind für Bürger*innen, Unternehmen und Vereine ein großer Gewinn. Deshalb verankern wir Energiekompetenzzentren auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte in ganz Hessen und vernetzen sowie fördern sie in Kooperation mit der LandesEnergieAgentur.

Intelligente Netze, Innovation und Forschung als Rückgrat der Energiewende

Damit erneuerbare Energien jederzeit effizient genutzt werden können, müssen verschiedene Sektoren intelligent miteinander vernetzt werden. Wir brauchen: Netze, Speicher, Wasserstoff und Innovationen. Speichertechnologien und Anreize für mehr Nachfrageflexibilität bei der Industrie gehören ebenso zur Energiewende wie der Einsatz von Wasserstoff. Intelligente Netze, Investitionen in die konstante Weiterentwicklung von Speichertechnologien und das Setzen von Anreizen, um die Nachfrageflexibilität insbesondere bei der Industrie auszunutzen, sind das Rückgrat der Energiewende. Wir stärken hier die Bundesanstrengungen und wollen mit einem Energiespeicherförderprogramm den Ausbau netzdienlicher Speicherinfrastruktur vorantreiben. Wir unterstützen den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur. Die Stromverteilnetze wollen wir zeitnah und großflächig für die Anforderungen der Energiewende ertüchtigen und Hürden abbauen. Dazu soll die Verteilnetzstudie aktualisiert werden. Digitale Technik ermöglicht dabei eine intelligente Verteilung und Nutzung von Strom auch in den Bereichen Wärme und Mobilität. Beim Übertragungsnetzausbau nehmen wir weiter die Rolle derer ein, die am Gelingen statt am Blockieren arbeiten und dazu verträgliche Lösungen für Ortschaften und Natur schaffen. Projekte für Grünen Wasserstoff bringen wir voran und setzen ihn dort ein, wo eine Elektrifizierung bei Verkehr und Industrie nur schwer möglich ist, da Effizienz bei seiner Nutzung entscheidend ist. Gemeinsam mit Forschung, Netzbetreibern, Energieversorgern, Wirtschaft und Kommunen arbeiten wir mit der Fortschreibung der Roadmap Energiewende an einem Umsetzungsplan für dieses digitale Energiesystem, setzen dabei insbesondere auf bestehende Reallabore auf und entwickeln Modellregionen. Die hessischen Hochschulen sind der Innovations-Hub für die Energiewende. Den nötigen Wissenstransfer von der Hochschule in Wirtschaft und Industrie wollen wir gemeinsam mit dem House of Energy vorantreiben.

Verkehrswende gestalten für Mensch und Umwelt

Wir wollen unsere Mobilität so entwickeln, dass sich die Qualität unseres Unterwegsseins für alle weiter verbessert und zu einer höheren Lebensqualität in Stadt und Land beiträgt. Damit das gelingt, vernetzen wir alle Formen des Verkehrs gleichberechtigt und intelligent. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben – egal mit welchem Verkehrsmittel oder zu Fuß –, gleichberechtigt und sicher am Verkehr teilzunehmen. So ermöglichen wir den Menschen eine echte Wahlfreiheit. Öffentliche Verkehrsmittel und Sharing- und On-Demand-Angebote werden zu einem integrierten Umweltverbund verknüpft, der einen Großteil der individuellen Mobilitätsbedürfnisse befriedigen kann – in der Stadt und auf dem Land. Für eine vernetzte Mobilität brauchen wir Umstiegsmöglichkeiten von Park-and-ride-Anlagen bis Fahrradboxen. Unser Ziel ist die Vision Zero: keine Getöteten und Schwerverletzten im Straßenverkehr mehr. Kommunen brauchen die Freiheit, selbst über innerörtliche Tempolimits entscheiden zu können und Geschwindigkeitsmessungen zu verstärken, um mehr Tempo 30 umzusetzen und die Verkehrssicherheit, den Klimaschutz und einen guten Verkehrsfluss für alle Teilnehmenden im Straßenverkehr zu verbessern. Auf innerörtlichen Landesstraßen schöpfen wir Möglichkeiten für Lärmminderung und Sicherheit des Straßenverkehrsgesetzes des Bundes aus. Barrierefreiheit und echte Teilhabe sind uns wichtig. Wir stärken Strukturen wie die Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität, das Fachzentrum Nachhaltige Mobilitätsplanung und das House of Logistics & Mobility, die eine gute Zusammenarbeit von Kommunen und Land ermöglichen. Die Ausbildung der nötigen Fachplaner*innen, wie beispielsweise durch die Radverkehrsprofessuren an den Hochschulen, unterstützen wir. Als Land gehen wir als Arbeitgeber voran, wie beispielsweise bereits mit dem Jobticket, und entwickeln das Mobilitätsmanagement für alle Landesbeschäftigten weiter.

Mobilität auf die Füße stellen

Gehen ist gesund, umweltfreundlich und kostengünstig. Daher wollen wir lebenswerte Städte und Ortschaften mit kurzen Wegen, in denen Gehen attraktiv ist. Das belebt auch die öffentlichen Räume, stärkt den sozialen Austausch und die innerstädtische Wirtschaft. Mit der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität, die Musterlösungen für Verkehrsplanung anbietet, haben wir deshalb auch das Thema Fußwege im Blick. Barrierefreiheit, Sicherheit und angstfreie Räume für Kinder, Frauen, ältere als auch mobilitätseingeschränkte Menschen sind uns dabei wichtig. Barrierefreie Fußgängerüberwege, Querungshilfen und eine hohe Bewegungs- und Aufenthaltsqualität in Quartieren sowie Orts- und Stadtzentren laden zum Zufußgehen ein. Der öffentliche Raum gehört auch Kindern. Durch den Ausbau des schulischen Mobilitätsmanagements sorgen wir für sichere Schulwege.

Ein sicheres und ausgebautes Radverkehrswegenetz für Hessen

Mehr Radwege an Landes- und Bundesstraßen und mehr Radschnellwege: Wir wollen den Neubau und die Sanierung von Radwegen fortsetzen. Dazu haben wir an den Bundes- und Landesstraßen in den letzten Jahren nicht nur mehr gebaut, sondern viele Planungen angestoßen. Wir haben mit der Aufstockung des Personals für Radverkehr bei Hessen Mobil und der Dringlichkeitsbewertung für Radwege an Bundes- und Landesstraßen die Voraussetzungen dafür geschaffen. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode mindestens 250 Kilometer baulich getrennte Radwege an Bundes- und Landesstraßen realisieren sowie die Umsetzung von mindestens zehn Radschnellverbindungen auf den Weg bringen. Unser Ziel bei den Radwegen an Landesstraßen ist es, dass zwischen allen Gemeinden und zu ÖPNV-Haltestellen in Hessen gute Verbindungen bestehen, die sowohl im Alltag als auch für den Tourismus die Attraktivität des Radfahrens steigern. Das Radnetz ist zu rund 88 Prozent, das Fußverkehrsnetz fast vollständig in der Verantwortung der Kommunen. Die Kommunen und Kreise unterstützen wir deshalb weiter durch die Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen umfassend bei der Stärkung des Fuß- und Radverkehrs. Ebenso fördern wir in den Landkreisen Nahmobilitätskoordinator*innen, die gerade kleine Kommunen aktiv bei der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen für die Nahmobilität unterstützen. Damit Mobilität sicher ist, wollen wir 250 neue Überwege für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen bauen. Im Sinne der hessischen Nahmobilitätsstrategie werden lokale Nahmobilitätskonzepte sowie Investitionen in Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur auch zukünftig vom Land gefördert. Zudem möchten wir die Kommunen und Landkreise dabei unterstützen, ganzheitliche Mobilitätspläne zu entwickeln, die alle Mobilitätsformen in den Blick nehmen.

Unterwegs mit Bus und Bahn in Stadt und Land

Mit den hessischen Flatrate-Tickets für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende, Senior*innen und Landesbedienstete haben wir gemeinsam mit den Job-Tickets von Unternehmen ein günstiges Angebot für die Hälfte aller Hess*innen geschaffen und waren damit Vorbild für das Deutschlandticket. Mit dem Hessenpass Mobil haben wir zudem ein günstiges Deutschlandticket für Menschen mit wenig oder keinem Einkommen auf den Weg gebracht. Wir wollen in Hessen auch weiterhin Vorreiter für günstige Flatrate-Tickets bleiben und entwickeln unsere Ticketmodelle weiter. Insbesondere setzen wir uns weiter im Bund für ein vergünstigtes Deutschlandticket für Schüler*innen, Azubis und Studierende ein. Wir unterstützen die Verbünde in der anstehenden Reform ihrer Tarife und Finanzierung. Für Kommunen wollen wir die Möglichkeit schaffen, Abgaben zur Finanzierung des ÖPNV zu erheben. Jetzt gilt es, den ÖPNV weiter so auszubauen, dass der Umstieg attraktiv ist. Das Prinzip „jedes Dorf, jede Stunde“ setzen wir um und entwickeln es zu einer hessenweiten Mobilitätsgarantie weiter. Unser Ziel ist, die Anbindungen vor allem in ländlichen Räumen so auszubauen, dass Busse und Bahnen landesweit an allen Tagen von 5.00 bis 23.00 Uhr mindestens stündlich fahren. Unsere Vision ist außerdem der Aufbau eines „NachtNetz Hessen“, damit auch von 23.00 bis 5.00 Uhr der ÖPNV eine sichere und verlässliche Alternative ist. Dies setzen wir im Rahmen der Hessenstrategie Mobilität um. Wir bringen den Ausbau des Schienennetzes voran, schließen den Schienenring um Frankfurt und reaktivieren Strecken. Für ein modernes und leistungsfähiges Netz treiben wir die Elektrifizierung voran. Wir wollen den Güterverkehr auf die Schiene verlagern, dafür fördern wir Gleisanschlüsse

für Unternehmen und unterstützen dort, wo es als Land möglich ist, den Ausbau des Schienennetzes für Güterverkehr und die Schaffung von Umschlagmöglichkeiten. Wir unterstützen weiterhin Bürgerbusse und erkennen das wichtige bürgerschaftliche Engagement in diesen Initiativen an. Barrierefreie Bahnhöfe und Möglichkeiten zur Mitnahme von Kinderwagen und Fahrrädern müssen zum Standard werden, denn die Mobilitätsgarantie muss inklusiv gestaltet werden.

Mobilität klimaneutral machen

Unser Ziel ist die Verkehrswende mit der Prämisse: vermeiden, verlagern und verbessern. Niemand soll auf ein Auto angewiesen sein. Doch ganz ohne Auto auszukommen ist für viele Menschen nicht denkbar oder machbar und in Städten einfacher als auf dem Land. Wir wollen die Infrastruktur dafür schaffen, dass Kraftfahrzeuge elektrisch unterwegs sein können und damit auch Lärm und Feinstaub reduzieren. Mit einer Ladeinfrastruktur-Offensive werden wir ein flächendeckendes und einfach zugängliches Ladesäulennetz fördern und denken dabei die Bedarfe einer zukünftigen Speicherinfrastruktur mit. Auch die Umstellung auf klimaschonende Antriebe von Nutz- und Sonderfahrzeugen, wie Autos der Müllabfuhr, bringen wir weiter voran.

Mit neuen Mobilitätskonzepten wollen wir bis 2030 landesweit den Autoverkehr um ein Drittel senken. Um den Autoverkehr zu reduzieren, werden wir den Umweltverbund stärken und die Kommunen bei der Erarbeitung von Verkehrsentwicklungsplänen fördern und unterstützen. Kommunale Carsharing-Angebote schaffen Platz im öffentlichen Raum und sind oft günstiger als ein eigenes Auto und damit für viele Menschen eine Alternative. Lieferverkehre sollen umweltverträglich abgewickelt werden. Dazu gehören die Verlagerung auf Bahn und Schiff und der Einsatz von neuen Lieferkonzepten für die letzte Meile.

Unsere Priorität liegt auf der Sanierung von Straßen und insbesondere von Brücken. Die Vorhaben zum Neu- oder Ausbau von Bundesautobahnen im aktuellen Bundesverkehrswegeplan sind eine verfehlte Verkehrspolitik des letzten Jahrhunderts. Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb für einen neuen Infrastrukturkonsens bei den Bundesverkehrswegen und für den vereinbarten Dialogprozess mit Verkehrs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden über den geltenden Bundesverkehrswegeplan ein. Unser Ziel ist ein neuer Bundesnetzwege- und Mobilitätsplan, der den Klimaschutzzielen von Paris Rechnung trägt.

Flugverkehr reduzieren und Lärmschutz stärken

Flugverkehr verbindet Menschen aller Kontinente und ermöglicht Handel und Begegnungen. Zugleich ist er ein sehr schädlicher globaler Klimafaktor. Wir wollen Flugreisen daher wo immer möglich durch umweltfreundlichen Verkehr ersetzen und ansonsten möglichst klimaneutral gestalten. Dafür ist es wesentlich, dass der Frankfurter Flughafen ein Knotenpunkt für unterschiedliche Verkehre ist: internationale Flüge, Fernbahnen, Fernbusse, Frachttransport und regionale Verkehre. Als Standort des verkehrsreichsten deutschen Flughafens wollen wir als Land Hessen an dieser Transformation mitwirken. Denn in der Klimaneutralität liegt die Zukunft für den Flugverkehr und den wirtschaftlichen Betrieb des Flughafens Frankfurt. Wir wollen die Forschung zu emissionsarmem oder nach Möglichkeit klimaneutralem Fliegen voranbringen. In der dicht besiedelten Rhein-Main-Region hat zudem die Reduzierung der Belastungen für Mensch und Umwelt Priorität. Wir wollen einen Dialog zwischen Land und Flughafenbetreiber führen, um einen Plan für den Flughafen aufzustellen, der dem Ziel einer klimaneutralen Infrastruktur nach den Vorgaben des Bundes entspricht und die Belastungen der Region im Blick hat. Wir erforschen weiter die Ultrafeinstaubbelastung rund um den Flughafen, denn Gesundheitsschutz hat für uns Priorität. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Subventionierungen des Flugverkehrs abgebaut werden und das Luftverkehrsgesetz sowie das Fluglärmschutzgesetz einen besseren Lärmschutz für die Bevölkerung bieten. Die Gestaltung der Flugverfahren, -routen sowie -entgelte muss stets eine weitere Reduzierung der Lärmbelastung bewirken, auch durch ökonomische Anreize. Mit der Einführung der Lärmobergrenze, dem Fluglärmkommissionsgesetz, den gesteigerten Möglichkeiten der Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Festlegung von Flugrouten und -verfahren, der Ausweitung von lärmarmen An- und Abflugverfahren, höheren Lärmentgelten sowie mit Lärmpausen und einer konsequenten Ahndung der Verletzungen der Nachtflugbeschränkungen haben wir bereits viel für den Lärm-

schutz erreicht. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass das, was technisch an Lärmschutz direkt am Flugzeug möglich ist, auch zum Einsatz kommt. Wir halten an dem Ziel fest, mit einem Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr für weitere Entlastungen der Anwohner*innen zu sorgen. Dafür muss das Luftverkehrsgesetz auf Bundesebene entsprechend geändert werden. In guter Kooperation mit der Fluglärmkommission werden wir weiterhin alle Möglichkeiten zur Reduktion der Belastungen für die Bevölkerung in der gesamten Rhein-Main-Region umsetzen.

Auch die übrigen hessischen Flugplätze sind auf das Ziel der Klimaneutralität zu verpflichten und öffentliche Subventionen abzubauen. Für den Flughafen Kassel-Calden wollen wir Nutzen und Kosten in Einklang bringen und deshalb eine Abstufung des Regionalflughafens zum Verkehrslandeplatz betrachten.

Fach- und Arbeitskräfte sichern

Für den Wirtschaftswandel zu einem klimaneutralen Land sowie für die Energie-, Wärme- und Verkehrswende sind gut qualifizierte Fachkräfte entscheidend. Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind bereits deutlich spürbar: Fachkräfte werden händeringend gesucht, Stellen bleiben unbesetzt und für Klimaschutzmaßnahmen fehlen Handwerker*innen. Längst geht es nicht mehr nur um einen Fachkräfte-, sondern einen generellen Mangel an Arbeitskräften. Im Rahmen des „Neuen Bündnis Fachkräftesicherung Hessen“ werden wir den Bündnisplan zu einem Fachkraftsicherungspakt weiterentwickeln. Die vom Land geförderten Fort-, Um- und Weiterbildungsangebote werden wir kontinuierlich an die Anforderungen des Wirtschaftswandels anpassen und weiterentwickeln. In Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden wollen wir das Ausbildungsangebot für Berufe der Energiewende ausbauen. Wir sind auf Zuwanderung angewiesen und wollen als Land Hessen ein attraktiver Standort für ausländische Fach- und Arbeitskräfte sein. Sowohl für die Gewinnung von Arbeitskräften als auch für Unternehmen ist es wesentlich, dass aufenthaltsrechtliche Fragen schnell und unkompliziert bearbeitet werden. Eine zentrale Anlaufstelle soll sich als „Willkommenszentrum“ zukünftig zügig und aus einer Hand um die Anerkennung von Abschlüssen, aufenthaltsrechtliche Fragen und Integrationsmaßnahmen kümmern.

Ausbildung in den Fokus rücken

Wir wollen die duale Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule stärken. Die Zahl der Auszubildenden sinkt, und für Unternehmen wird es zusehends schwerer, Ausbildungsplätze zu besetzen. Um Auszubildende zu gewinnen, wollen wir die duale Ausbildung aufwerten. Dazu gehört neben einer wertschätzenden Entlohnung auch eine bessere Infrastruktur. Mit Ausbildungswerken wollen wir analog zu den Studierendenwerken in lokalen Netzwerken in Stadt und Land junge Menschen gezielt mit Wohnungs- und weiteren Angeboten bei ihrer beruflichen Ausbildung unterstützen. Auch Jugendliche mit Lernschwierigkeiten sollen mithilfe aller Akteur*innen eine Chance auf einen Ausbildungsabschluss bekommen. Für die Fachkräftesicherung kommt dem Übergang von der Schule in den Beruf besondere Bedeutung zu. Betriebspraktika werden wir ebenso stärken wie mehr berufliche Orientierung für Schüler*innen aller Schulformen. Wir werben für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Der Weg in eine berufliche Ausbildung muss für Abiturient*innen ebenso eine selbstverständliche Möglichkeit sein wie der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte.

Industriestandort sichern, kleine und mittlere Unternehmen fördern

Unsere Wirtschaftspolitik hat alle im Blick: die hessische Industrie, den Handel, den Dienstleistungssektor, Großbetriebe ebenso wie kleine und mittlere Unternehmen. Wir wollen Hessens Stärken als Industrie- und Wirtschaftsstandort sichern und ausbauen. Das Verarbeitende Gewerbe und die Industrie in Hessen steht für knapp ein Fünftel der hessischen Bruttowertschöpfung und findet sich in den besonders wichtigen Branchen Chemie, Pharmazie, Biotechnologie, Automobil, Elektro, Metall, Kunststoff sowie Luft- und Raumfahrtindustrie. Hier finden mehr als 500.000 Menschen Arbeit, und dieser industrielle Kern wird eine zentrale Rolle bei der Transformation einnehmen. Die hessische Industrie wollen wir gezielt im Bereich der Transformationstechnologien unterstützen und Investitionen ermöglichen. Dafür werden wir weiter gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen, mit

der digitalen Verwaltung die bürokratischen Prozesse vereinfachen und alle Unternehmen bei der Digitalisierung und dem Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaftsweise unterstützen. Mit der Fortschreibung der Wasserstoffstrategie des Landes unterstützen wir dabei, auch energieintensive Prozesse mit Grünem Wasserstoff klimaneutral zu gestalten. Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir auf kleine und mittlere Unternehmen. Um mehr Menschen dafür zu begeistern, ein bestehendes Unternehmen zu übernehmen, werden wir gemeinsam mit Kammern und Verbänden Maßnahmen entwickeln, um Unternehmensnachfolgen attraktiver zu machen. Angebote wie den Digi-Check werden wir ausbauen. Um ihn herum wollen wir auf Grundlage des Klima- und Transformationsfonds ein Ökosystem Wirtschaftswandel schaffen, das gezielte Energieberatung für Unternehmen, Unterstützung bei Umstellungsprozessen, betriebliche Workshops und weitere Angebote für den Einstieg in den Umstieg beinhaltet. Wir wollen den Hochlauf der Europäischen Erneuerbaren-Industrie in Hessen mitgestalten und in Hessen und Europa Wertschöpfungsketten sichern. Wir unterstützen hessische Unternehmen dabei, die Chancen des europäischen Green Deals zu nutzen, sich am EU-Forschungsprogramm Horizon Europe zu beteiligen, und greifen die „New European Innovation Agenda“ der EU aktiv auf.

Handwerk hat grünen Boden

Die notwendigen Veränderungen und Produkte auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft werden von Handwerker*innen geplant, gefertigt und installiert. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie wollen wir stärken und gemeinsam mit ihnen Klimaschutz sowie die Energie-, Wärme- und Verkehrswende umsetzen. Unterstützung richten wir einerseits an den Bedürfnissen der Handwerksbetriebe und andererseits an denen des Klimaschutzes aus. Besondere Leistungen von Handwerksbetrieben auf dem Gebiet des Klima- und Umweltschutzes sollen öffentlich gemacht und gewürdigt werden. Wir wollen klimafreundlich arbeitende Betriebe unterstützen, indem öffentliche Träger bei der Vergabe von Aufträgen stärker auf Aspekte des Klimaschutzes achten. Wir arbeiten daran, dass das Handwerk weiter goldenen Boden hat und einen zusätzlichen grünen Boden bekommt.

Um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken und finanzielle Hürden zu senken, wollen wir den nächsten Schritt gehen und den kostenfreien Meisterbrief einführen. Mit Meistergründungsprämien wollen wir die erste Gründung eines Handwerksbetriebs unterstützen. Mit Förderprämien wollen wir darüber hinaus die Unternehmensnachfolge von Handwerksbetrieben unterstützen. Dabei legen wir einen besonderen Fokus auf Gründerinnen und Nachfolgerinnen. In die Ausbildungen zum*zur Meister*in oder Techniker*in wollen wir Wege in die Selbstständigkeit und das Antreten von Unternehmensnachfolgen stärker einbinden.

Für den umfassenden Ausbau der erneuerbaren Energien braucht es Fachkräfte. Dem aktuellen Fachkräftemangel und langen Wartezeiten auf die richtigen Handwerksbetriebe wollen wir deshalb gezielt entgegenwirken. Dazu wollen wir die Möglichkeit einer Kurzausbildung z.B. für Solateur*innen schaffen und für das Handwerk attraktive Ausbildungs-, Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme anbieten. Im Dialog mit den Kammern wollen wir das Ausbildungsangebot für Berufe im Bereich der Energiewende ausbauen.

Hessen als Land der Unternehmensgründer*innen

Hessen soll ein Ausgangspunkt für die Transformation in Schlüsselbranchen sein. Deshalb wollen wir Gründungen, die auf Standortstärken und Nachhaltigkeit einzahlen, gezielt fördern. Dazu gehören Fintechs für den Finanzplatz Frankfurt ebenso wie Start-ups in Schlüsselbranchen wie Energie, Life Sciences & Digital Health, KI und Mobilität. Hier forcieren wir sogenannte Impact Innovations, also Innovationen mit messbaren positiven sozialen oder ökologischen Wirkungen. Impact Start-ups erhalten breitere Förderchancen und erhöhte Fördersätze. Denn diese Unternehmen haben ein großes Potenzial, den Wirtschaftswandel voranzubringen. Mit diesem Fokus wollen wir auch das neue hessenweite Innovationscluster zur Stärkung von Gründung und Transfer unter Einbindung von Wirtschaft, Hochschulen und Gründungszentren weiter ausbauen. Die Gründungs- und Skalierungsfinanzierung werden wir auch insgesamt weiter verstärken und hier die Zugangschancen für Frauen verbessern. Das erfolgreiche Fundraising Readiness Programm wollen wir weiterentwickeln zu einem Investment Readiness Programm für Start-ups und KMU. Wir setzen auf Angebote zur Förderung weiblicher Gründungen und verstärken sie durch

branchenspezifische Formate, etwa für „female fintech founders“. Mit diesen Aktivitäten wollen wir ein dynamisches und nachhaltiges Wachstum des hessischen Start-up- und Innovationsökosystems erreichen. Denn Unternehmensgründungen sind der Motor für Innovationen und die Wirtschaft von morgen.

Ökonomie am Gemeinwohl ausrichten

Gesellschaftlicher Wohlstand ist mehr als ökonomischer Wohlstand. Mit Genossenschaften und gemeinnützigen Gesellschaften haben wir eine lange Tradition von Unternehmen, die sich in besonderen Maßen dem Gemeinwohl verpflichtet haben. Durch Energiegenossenschaften, Sharing-Projekte und solidarische Gemeinschaften sind weitere Ansätze hinzugekommen. Social Entrepreneurs und soziale Innovationen können einen wesentlichen Teil dazu beitragen, gesellschaftliche Probleme unternehmerisch zu lösen. Die Beratung für Social Entrepreneurs wollen wir perspektivisch auch in der klassischen Gründungsberatung übernehmen. Mittels einer Impact-Strategie wollen wir erarbeiten, wie soziale Innovationen und Social Entrepreneurship in Hessen vorangebracht werden können. Besonders unterstützen wir Konzepte für Kreislaufwirtschaft und eine Wirtschaft, die auf die Vermeidung von Müll ausgerichtet ist, dies haben wir zentral im Klimaschutzplan verankert. Diese Beiträge für eine nachhaltige Wirtschaftsweise und den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden wir unterstützen. Durch Gemeinwohl- und Ökobilanzen können Umweltauswirkungen und Folgen für das Gemeinwohl systematisch analysiert werden. Vor dem Hintergrund der kommenden Nachhaltigkeitsberichtspflicht (CSRD) auch für kleinere Unternehmen setzen wir uns dafür ein, dass es eine Beratungsförderung für Unternehmen geben wird, die neu berichtspflichtig werden.

Gute Arbeitsbedingungen, faire öffentliche Vergaben

Die Tarifautonomie und die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften sind eine tragende Säule für den sozialen Frieden in unserem Land. Wir unterstützen die Tarifpartner bei der Umsetzung von guten und fairen Arbeitsbedingungen. Der Mindestlohn, Tarifverträge oder Vereinbarungen zum Arbeitsschutz dürfen nicht unterlaufen werden. Lohndumping und schlechten Arbeitsbedingungen erteilen wir eine klare Absage. Auch wollen wir die Möglichkeiten zu sozialen und ökologischen Kriterien für öffentliche Vergaben weiter stärken und prüfen, ob wir Start-ups durch öffentliche Vergaberichtlinien besser unterstützen können. Deshalb wollen wir das hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz weiterentwickeln und durch Qualifikation sowie Beratung die Kommunen in die Lage versetzen, leichter geeignete und angemessene soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative sowie geschlechtergerechte Anforderungen zu berücksichtigen. Wir setzen uns für eine allgemeine Wirksamkeit von repräsentativen Tarifverträgen bei der Vergabe ein. Mit dieser Weiterentwicklung wollen wir noch besser sicherstellen, dass öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben werden, die sich an die geltenden Regeln halten, und dass die Tarifbindung gestärkt wird. Wir wollen, wo immer möglich, Ausschreibungen nach Fachgebieten trennen, damit diese auch für lokale und kleine Handwerksbetriebe zugänglich sind.

Menschen verbringen einen Großteil ihrer Lebenszeit auf der Arbeit, deshalb ist es wichtig, dass die Arbeitsbedingungen gesundheitsfördernd gestaltet werden. Insbesondere den psychischen Belastungen im Beruf möchten wir entgegentreten. In den landeseigenen Betrieben werden wir das betriebliche Gesundheitsmanagement noch weiter stärken. Gemeinsam mit Partner*innen wollen wir eine Initiative „Gesunde Unternehmen in Hessen für attraktive Arbeitsplätze“ auf den Weg bringen. Erste Unternehmen in Hessen testen die Einführung einer 4-Tage-Woche. Wir unterstützen diese Modelle zur Modernisierung der Arbeitswelt.

Innenstädte aufwerten, regionale Wertschöpfung stärken

Wir wollen lebenswerte und lebendige Innenstädte mit einer vielfältigen Mischung von Angeboten erhalten. Die letzten Jahre haben die Strukturen in unseren Innenstädten deutlich verändert. Damit Innenstädte auch in Zukunft als Erlebnis-, Arbeits- und Lebensraum funktionieren können, braucht es umfassende Konzepte, die vielfältige Wohnformen, ein breites kulturelles und soziales Angebot und kleine, inhabergeführte Geschäfte genauso wie finanzkräftige Investoren zusammenbringen. Wir unterstützen die Kommunen mit einer starken Innenstadtförde-

rung „Lebendige Zentren“ dabei, die Innenstädte als Einkaufsmöglichkeit und sozialen Treffpunkt zu stärken und Leerstand zu bekämpfen. Für en Investitionskredit Kommunen der WIBank wollen wir auch für einen Zwischenerwerb für eine stadtplanerische Maßnahme ausweiten. Auch im ländlichen Raum ist es unser Ziel, eine wohnortnahe Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs sicherzustellen. Zudem kommt insbesondere hier regionalen Wirtschaftskreisläufen eine besondere Bedeutung zu. Durch möglichst kurze Wege zwischen Produktion, Verarbeitung und Verkauf kann Wertschöpfung in der Region gehalten werden. Entsprechende Projekte werden wir weiter fördern.

Tourismusland Hessen

Hessen ist schön und vielfältig. Das erkennen auch immer mehr Tourist*innen aus anderen Ländern. Zusammen mit den Tagesausflügler*innen und den Urlauber*innen aus dem eigenen Land hat sich der Tourismus in Hessen zu einem wichtigen Wirtschaftszweig entwickelt. An diese Stärke wollen wir nach dem durch Corona bedingten Einbruch anknüpfen. Wir werden die Sichtbarkeit und Profilierung der hessischen Tourismusregionen weiter erhöhen und die Aktivitäten der Landesregierung in einem neuen Rahmen bündeln. Unsere Tourismusförderung wird auch weiter die Naturverträglichkeit besonders ins Zentrum stellen. Auch werden wir den Thementourismus fördern, indem wir das Marketing dafür verstärken sowie die Infrastruktur für Wander-, Rad- und Wellnessurlaub in Hessen ausbauen.

Kapitel 2 Klima und biologische Vielfalt schützen, Agrarwende vorantreiben, ländlichen Raum stärken

Wir stehen vor einem Jahrzehnt der Entscheidungen: Können wir die Klimaerhitzung stoppen, die biologische Vielfalt retten? Noch erreicht der Ausstoß an Treibhausgasen weltweit immer neue Rekordhöhen, und wir erleben das größte Artensterben, seit die Dinosaurier ausgestorben sind. Wir müssen endlich unserer Verantwortung für die Welt gerecht werden. Auch die Belastung des Bodens, des Wassers und der Luft mit Schadstoffen aus Landwirtschaft, Industrie, Haushalt und Verkehr bedroht unsere Lebensgrundlagen. Wir wollen ein Jahrzehnt des ökologischen Wandels gestalten. Denn wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.

Wir haben schon einiges erreicht. In Hessen stimmt die Richtung: Wir GRÜNE haben die Klimaschutzziele geschärft und mit dem Hessischen Klimagesetz verbindlich geregelt. Mit dem neuen Klimaplan 2030 gehen wir mit deutlich größeren Schritten zur Senkung der Treibhausgasemissionen in allen relevanten Bereichen voran. Denn wir wollen nicht nur bis spätestens 2035 klimaneutral sein, sondern wir wissen, dass jetzt die dafür wesentliche Phase ist. Die Ökolandbaufläche haben wir um mehr als 40 Prozent gesteigert, und wir sind sowohl bei der Fläche als auch bei der Anzahl der Betriebe an der Spitze aller großen Flächenländer. Mit vier Landkreisen als Ökomodellregionen sind wir gestartet – heute ist ganz Hessen Ökomodellregion für den Bund. Wir haben dafür gesorgt, dass sich in unserem waldreichen Bundesland die Naturparke über fast 50 Prozent der gesamten Landesfläche erstrecken, der Nationalpark Kellerwald-Edersee erweitert wurde, der gesamte Staatswald FSC-zertifiziert ist und ein Zehntel Naturwald sein darf. Mit dem Programm „100 Wilde Bäche“ haben wir Kommunen bei der Renaturierung von Fluss- und Auenlandschaften unterstützt. An vielen Beispielen zeigen wir, wie Ökologie und Ökonomie für eine erfolgreiche Wirtschaft zusammengehören.

Hessen wird Klimaland

Wir stehen zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens. Um es zu erreichen, zählt jeder Tag und jede Tonne CO_2. Wir wollen, dass Hessen bis spätestens 2035 klimaneutral wird. Um früher klimaneutral zu werden, müssen wir den Reduktionspfad zur Treibhausgasneutralität drastisch beschleunigen und die Maßnahmenumsetzung verbindlicher definieren. Den Klimaplan stärken wir als verbindliche und unabhängig überprüfbare CO_2-Strategie, die wir jährlich auf ihre Konsistenz mit der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels überprüfen und gegebenenfalls anpassen – mit ehrgeizigen Sektorzielen und einem Sofortprogramm „Klimaschutz und Energiewende“ für die kommenden Jahre für alle klimarelevanten Bereiche. Wir prüfen nach den Erfahrungen in anderen Bundesländern das Arbeiten mit einem CO_2-Budgetansatz, der Hessen ein gerechtes CO_2-Restbudget zuweist, das der Erreichung des 1,5-Grad-Ziels entspricht. Wir werden in kürzeren, regelmäßigen Zyklen die Einhaltung der Sektorziele überwachen und bei drohender Nichteinhaltung rasche, wirkungsvolle Möglichkeiten des Nachsteuerns der Maßnahmen zur Verfügung stellen. Dabei soll der jüngst im Klimagesetz verankerte Klimabeirat unterstützen. Den Klimacheck wollen wir in seiner Wirksamkeit prüfen und gegebenenfalls ausweiten. Unser Ziel ist ein wirkungsvolles Instrument, um Vorbehalte gegenüber oder Unterstützung von politischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung auf das Erreichen der Klimaziele definieren zu können. Wir führen einen CO_2-Schattenpreis als fiktives Preissystem bei der Kalkulation der Wirkung von Investitionen in den Klimaschutz für die öffentlichen Haushalte ein. Um unser Klimaziel zu erreichen, werden wir darüber hinaus auch der Atmosphäre CO_2 wieder entziehen müssen. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden wir in Hessen fördern.

Um das Ziel der CO_2-neutralen Landesverwaltung bis 2030 zu erreichen, werden wir eine Roadmap Zero Emission als verbindliche Grundlage erstellen. Im nächsten Schritt sollen auch öffentliche Ausschreibungen, Landesmietobjekte, Mobilität und Beschaffung einbezogen werden. Insbesondere brauchen wir für passgenaue Lösungen mehr Integration und interdisziplinäre Vernetzung zwischen Ressorts und den verschiedenen politischen Ebenen. Unsere Landesinvestmentstrategie werden wir weiter hinsichtlich des Klimaschutzes stärken.

Bei der Umsetzung der Klimaziele sind Städte, Kreise und Gemeinden besonders wichtig. Dazu wollen wir eine Beratungs- und Förderoffensive des Landes für die Kommunen z. B. für klimaschützende Bauleitplanung voranbringen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir einen Weg finden, um Klimaschutz und -anpassung in den Kommunen verbindlicher zu machen und mit längerfristiger und planbarer Finanzierung auszustatten. Sie sollen in ihren haushaltsrechtlichen Möglichkeiten bei Investitionen in den Klimaschutz und in ihrer Regelungskompetenz gestärkt werden.

Auf der Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass Klimaschutz und -anpassung zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden und dementsprechend die finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Die Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft stellt die gesamte Gesellschaft vor enorme Herausforderungen und löst Verunsicherung aus. Wir werden bei der Transformation neue Chancen für möglichst alle Menschen schaffen und die Menschen durch transparente Information mitnehmen. Nicht nur, dass mit Klimaschutz überhaupt Freiheit für die nächste Generation entsteht. Wir wollen im Hier und Jetzt mit unseren Maßnahmen Chancen in wirtschaftlicher wie sozialer Hinsicht schaffen. Wie beim Hessenticket, das wir sukzessive zum echten Bürger*innenticket gewandelt haben und zusätzlich mit dem Hessenpass mobil auch ein Sozialticket in Hessen geschaffen haben. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir nun den Hessenpass mobil zum Sozialpass für Hessen für Erleichterungen beim sozialen und kulturellen Leben entwickeln. So wird aus einer Klimaschutzmaßnahme eine Chance für mehr freie Entfaltung für alle.

Klimaanpassung in Natur und Gesellschaft

Selbst wenn wir es noch schaffen, die Erhitzung der Erde auf 1,5 Grad zu begrenzen, wird sich unsere Heimat dramatisch verändern, und wir Menschen sowie die Natur müssen uns dem in beträchtlichem Maße anpassen. Wir wollen Hessen in allen relevanten Bereichen krisenresilient gestalten und dafür Förderprogramme und Leitlinien auch für die kommunalen Bereiche entwickeln. Einen besonderen Fokus legen wir auf den natürlichen Klimaschutz mit einem eigenen Aktionsprogramm. Dabei kommt dem Schutz und der Wiederherstellung von Mooren, dem Aufbau naturnaher und damit klimastabiler und artenreicher Wälder und dem Humusaufbau auf landwirtschaftlich genutzten Böden eine besondere Bedeutung zu. Mit der Renaturierung der hessischen Auenlandschaften sowie der Wasserrückhaltung in der Landschaft und in Siedlungsgebieten mit dem Prinzip der Schwammstadt fördern wir die Grundwasserneubildung und schaffen einen natürlichen Hochwasserschutz bei den zunehmenden Starkregenereignissen. Am Instrument der Starkregengefahrenkarte setzen wir an und fördern Notfallsysteme und überregionale Netzwerke zum schnellen Eingreifen.

Den Landesbetrieb HessenForst werden wir mit technischen Ausrüstungen im Bereich Brandschutz weiter ausstatten und mit Schulungen sowie Ausbildungen auf Waldbrände vorbereiten.

Hessisches Naturerbe erhalten, Artenschutzoffensive starten

Von der Vielfalt an Lebensräumen sowie den Tier- und Pflanzenarten mit ihrer genetischen Vielgestaltigkeit hängt unser Leben ab. Der Zustand der Natur ist ein Frühwarnsystem für unsere Lebensgrundlagen. Deswegen wollen wir das Hessische Zentrum für Artenvielfalt ausbauen und es als universitätsnahen Standort dauerhaft als Schnittstelle von Anwendung und Forschung etablieren. Wir wollen eine Trendumkehr bei bedrohten Tieren und Pflanzen erreichen und verloren gegangenen Lebensraum wiederherstellen. Hierfür werden wir unsere ehrgeizige Biodiversitätsstrategie weiterentwickeln, und wir wollen das globale 30-Prozent-Schutzgebietsziel erreichen. Im Mittelpunkt steht ein robustes Schutzgebietsnetz mit Gebieten für die natürliche Entwicklung, eingebettet in einen Biotopverbund und umgeben von einer nachhaltig bewirtschafteten Landschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir bis zum Jahr 2030 insgesamt 1 Milliarde Euro investieren.

Den Kern bilden unsere hessischen Naturschätze: der Nationalpark Kellerwald-Edersee, die Biosphärenregion Rhön, das Nationale Naturmonument Grünes Band, das Naturschutzgebiet Kühkopf-Knoblochsaue und die Naturschätze von der Wetterau bis zum Laubacher Wald sowie unsere hessischen Naturparke. Sie wollen wir ge-

meinsam in der unmittelbaren Verantwortung des Landes weiterentwickeln – mit guten Standards für Schutz, Forschung, Evaluation, Bildung und Betreuung sowie Förderung des Landes.

Hessen setzt auf Wildnis, also natürliche Entwicklung, auf 2 Prozent der Landesfläche. Daneben wollen wir weitere Naturschutzgebiete ausweisen und das Netz Natura 2000 mittels Maßnahmenplänen verbindlich schützen. Wir wollen Kommunen fördern, die eine kommunale Biotopverbundplanung machen und umsetzen. Für die Stärkung geschützter Biotope wollen wir Initiativen vor Ort weiter unterstützen und in diesem Sinne die Streuobststrategie in ihrer Umsetzung verstetigen sowie gegebenenfalls weiterentwickeln. Den Lebensraum Deich schützen wir durch eine naturschutznahe Deichpflege.

Natur findet auch außerhalb von Schutzgebieten statt. Wir werden die Artenvielfalt in Städten und Dörfern fördern. Wir wollen die Kontrolle der Umsetzung von Ersatzmaßnahmen neu ordnen. Die Flächenkonkurrenz zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Energiegewinnung wollen wir in Win-win-Situationen umwandeln. Den Vertragsnaturschutz im Wald werden wir gemeinsam mit Waldbesitzenden und Naturschutzverbänden ausweiten. Wir stehen zur Vereinbarung Landwirtschaft und Naturschutz und werden die Agrarumweltprogramme attraktiv für Bewirtschaftende und für bedrohte Arten ausgestalten. Artenhilfsprogramme und die Fördergebiete Artenschutz werden wir finanziell und personell ausbauen und damit an die erfolgreichen Feldflurprojekte anknüpfen. Die Rückkehr von ausgerotteten Arten wie Biber, Fischotter oder Wolf führt zu Konflikten. Wir setzen dabei nicht auf populistische Scheinlösungen, sondern helfen den Betroffenen im Schadensfall und mit Präventionsangeboten. Dessen ungeachtet wird es Fälle geben, in denen verhaltensauffällige Wölfe erschossen werden müssen.

Das bundesweit als Vorreiter stehende Programm zur Stützung windkraftsensibler Arten wollen wir verstetigen. Die Vielfalt von Insekten wollen wir durch die weitere Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden verbessern. Verstärktes Augenmerk legen wir dabei auf besonders sensible Bereiche wie Schutzgebiete und Gewässer. Sie wollen wir durch Pufferstreifen schützen, auf denen wir den Verzicht auf Pestizide fördern. Die Umsetzung des im Naturschutzgesetz neu festgelegten Schutzes von Insekten und Nachttieren vor Lichtemissionen treiben wir weiter voran.

Wir wollen einen Pakt für Naturschutz auf kommunaler Ebene: Ziel ist die Beratung und Unterstützung kommunaler Behörden bei Naturschutzaufgaben, Förderanträgen sowie der Umsetzung des Artenschutzes. Die Beantragung der Förderprogramme für den Naturschutz werden wir vereinfachen.

Ehrgeizige Ziele brauchen engagierte Menschen

Ohne den ehrenamtlichen Einsatz vieler in den Naturschutzverbänden wären viele Arten bereits ausgestorben. Ihr Engagement wollen wir verstärkt fördern. Die Landschaftspflegeverbände wollen wir als zentrale Partner im Naturschutz ausbauen. Um das Verständnis für ökologische Zusammenhänge zu erhöhen, wollen wir Naturerlebniszentren und die Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken. Die Umweltbildungszentren wollen wir stärken und sie in ihrer Rolle als etablierte Ansprechpartner für die Schulen bei Fragen zur BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung) unterstützen. Die außerschulische Umweltbildung wollen wir mit weiteren Mitteln für Personal stärken. In Kooperation zwischen den Hochschulen und dem Lore-Steubing-Institut wollen wir die Kenntnisse von heimischen Arten bei Studierenden in den entsprechenden Fächern stärken. Wir wollen die Verwaltung landeseigener Flächen auf die Naturschutzziele hin ausrichten. Viele Lebensräume brauchen Beweidung. Deswegen unterstützen wir dauerhaft Initiativen zur Beweidung von Schutzgebieten.

Hessens Wälder werden naturnah, artenreich und klimastabil

Wir erleben ein Waldsterben dramatischen Ausmaßes. Unsere Anstrengungen für einen naturnahen, klimastabilen und artenreichen Wald werden wir deshalb verstärken und das größte Waldentwicklungsprogramm Hessens auf den Weg bringen. Wir wollen das Hessische Waldgesetz konsequent an Natur- sowie Klimaschutz und Erholungszielen ausrichten; im Konfliktfall genießen die Biodiversität, der Klimaschutz und die weiteren Schutzziele Vorrang vor den Nutzungszielen.

Die natürliche Waldentwicklung in Hessen wollen wir entsprechend den oben ausgeführten Leitlinien zum Naturschutz weiter stärken und den FSC-Standard beibehalten. Der Wald der Zukunft ist ein naturnaher, klimastabiler Wald mit vorzugsweise standortgerechten heimischen Baumarten. Eine besondere Verantwortung haben wir für das Weltnaturerbe Buchenwälder. Naturwaldflächen ab 50 Hektar werden wir als Biotope gesetzlich schützen. Um die Klimafunktion des Waldes zu stärken, streben wir eine höhere Kohlenstoffspeicherung im Wald an (Vergrößerung der Holzvorräte und der Humusschicht). Den Anteil alter Buchenbestände wollen wir erhöhen. Zudem setzen wir auf freiwilligen Waldtausch von in FFH-Gebieten liegenden Privat- zu Staatswaldflächen, um den Schutz der FFH-Gebiete zu verbessern. Mit unserer Waldpolitik unterstützen wir das Ziel, dass mindestens 2 Prozent der Landesfläche Wildnis werden sollen. Dafür setzen wir auf Waldpartnerschaften mit Kommunen zur Entwicklung und zum Schutz von Wildnisgebieten. Privatwaldbesitzenden werden wir einen Anreiz dafür bieten, dass sie einen Teil ihrer Wälder der natürlichen Entwicklung überlassen und damit zum Ziel der Biodiversitätsstrategie beitragen, 5 Prozent des Waldes zu Naturwäldern werden zu lassen. Beim Einschlag setzen wir auf Obergrenzen, die die natürliche Entwicklung stärken, und auf Kaskadennutzung, also die mehrfache Nutzung des geernteten Holzes. Mit einem Programm „Bürger*innenwald“ werden wir die Menschen vor Ort zum Mitentscheid über die Waldkonzepte einladen. Den genannten Herausforderungen können wir nur mit dem nötigen Know-how der Forstwirtschaft begegnen, für deren angemessene Personalausstattung und gute Ausbildung wir uns einsetzen.

Wasser heißt Leben

Die nachhaltige Sicherstellung unserer Lebensgrundlage Wasser ist in Zeiten der Klimakrise wichtiger denn je. Daher werden wir den Zukunftsplan Wasser hin zu einer nachhaltigen Wasserwirtschaft konsequent umsetzen. Hierzu werden wir wie die meisten anderen Bundesländer auch einen Wassercent einführen, um zielgerichtet nachhaltige Projekte der Wasserversorgung zu finanzieren und Umwelt- und Ressourcenkosten verursachergerecht abzubilden. Die Förderung kommunaler Wasserkonzepte und deren Umsetzung ist dabei ein wichtiger Baustein.

Im Hessischen Wassergesetz wollen wir die Priorisierung der Versorgungssicherheit mit Wasser für die Bevölkerung und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verankern.

Der Schutz der Ressource Grundwasser ist essenziell, daher müssen Genehmigung und Kontrollen von Wasserentnahmen in Zeiten der Klimakrise noch strikter geregelt werden. Die notwendigen Änderungen im Wassergesetz wollen wir angehen. Dabei leitet uns das Prinzip der „umweltschonenden Wassergewinnung“ zur Vermeidung von Überlastungen der Naturräume. Wir wollen das Wassermonitoring erweitern und dem weiteren Absinken des Grundwasserspiegels durch erhöhte Entnahmen entgegentreten. Die Hessische Bauordnung wollen wir bezüglich Vorgaben zur effektiven Regen- und Brauchwassernutzung bei Neubauten anpassen, Anreize zum Einsparen von Trinkwasser setzen und Entsiegelungen, Erhalt von Versickerungsflächen sowie die Schaffung und Nutzung von Brauchwassernetzen fördern. Die Maßnahmen des „Runden Tisches Hessisches Ried“ zur Rettung des Waldes setzen wir weiter konsequent um. Fracking in Hessen lehnen wir zum Schutz des Grundwassers weiter ab. Zum Schutz der Oberflächengewässer wollen wir breitere pestizid- und düngerfreie Gewässerrandstreifen fördern. Die Verunreinigung von Grundwasser gehen wir möglichst beim Verursacher an und setzen daher die Spurenstoffstrategie weiter um, denn es geht nicht nur um ausreichendes, sondern auch um sauberes Grundwasser. Aber auch die Förderung der 4. Reinigungsstufe wollen wir ausweiten und setzen uns auf Bundesebene für die bundesweite Einführung der 4. Reinigungsstufe ein. Unser Ziel ist, dass Hessens Gewässer in einen guten ökologischen und chemischen Zustand gebracht werden. Die Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie zur Renaturierung von Gewässern haben wir mit dem „100 Wilde Bäche“-Programm beschleunigt. Wir wollen das Programm auf 200 „Wilde Bäche“ ausweiten.

Bei der Kaliindustrie setzen wir auf konsequente Einhaltung des von uns mühsam errungenen Weges, sodass die Einleitung spätestens 2027 beendet wird und schließlich eine vollständige Haldenabdeckung erfolgt. Dabei sind Haldenerweiterungen zu begrenzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Abbaureste aus dem Kalibergbau wieder unter Tage gebracht werden. Der Kiesabbau soll hinsichtlich negativer Auswirkungen auf die Grundwasserkörper stärker überprüft werden. Die Sicherheit der Versorgung mit sauberem Trinkwasser muss auch in künftigen Genehmigungsverfahren Vorrang haben vor den Interessen von Abbauunternehmen.

Hessen bleibt Vorreiter der Agrarwende

Wir wollen nicht nur vorbildliche Ökomodellregion Deutschlands sein, sondern in allen Bereichen der Landwirtschaft mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit zukunftsfähig bleiben und die bäuerlichen Strukturen in ihren Grundfesten stärken. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns nicht nur bei der Energie globale Abhängigkeiten vor Augen geführt, wir setzen daher ebenfalls im Agrarbereich weiter auf eine Stärkung der regionalen Landwirtschaft und eine hohe Vielfalt sowie Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Bis 2030 wollen wir 30 Prozent Ökolandbau erreichen. Forschung, Förderung und Beratung sollen dabei der Einhaltung des 30-Prozent-Zieles dienen – von landeseigenen Domänen und Flächen über Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen bis zu Forschung und Förderung, z. B. zu bzw. von der klassischen Zucht von klimarobustem Saatgut oder regenerativen Anbaumethoden und Agroforst.

Ökolandbau bleibt unser Leitbild, aber wir wollen die gesamte Landwirtschaft in Hessen nachhaltiger gestalten und setzen dabei auf eine konsequente Weiterentwicklung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik hinsichtlich Klimaschutz, Ökologie und Gemeinwohl. Wir unterstützen Maßnahmen zur Minderung von Stickstoff- und Phosphateinträgen in unserer Umwelt und die weitere Reduktion von chemisch-synthetischen Pestiziden durch die Weiterentwicklung des hessischen Pestizidreduktionsplans. Wir fördern regionale Stoffkreisläufe durch den Einsatz von Kompost und die Rückgewinnung von Phosphor aus Kläranlagen sowie nachhaltige Wassernutzungskonzepte. Die vielfältige Besitzstruktur sichern wir durch ein Agrarstrukturgesetz sowie Förderungs- und Beratungsangebote bei landwirtschaftlichen Existenzgründungen und den verschiedenen Formen sozialer, solidarischer und gemeinwohlorientierter Landwirtschaft. Die Hessische Landgesellschaft soll zukünftig verstärkt Land für Existenzgründungen in der Landwirtschaft bevorraten und vergeben.

Wir wollen regionale Wertschöpfungsketten von der Erzeugung über die Verarbeitung bis hin zur Vermarktung stärken und so dem Höfesterben der letzten Jahre entgegentreten, z. B. durch Gründungs- und Investitionsförderung. In öffentlichen Einrichtungen wollen wir verstärkt regionale und ökologische Produkte, auch Umstellungsware, einsetzen – so schaffen wir Nachfrage und faire Preise. In öffentlichen Kantinen wollen wir durch passende Beratungsangebote bei der Umstellung unterstützen. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass der Anbau genveränderter Pflanzen sowie Zucht und Haltung gentechnisch veränderter Tiere in Hessen nicht stattfinden. Wir schließen darin ausdrücklich die Verfahren der neuen Gentechnik beim Anbau mit ein. Im Agrarbereich haben bisher auch neue Gentechnikverfahren zu neuen Problemen geführt. Wir setzen gleichzeitig im Sinne der Wissenschaftsfreiheit auf die Forschung in den Hochschulen und den intensiven Dialog zwischen Praxis und Forschung. Es gilt, Chancen, Risiken und Folgen abzuwägen sowie Alternativen auch im Bereich der Forschung weiter zu stärken. Ansonsten gilt bei Produkten die klare Regel: Wo Gentechnik drin ist, muss Gentechnik draufstehen. Dafür verstärken wir die Anstrengungen auf Bundesebene und werden auch landesseitig die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, etwa durch Initiativen zur Erzeugung gentechnikfreier heimischer Eiweißfuttermittel.

Um das Wissen für die Agrarwende zu stärken, setzen wir auf die Integration von Ökolandbau sowie Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen in Lehrpläne, Förderungen außerschulischer Lernorte und die Stärkung von Praxisforschungsnetzwerken. Innovative Lösungen für Agrarsystemforschung wollen wir aus der Wissenschaft durch Reallabore in die Praxis überführen und ein Innovationszentrum für Agrarsystemtransformation mit wissenschaftlichen Partnerorganisationen in Hessen gründen.

Boden ist endlich

Boden schützen heißt Zukunft schützen. Mit konsequenter Innen- vor Außenentwicklung und einem Entsiegelungsprogramm für Hessen wollen wir den Flächenverbrauch auf höchstens 1 Hektar pro Tag bis 2030 reduzieren. Perspektivisch müssen wir das Netto-Null-Ziel erreichen und werden dies bei der Landesentwicklungsplanung über konkrete Flächenzielvorgaben und im Rahmen der Praxis der Hessischen Landgesellschaft sicherstellen. Das Landesplanungsgesetz, das Hessische Altlasten- und Bodengesetz und andere relevante Gesetze werden wir verstärkt auf vorsorgenden Boden- und Flächenschutz ausrichten. Flächenschutz ist eine Aufgabe, die Land und Kommunen Hand in Hand wahrnehmen müssen. Deshalb bringen wir mit Kommunen kommunale Boden-

schutzkonzepte, Lösungen gegen Flächenspekulation, Potenzialflächenkataster und die Entwicklung von Flächentauschkonzepten voran.

Weniger ist mehr

Ein sparsamer Umgang mit natürlichen Ressourcen bleibt ein Kern GRÜNER Umweltpolitik. Um Stoffkreisläufe immer weiter zu schließen, wollen wir die Hessische Ressourcenschutzstrategie weiterentwickeln. Wir bauen sukzessiv ein nachhaltiges Rohstoffsicherungskonzept auf, das CO_2 vermeidet und ökonomisch steigenden Rohstoffkosten Rechnung trägt. Dazu gehört auch die deutliche Reduktion der Verschwendung von Lebensmitteln. Modellhafte Logistiklösungen für Recycling wollen wir fördern und Wege voranbringen, die Recycling zum wirtschaftlichen Erfolgsfaktor machen. Der Abfallwirtschaftsplan soll zu einer Zero-Waste-Strategie werden. Das Rohstoffmonitoring wollen wir verbessern, um über mögliche Erweiterungen oder Reduktionen von Deponieflächen kriterienorientiert entscheiden zu können. Wir unterstützen Suffizienzstrategien und Cradle-to-Cradle-(Kreislaufwirtschafts-) Konzepte bei Landeseinrichtungen, Kommunen, Unternehmen und Initiativen. Insbesondere das hohe Potenzial des Baustoffrecyclings nehmen wir dabei in den Blick. Wo immer möglich, sollten Gebäude energetisch saniert, umgenutzt oder umgebaut werden, anstatt sie abzureißen. Wir fordern ein gesamthessisches Rohstoffmonitoring, in dem Abbauflächen und -mengen aller Abbauunternehmen gesammelt und überwacht werden. Erweiterungen müssen langfristig nach ökologischen, klimarelevanten und nachhaltigen Kriterien abgewogen und genehmigt werden. Alternativen sollen vermehrt geprüft und ein nachhaltiges CO_2-neutrales Rohstoffsicherungskonzept erarbeitet werden. Die Regionalplanung muss wieder gestärkt und die Anzahl von Zielabweichungsverfahren reduziert werden.

Eine Kreislaufwirtschaft wird nicht ohne das Ausschleusen gefährlicher oder langlebiger Chemikalien aus den Produkten möglich sein. Ein neuer Anlauf in der europäischen Chemikalienpolitik ist auch für Gesundheits-, Klima- und Biodiversitätsschutz unverzichtbar. Wir unterstützen daher, dass die europäische Chemikalienpolitik deutlich verbessert und beschleunigt wird und werden in Hessen unsere Initiativen für die bessere Umsetzung von geltenden Stoffverboten weiter intensivieren.

Tiere konsequent schützen

Unser Ziel ist, das im Grundgesetz verankerte Staatsziel Tierschutz in die bestehenden Gesetze effektiv einzuarbeiten, Lücken zu schließen und Tierhaltung an Erkenntnissen der modernen Verhaltensforschung auszurichten. Wir wollen in Hessen analog zum Umweltschutz ein Verbandsklagerecht im Tierschutz. Um die kommunalen Veterinärbehörden bei den Herausforderungen im Umgang mit Exoten- und Wildtierhaltungen zu unterstützen, wollen wir den aufgebauten Expertenpool in einer „Task Force Tierschutz“ als Berater und Schlichter weiter stärken und Wildtier- und Auffangstationen unterstützen. Wildtiere haben im Zirkus nichts zu suchen, wir setzen uns weiter für ein echtes Verbot von Wildtieren im Zirkus ein. Insgesamt wollen wir Initiativen dabei unterstützen, die private Wildtierhaltung einzudämmen und Qualzuchten zu verhindern.

Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft und damit die Tiergesundheit und Lebensqualität verbessern und die Arzneimittelanwendungen reduzieren. Um das Leid von Tieren in industrieller Haltung zu beenden, fordern wir eine deutliche Verbesserung der Tierwohlstandards und die konsequente Bindung an die Fläche.

Um Vorreiter bei tiergerechter Landwirtschaft zu werden, fördern wir tierfreundliche Außenklimaställe für Betriebe mit maximal zwei Großvieheinheiten je Hektar. Die Zucht von vom Aussterben bedrohter Nutztierrassen unterstützen wir ebenso wie die Umstellung auf Zweinutzungsrassen bei der Hühner- und Rinderhaltung und den Einsatz von Arbeitspferden in Land- und Forstwirtschaft. In der Privilegierung im Baurecht für landwirtschaftliche Bauten nach § 35 Baugesetzbuch unterstützen wir Initiativen auf Bundesebene, den Kommunen mehr Mitspracherecht bei den Vorgaben zum Bau von Ställen der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung zu geben.

Ein wichtiges Ziel ist es, lange Lebendtiertransporte möglichst überflüssig zu machen und Fahrtstrecken in der Dauer deutlich zu begrenzen. Dazu gehört auch die weitere Förderung von mobiler und teilmobiler Schlach-

tung in Hessen. Zudem setzen wir uns für ein rechtssicheres nationales Verbot von Lebendtiertransporten in Drittländer außerhalb der EU und für Zielvorgaben bei den Tiertransportkontrollen durch die Landkreise ein. Die Schaffung geeigneter Unterbringungsmöglichkeiten im Rahmen einer Notversorgung durch die Kommunen wollen wir unterstützen. Die kommunalen Veterinärämter wollen wir für die Kontrolle von Tiertransporten und Schlachtstätten besser ausstatten.

Tierschutz im privaten Bereich fängt vor der Anschaffung eines Haustieres an. Wir wollen einen „Aktionsplan Tierschutz" auflegen, um Menschen für die natürlichen Bedürfnisse von Tieren zu sensibilisieren und Wissen in Pflege, Haltung und Umgang mit Tieren zu vermitteln.

In der Forschung sollen Landesmittel gezielt für tierversuchsfreie Verfahren zur Verfügung gestellt werden. Erkenntnisse der durch das Land geförderten 3R-Professuren (Prinzip „Refinement, Reduction, Replacement") müssen weiter unterstützt und in die Lehre integriert werden.

Jagd ökologisch gestalten

Wir brauchen ein modernes ökologisches Jagdgesetz. Dabei wollen wir dem Tierschutz, dem Klimaschutz und dem Umweltschutz in der Jagd ihre angemessene Bedeutung verschaffen. Wir wollen die Bejagung bestandsgefährdeter Tierarten beenden. Die Bejagung des Schalenwildes muss sich konsequent an der Tragfähigkeit der Lebensräume orientieren. Daher setzen wir auf ein konsequentes Monitoring der Schadenswirkung durch hohe Populationsdichten von Wild. Wir wollen die Abschusspläne für das Rehwild abschaffen und die Hegegemeinschaften in die Verantwortung für die natürliche Verjüngung des Waldes und die Entwicklung klimastabiler Wälder nehmen.

Verbraucher*innenschutz

Wir wollen die Verbraucherzentrale Hessen weiter fördern und finanziell besser ausstatten, um den gestiegenen Anforderungen in diesem Bereich Rechnung zu tragen. Um einen niedrigschwelligen Zugang für alle Verbraucher*innen zu ermöglichen, wollen wir ein hessenweites Konzept für eine aufsuchende Verbraucher*innenberatung im ländlichen Raum entwickeln und realisieren.

Die hessische Ernährungsstrategie wollen wir weiter umsetzen. Dabei stärken wir die Ernährungsbildung in Kitas und bei Tageseltern, verbessern die Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen von nachhaltigen, regionalen und ökologischen Lebensmitteln, bauen gesunde und nachhaltige Verpflegung in Großküchen und Kantinen aus und tragen z. B. durch die Förderung von Ernährungsräten zum zivilgesellschaftlichen Engagement bei. Wir unterstützen die Entkriminalisierung des sogenannten Containerns, damit das Entwenden entsorgter Lebensmittel nicht strafrechtlich verfolgt wird.

Die Kommunen wollen wir bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bei der Lebensmittelüberwachung durch mehr Personal stärken.

Gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum

Die Hälfte der hessischen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, und viele Menschen tun dies bewusst und gerne. Damit gerade junge Menschen und jüngere Familien sich aktiv für den ländlichen Raum entscheiden, dort bleiben oder zurückziehen, braucht es in allen Bereichen des Lebens Anstrengungen, um das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu erreichen: vom täglichen Grundbedarf über die medizinische Versorgung oder die Frage der Kinderbetreuung bis hin zu Kultur- und Sportangeboten. Nur wenn die Bereiche weiter verzahnt gedacht und vorangebracht werden, kommen wir dem Ziel näher. Zur weiteren Unterstützung der ländlichen Räume werden wir den Aktionsplan für ländliche Räume verstetigen und weiterentwickeln. Da-

bei wollen wir Modellregionen wie z. B. für nachhaltigen Tourismus und soziale Daseinsvorsorge ausloben, um attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum zu stärken. Wir wollen die Dorf- und Regionalentwicklung weiter voranbringen und die Fördermöglichkeiten für die LEADER-Regionen erhöhen.

Die Attraktivität des Lebens im ländlichen Raum ist sehr stark von der Qualität der Mobilität abhängig. Für echte Wahlfreiheit und eine Stärkung der klimaschonenden Mobilität wollen wir den Umstieg erleichtern. Wir wollen die Anbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln so ausbauen und die Verzahnung der Angebote so verbessern, dass das Motto „Jedes Dorf – jede Stunde" Realität werden kann. Die ehrenamtlich getragenen „Bürgerbusse" unterstützen wir weiterhin. Zudem wollen wir mit einer Ladeinfrastruktur-Offensive die Infrastruktur dafür schaffen, dass Autos elektrisch unterwegs sein können.

Weiterhin ist es unser Ziel, notwendige Wege so kurz wie möglich zu machen. Eine Voraussetzung dafür wollen wir schaffen, indem wir vor allem im ländlichen Raum eine wohnortnahe Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs sicherstellen. Dafür stärken wir Projekte für regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfung. Das sorgt ebenfalls dafür, dass Arbeitsplätze in der Region erhalten und gestärkt werden. Gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen, heißt für uns auch, in innere Sicherheit zu investieren. Hilfskräfte und Katastrophenschutz müssen in der Lage sein, auch auf dem Land eine verlässliche und ausreichende Versorgung sicherzustellen.

Maßgeblich für die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum sind eine gute medizinische Versorgung und Angebote zur Pflege. Diese müssen wohnortnah erreichbar sein. Daher wollen wir Gesundheitszentren und das Angebot von Gemeindepfleger*innen stärker fördern. Wir wollen der Entwicklung der sinkenden Zahl an Niederlassungen und Nachfolgen von Hausärzt*innen im ländlichen Raum entgegenwirken. Wir halten an der neu geschaffenen Landärzt*innenquote und dem Ausbau von Medizinstudienplätzen fest. Darüber hinaus wollen wir die Einführung von „Genossenschaftlichen Hausarztmodellen" zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Hausärzt*innen nach dem Vorbild Baden-Württembergs prüfen.

Zur Daseinsvorsorge gehören für uns auch leistungsfähiges Breitbandinternet und ein gut ausgebautes Mobilfunknetz. Hier wollen wir insbesondere im ländlichen Raum mehr Tempo beim Ausbau aufnehmen. Neben der Digitalstadt Darmstadt wollen wir auch im ländlichen Raum eine digitale Musterregion unterstützen, in der Kommunen, Landkreise, lokale Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Initiativen beispielhaft für andere gemeinsam ein regionales digitales Entwicklungskonzept umsetzen.

Das gesellschaftliche Miteinander und den Zusammenhalt in den ländlichen Regionen wollen wir weiter fördern. Ein Schlüssel dazu ist die Kultur. Die Förderung von Kunst und Kultur im ländlichen Raum wie bei den Landkulturperlen, bei der Soziokultur oder der Unterstützung von Musikvereinen und Chören wollen wir weiter ausbauen. Wir wollen Ortskerne erhalten und sie – wo notwendig – revitalisieren. Dorf- und Förderprogramme sollen der Flächenversiegelung im Außenbereich entgegenwirken und die Ortsmitte beleben. Dabei unterstützen wir auch die Umwandlung von ehemaligen Höfen in Wohnraum. Das Kulturgut Landgasthaus wollen wir erhalten, denn es gehört zur Attraktivität jedes Dorfes, es ist sozialer Treffpunkt, Arbeitsplatz und wichtig für den ländlichen Tourismus. Daher wollen wir das Programm gegen das Gaststättensterben im ländlichen Raum fortsetzen und intensivieren.

Im Kampf um eine offene Gesellschaft muss auch der ländliche Raum in den Blick genommen werden. Gerade für junge queere Menschen ist der Weg zu den Beratungsstellen weit. Deshalb wollen wir die Beratungs- und Unterstützungsangebote im ländlichen Raum ausbauen. Ebenso wollen wir die Demokratieförderung stärken, indem wir die Angebote gemeinsam mit den Träger*innen weiter verbessern und insbesondere für die ländlichen Regionen dezentralisieren.

Kapitel 3 Für ein soziales und gesundes Hessen, in dem alle Chancen haben und dazugehören

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Chancen haben, sich frei entfalten können, nicht diskriminiert werden und niemand abgehängt wird. Für uns kommt es nicht darauf an, wo ein Mensch herkommt oder in welchem Umfeld sie oder er geboren ist oder lebt. Für uns ist entscheidend, wo ein Mensch hinwill, welche Perspektiven und Ziele sie oder er hat. Nicht alle können ihren Weg ohne die solidarische Unterstützung der Gesellschaft gehen. Wenn jede*r nur an sich denkt, ist eben nicht an alle gedacht. Daher wollen wir durch ein stabiles soziales Netz allen Menschen Sicherheit geben. Denn gerade in sich wandelnden Zeiten braucht es Halt und Stabilität.

Wir haben schon einiges erreicht. Wir haben das Hessische Sozialbudget geschaffen, kontinuierlich auf über 130 Millionen Euro erhöht und damit die Förderung der sozialen Infrastruktur in Hessen auf eine verlässliche Basis gestellt. An mittlerweile 75 Standorten sorgen wir mit der Gemeinwesenarbeit dafür, dass es in sozioökonomisch benachteiligten Wohngebieten direkt vor Ort Ansprechpartner*innen gibt, die sich um Hilfen und Unterstützung für die dort lebenden Menschen und die Weiterentwicklung des Quartiers kümmern. 200 Familienzentren sorgen in ganz Hessen dafür, dass Eltern und Kinder bei Bedarf gut unterstützt werden. Mit dem Landesamt für Gesundheit und Pflege, 1 Milliarde Euro Investitionsförderung für Krankenhäuser allein in den Jahren 2023 und 2024 sowie weiteren Maßnahmen stärken wir die gesundheitliche Versorgung in Hessen. Wir haben das erste Hessische Integrations- und Teilhabegesetz auf den Weg gebracht und ein eigenes Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus Afghanistan. Mit den Aktionsplänen für Akzeptanz und Vielfalt und vielen weiteren Maßnahmen unterstreichen wir, dass alle Menschen gleiche Rechte haben.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt.

Ein stabiles soziales Netz, auf das sich alle verlassen können

Die verlässliche Förderung von vielen sozialen Projekten, Initiativen, Vereinen und Verbänden (u. a. Schuldnerberatung, Frauenhäuser, Gewaltschutz und Drogenhilfe) durch das Hessische Sozialbudget ist der Kern unserer Sozialpolitik. Wer sich aus welchen Gründen auch immer in einer schwierigen Lebenssituation befindet, soll sich darauf verlassen können, dass ihr oder ihm dabei geholfen wird, das Leben wieder eigenverantwortlich gestalten zu können. Wir wollen erfolgreiche Projekte planungssicher verstetigen und damit weniger Projekt- und mehr Regelförderungen erreichen. Jahrelang unveränderte Zuschüsse wollen wir an die Inflation und gestiegene Lohnkosten anpassen und für dringende Herausforderungen neue Angebote entwickeln. Dazu werden wir das Sozialbudget um 50 Prozent auf mindestens 200 Millionen Euro pro Jahr erhöhen. Mit einer Bedarfsstudie zur sozialen Sicherheit wollen wir die Maßnahmen noch besser an aktuelle Bedarfe anpassen. Auch wollen wir den Zugang zu sozialen Unterstützungsangeboten verbessern und damit allen Menschen eine umfassende Teilhabe ermöglichen. Gemeinsam mit Kommunen, Verbänden und Trägern von sozialen Projekten werden wir einen thematisch und regional sortierten Überblick über vorhandene Angebote erstellen und eine niedrigschwellige Teilhabe ermöglichen. Besondere Bedeutung kommt hierbei bereits vorhandenen Angeboten wie den Familienzentren, dem Quartiersmanagement und der Gemeinwesenarbeit zu, die die wichtige Vernetzungsarbeit zwischen unterschiedlichen Hilfsangeboten schon heute leisten. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine armutsfeste Grundsicherung und universelle Sozialversicherungen ein, damit alle Menschen eine gute finanzielle Absicherung erhalten.

Armut vermeiden, Integration in Ausbildung und Arbeit stärken

Hessen ist ein reiches Land, und dennoch leben zu viele Menschen in Armut. Überdurchschnittlich stark betroffen sind Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben zudem durch steigende Preise die Lebenssituation von benachteiligten Gruppen verschärft und die Zahl der armutsgefährdeten Menschen erhöht. Wir wollen Wege aus der Armut eröffnen. Ein regelmäßiger Armuts- und Reichtumsbericht kann hierzu einen Beitrag leisten, wenn er neben der Beschreibung der Ist-Situation auch konkrete Maßnahmen aufzeigt. Wir wollen den Landessozialbericht daher zu einem Armuts-, Reichtums- und Handlungsbericht weiterentwickeln. Auf dieser Grundlage wollen wir einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und Armutsfolgen erarbeiten und damit die bisherigen Maßnahmen noch besser koodinieren. Zur Bekämpfung der Armut von Frauen halten wir arbeitsmarktpolitische Anreize für existenzsichernde Einkommen und damit für ökonomische Unabhängigkeit für besonders bedeutsam.

Wir setzen uns für die Entkriminalisierung von Obdachlosigkeit ein und möchten Obdach- und Wohnungslosigkeit durch Housing-First-Ansätze und das „Probewohnen" bekämpfen. Gleichzeitig streben wir an, den Betroffenen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen, indem wir die Angebote der Jobcenter noch enger an bestehende Unterstützungsstrukturen anbinden. Zudem planen wir eine Streetwork-Kampagne, um Obdachlosen und Menschen in Not den Weg zurück in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Immer wieder sind Eltern für ihre Kinder auf Bürgergeld angewiesen. Wir wollen diese Familien unterstützen und vermeiden, dass sich Armut in der Folgegeneration fortsetzt, damit Chancen nicht schon in jungen Jahren verbaut werden. Deshalb setzen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Armut von Kindern und wollen erreichen, dass alle Jugendlichen eine gute Bildung erhalten und anschließend einen Weg in das Arbeitsleben finden können. Kein junger Mensch soll zwischen Schule und Arbeitswelt verloren gehen oder jahrelang Warteschleifen durchlaufen, die sie oder ihn letztlich nicht weiterbringen. Auch Werkschulen können eine Brücke in das Berufsleben bauen.

Die Debatte um den Fachkräftemangel unterstreicht: ohne Menschen in Ausbildungsberufen läuft in Hessen wenig. Deshalb werden wir uns für eine Stärkung der beruflichen Ausbildung einsetzen. Dazu gehört auch, die Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung in allen Schulformen stärker ins Bewusstsein zu rücken. Wir stehen für eine faire Vergütung für Auszubildende und begrüßen die Ausbildungsgarantie auf Bundesebene. Noch vorhandene Schulgelder für die Ausbildung insbesondere in sozialen Berufen wollen wir abschaffen, um den Zugang für alle zu erleichtern. Außerdem schaffen wir zusätzliche Anreize für die Ausbildung in Mangelberufen, erhöhen die Ausbildungskapazitäten und fördern Quereinstiege mit einem eigenen Landesprogramm.

Qualifikation für und Integration in den Arbeitsmarkt, die sich an den individuellen Fähigkeiten und Begabungen orientieren, sind auch für viele Menschen jenseits der Berufseinstiegsphase der Schlüssel, um aus der Armut herauszugelangen. Die entsprechenden Programme werden wir ausbauen und an die sich wandelnden Bedarfe anpassen.

Wir wollen Langzeitarbeitslose gezielt zurück in den Arbeitsmarkt bringen und dabei auch die Möglichkeiten des sozialen Arbeitsmarkts verstärkt nutzen.

Wir setzen uns gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens beispielsweise auf die Chancen bei der Arbeitssuche, auf zivilgesellschaftliches Engagement und die gesellschaftliche Teilhabe in einem Pilotprojekt wissenschaftlich erforscht werden.

Gesundheitsversorgung und Pflege beginnen vor Ort

Eine gute medizinische und pflegerische Versorgung sowie eine gute Notfallversorgung sind für uns wichtige Daseinsvorsorge. Allen Menschen in Hessen muss die notwendige Gesundheitsinfrastruktur zur Verfügung stehen. Sowohl auf dem Land als auch in der Stadt muss die Grundversorgung gesichert werden. Dafür ist es erforderlich, dass ambulante und stationäre Angebote stärker ineinandergreifen und die Zusammenarbeit gestärkt wird. Diese bedarfsgerechten Angebote wollen wir mit weiteren Investitionsmitteln unterstützen. Um das Gesundheitswesen besser zu vernetzen und transparenter für Patient*innen zu machen, werden außerdem Investitionen in die digitale Infrastruktur notwendig sein. Wir wollen die hausärztliche Versorgung sichern und stärken sowie in unterversorgten Gebieten die Nachbesetzung attraktiver gestalten. Es braucht zudem eine flächendeckende und gezielter gesteuerte fachärztliche Versorgung. Durch gut erreichbare, interdisziplinär und multiprofessionell arbeitende Gesundheitszentren und ergänzende mobile Praxen stärken wir eine niedrigschwellige Gesundheitsversorgung in ganz Hessen. Die bevölkerungsnah arbeitenden, akademisch ausgebildeten „Community Health Nurses“ finden auch hier ideale Einsatzfelder. Darüber hinaus wollen wir das Angebot der Gemeindepfleger*innen weiterhin fördern.

Genügend Medizinstudienplätze, die Landärzt*innenquote und weitere Anreize für eine Ausbildung in Gesundheitsberufen sind wichtige Voraussetzungen, um eine umfassende gesundheitliche Versorgung überall in Hessen aufrechterhalten zu können.

Gemeinsam mit den Kommunen ist es unser Ziel, eine leistungsfähige und erreichbare Krankenhausversorgung für alle zu sichern. Den Landeskrankenhausplan werden wir auch mit Blick auf die integrierte Bedarfsplanung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung überarbeiten sowie die Investitionsmittel weiter erhöhen. Nicht jedes Krankenhaus muss alles machen, aber wenn es darauf ankommt, muss ein Krankenhaus für alle schnell erreichbar sein. Auch die Notfallversorgung vor Ort muss jederzeit sichergestellt sein. Dabei wollen wir die Verzahnung von Rettungsdienst, Notaufnahme und ärztlichem Bereitschaftsdienst voranbringen. Mit der deutschlandweit einzigartigen „Sektorenübergreifenden ambulanten Notfallversorgung“ (SaN) sind wir bereits auf dem Weg zu einer modernen Notfallversorgung und sorgen dafür, dass unsere Notaufnahmen und der Rettungsdienst Zeit für die schweren Fälle haben.

Wir werden die Maßnahmen des „Runden Tisches Geburtshilfe in Hessen“ umsetzen, evaluieren und weiterentwickeln und damit die Versorgung von werdenden Eltern durch Hebammen vor, während und nach der Geburt verbessern. Wir setzen uns für einen wertschätzenden Umgang in der Geburtshilfe und eine gewaltfreie Geburt in ganz Hessen ein. Das Hilfetelefon für Betroffene von traumatisierenden Erfahrungen in der Geburtshilfe unterstützen wir ebenso wie bestehende psychosoziale Beratungsangebote.

Gesundheit ist nur ganzheitlich zu denken. Sie ist für immer mehr Menschen auch eine Frage der mentalen Gesundheit sowie von Prävention und Vorsorge. Auch hier braucht es möglichst wohnortnahe Angebote. Oftmals vorhandene Wartezeit bei der Behandlung von psychischen Erkrankungen wollen wir reduzieren. Wir wollen sicherstellen, dass regionale Gesundheitszentren und Trauma-Ambulanzen die psychosoziale Betreuung sowie adäquate Hilfe und Beratung bei seelischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt leisten. Wir stärken in diesem Bereich außerdem vorhandene Netzwerke, Selbsthilfegruppen, Vereine und regionale Beratungsstellen.

In der Pflege wollen wir die stationären und ambulanten Angebote ausbauen sowie die hessische Pflegestrategie zu einem umfassenden Handlungskonzept der pflegerischen Versorgung weiterentwickeln. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf den Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege, Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige sowie der ambulanten Wohngemeinschaften. Außerdem bauen wir unsere regionalen Pflegestützpunkte aus, fördern die bessere Vernetzung durch eine Landesservicestelle und ermöglichen durch den flächendeckenden Ausbau eines Case-Managements mehr individuelle Beratung und Begleitung. Auf Basis des „Demenzatlas Hessen“ werden wir eine Demenzstrategie entwickeln, um auch hier der demografischen Entwicklung gerecht zu werden.

Genügend Fachkräfte und gute Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen für eine gute gesundheitliche Versorgung und Pflege. Daher werden wir die Fachkräfteoffensive zur Personalgewinnung und -ausbildung ausbauen. Dazu gehören vereinfachte Zugänge zu den Berufen, Quereinsteiger*innen- und Qualifizierungsprogramme, der Ausbau der 1-jährigen Pflegeausbildung sowie eine schnelle Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen sowie Programme zur Gewinnung und Unterstützung von eingewanderten Fachkräften. Wir brauchen ausreichend und gut qualifizierte Lehrkräfte, um mehr Menschen in den Gesundheits- und Pflegeberufen ausbilden zu können, deshalb werden wir auch die Studiengänge in diesen Bereichen ausbauen.

Zudem werden wir die Aus-, Fort- und Weiterbildung in Teilzeitmodellen stärken. Unser Pflegequalifizierungszentrum werden wir hierfür zu einem Qualifizierungszentrum für Care-Berufe weiterentwickeln. Wir unterstützen den Dialog zur Einrichtung einer Landespflegekammer nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz und werden gegebenenfalls den Aufbauprozess finanziell unterstützen.

Die palliativmedizinische Versorgung werden wir ausbauen, insbesondere im ambulanten Bereich. Neben den hauptamtlichen Kräften haben wir dabei auch die vielen ehrenamtlich Engagierten im Blick, die einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Menschen in dieser Phase zu begleiten. Das Zusammenwirken von Haupt- und Ehrenamt in diesem Bereich wollen wir stärken. Die Begleitung von Familien mit Sternenkindern unterstützen wir durch Beratungsangebote an den Kliniken.

Zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung gehört selbstverständlich auch die Vermeidung von Krankheiten. Durch verstärkte Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention wollen wir einen Beitrag für ein gesünderes Leben leisten. Dazu gehört für uns auch, das Angebot an ambulanter und stationärer Rehabilitation sicherzustellen. Des Weiteren werden wir mit einer Offensive die Frauenkrankheit Endometriose bekannter machen und zielgerichtet bekämpfen, die Long-Covid-Forschung ausbauen, um Betroffene besser unterstützen zu können, sowie mit einer HIV-Strategie inklusive Versorgungsmapping zum Erreichen der UN-AIDS-Ziele beitragen. Außerdem gehören dazu auch Präventionsprogramme zur Erhaltung der psychischen und physischen Gesundheit pflegender Angehöriger. Zudem richten wir einen Runden Tisch zur Prävention von Gewalt gegen ältere, behinderte und pflegebedürftige Menschen ein.

Wir werden Menschen ohne Krankenversicherung durch Clearingstellen unterstützen, die in eine Krankenversicherung vermitteln sollen. Außerdem führen wir einen anonymen Krankenschein für Menschen ein, bei denen eine Vermittlung in die reguläre Krankenversicherung nicht möglich ist.

Gesundheit muss für alle da sein. Die Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege muss intensiviert und stärker in der medizinischen Ausbildung und Praxis berücksichtigt werden, um tatsächlich alle Menschen gleichermaßen und gleich gut behandeln zu können.

Öffentlicher Gesundheitsdienst ist wichtiger denn je

Mit dem Landesamt für Gesundheit und Pflege werden wir die Arbeit der Gesundheitsämter weiter stärken. Sie sind entscheidend dafür, Gefahren für die Gesundheit frühzeitig zu erkennen und abzuwehren. Mit Blick auf die Anpassung an den Klimawandel und seine Gefahren für die Gesundheit der Menschen kommt eine neue Aufgabe hinzu. Eine zunehmende Zahl an heißen Tagen, überhitzte Innenstädte und Extremwetterereignisse stellen neue Aufgaben an die Gesundheitsbehörden, denen wir gerecht werden wollen. Daher wollen wir Maßnahmen voranbringen, damit die Menschen auch in Hitzewellen oder bei Extremwetterereignissen besser geschützt und gut versorgt sind. Der bereits vorhandene hessische Hitzeaktionsplan ist hierfür ergänzt um kommunale Hitzeschutzpläne die Basis. Wir unterstützen die hessischen Krankenhäuser auf ihrem Weg zur Klimaneutralität. Mit dem einzurichtenden Klima- und Transformationsfonds des Landes wollen wir Klima-Anpassungsmaßnahmen der Kliniken voranbringen. Wir fördern die Initiative „Green Hospital“ und wollen Qualifizierungsmaßnahmen zum Klimamanagement aktiv unterstützen.

Der öffentliche Gesundheitsdienst kann auch einen wichtigen Beitrag leisten, um vor Ort Defizite in der medizinischen Versorgung zu erkennen, zu bearbeiten, Vernetzungen zwischen den Akteur*innen herzustellen und so die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu verbessern. Grundlage hierfür ist eine systematische Analyse der regionalen Gesundheits- und Strukturdaten. Gesundheitsförderung und Prävention sehen wir als weitere wesentliche Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Wir setzen uns für eine Verstetigung des bundesweiten Pakts für den öffentlichen Gesundheitsdienst ein.

Familien, Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt

GRÜNE Familienpolitik stellt Kinder und Jugendliche mit ihren Bedürfnissen und Rechten in den Mittelpunkt. Familien sind so vielfältig wie das Leben selbst. Wir unterstützen alle Familienformen und nehmen die Belange von Alleinerziehenden sowie Regenbogenfamilien besonders in den Blick. Kinder sind unsere Zukunft. Wir wollen, dass sie gut aufwachsen, sich entfalten, ihre Fähigkeiten und Talente entdecken und ausprobieren können. Familie ist für uns da, wo Kinder sind. Wir sehen die besonderen Herausforderungen für Alleinerziehende und werden sie weiter gezielt unterstützen. Das gilt ebenso für Eltern mit Behinderungen. Die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe werden wir stärken und die Vernetzung mit der Schule ausbauen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung. Wir legen deshalb ein besonderes Augenmerk darauf, dass Kinder- und Jugendliche ihre Bedürfnisse und Interessen selbst formulieren können sowie in Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse auf allen politischen Ebenen sowie in Kitas, Schulen und der Jugendarbeit aktiv eingebunden werden. Außerdem wollen wir das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken, Beteiligungsformate ausbauen sowie einen Jugendrat für dauerhafte Beteiligung einrichten. Die Beauftragte für Kinder- und Jugendrechte soll weiterhin die Partizipation und Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen stärken und daran mitwirken, das Verfassungsziel zur Umsetzung der Kinderrechte zu erreichen.

Wir behalten die Auswirkungen der Coronapandemie für Kinder und Jugendliche im Blick und stärken ihre physische und psychische Gesundheit. Auf ausgefallene Formate während der Coronapandemie reagieren wir mit einem 5-jährigen Aktionsprogramm inklusive Juleica-Ausbildungsoffensive sowie einer Kampagne für mehr Jugendarbeit. Wir wollen mobile sowie aufsuchende Jugendarbeit ausbauen und insbesondere Streetwork-Angebote in Präventionskonzepte zur inneren Sicherheit integrieren. Den hessischen Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt werden wir ebenso konsequent umsetzen wie die UN-Kinderrechtskonvention. Dabei geht es zum einen darum, alle in der Gesellschaft – insbesondere in den Bereichen Schule, Sport und Vereinen – für diese Themen zu sensibilisieren. Zum anderen braucht es weitere Präventions- und Hilfsangebote wie Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt oder das Childhood-Haus. Wir wollen medizinische Kinderschutzambulanzen in Hessen ausbauen und uns für eine sichere Finanzierung einsetzen.

Die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe werden wir stärken, die Vernetzung mit der Schule ausbauen sowie durch eine wirksame Zusammenarbeit aller Beteiligten die Qualitätsentwicklung voranbringen. Wir werden prüfen, welchen Beitrag die Einrichtung einer „Fach- und Servicestelle Kinder- und Jugendhilfe“ dazu leisten könnte. Wir wollen die Wissenschaft und alle Beteiligten einladen, an der Konzipierung der Fach- und Servicestelle mitzuwirken, von deren Expertise wiederum alle profitieren könnten.

Eltern unterstützen wir dabei, Familie und Beruf in Einklang zu bringen (siehe auch Kapitel „Bildungsgerechtigkeit durch gute Kitas und Schulen“). Dabei geht es nicht nur um Angebote zur Kinderbetreuung. Es geht auch um einen gesellschaftlichen Wandel, in dem gleichberechtigte Care-Arbeit und das Leben mit Kindern auf mehr Verständnis und Rücksichtnahme treffen. Familienfreundliche Arbeitsplätze und -zeiten oder auch Modelle zur Einführung einer Viertagewoche sind hierfür ebenso Beispiele wie die Förderung von beruflichen Qualifikationsangeboten und die Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt.

Für die ganze Familie setzen wir uns für ein verlässliches Netz an Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ein. Besondere Bedeutung kommt hier den Familienzentren zu. Ihre Arbeit werden wir stärken. Familien mit unerfülltem Kinderwunsch werden wir beratend unterstützen. Zudem weiten wir die finanzielle Unterstützung der Kinderwunschbehandlung aus, sofern sie nicht von der Krankenkasse übernommen wird.

Für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter

Unsere Gesellschaft wird älter. Dem werden wir Rechnung tragen und die öffentliche Infrastruktur stärker an den Bedürfnissen von älteren Menschen ausrichten. Barrierefreie Zugänge und eine möglichst wohnortnahe Versorgung mit ärztlicher und pflegerischer Versorgung, Dienstleitungen und den Dingen des täglichen Bedarfs sind hier wichtige Bausteine. Dem möglichst langen, selbstbestimmten Leben in der eigenen Wohnung kommt besondere Bedeutung zu. Daher werden wir ambulante Hilfen und gemeinschaftliche Wohnformen unterstützen. Wir setzen auf Begegnungsstätten und Einrichtungen, in denen ein aktives Leben bis ins hohe Alter gelebt und gestaltet werden kann. Dazu gehören auch Mobilitätsangebote, die den besonderen Anliegen älterer Menschen gerecht werden. Wir machen Hessen fit fürs Alter und unterstützen Städte und Gemeinden bei der Beteiligung am globalen Netzwerk der „Age friendly city". Ältere Menschen haben eine Menge zum gesellschaftlichen Leben beizutragen, deshalb wollen wir zivilgesellschaftliches und politisches Engagement unterstützen.

Mit Integration auf Vielfalt und Teilhabe setzen

Hessen ist ein vielfältiges und buntes Land. Bei uns leben Menschen, die vor Kurzem, vor Jahren oder vor Jahrzehnten neu in unser Land gekommen sind und hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Insgesamt haben 36 Prozent der Hess*innen eine Migrationsgeschichte. Diese Vielfalt bereichert unsere Gesellschaft. Die Herausforderung besteht darin, das gemeinsame Leben und Integration zu gestalten. Das gelingt nicht von selbst und muss von und mit allen gedacht werden, die es betrifft. Noch haben eben nicht alle gleiche Chancen, wie der Integrationsmonitor der Landesregierung aufzeigt. Mit dem Hessischen Integrations- und Teilhabegesetz haben wir seit dem Jahr 2023 erstmals einen verbindlichen Rahmen für die Integrationsmaßnahmen in unserem Land. Diesen Rahmen wollen wir in den kommenden Jahren weiter ausgestalten. In unserer Verfassung wollen wir den Schutz vor Diskriminierung ausweiten und das Wort „Rasse" ersetzen.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist von besonderer Bedeutung, um in unserem Land anzukommen. Daher wollen wir Sprachförderprogramme in Kitas, Schulen und für Erwachsene ausweiten. Wir setzen uns dafür ein, das Angebot an Integrationskursen zu vergrößern und Zugangshürden (wie beispielsweise fehlende Kinderbetreuung) abzubauen.

Wir wollen, dass alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft oder der Herkunft ihrer Vorfahren – gleiche Chancen in unserem Bildungssystem, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt haben. Dafür braucht es mehr individuelle Förderung sowie das Erkennen, Benennen und Abbauen von Diskriminierungen und Hürden. Gleichzeitig ist Mehrsprachigkeit wertvoll. Sie wollen wir an den Schulen und in der Erwachsenenbildung fördern.

Für die Integration in den Arbeitsmarkt führen wir erfolgreiche Programme wie „Wirtschaft integriert" und „Sozialwirtschaft integriert" fort. Wir setzen uns für die schnelle Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und gezielte Weiterbildungs- und Sprachförderprogramme ein. Nachqualifizierung, berufsbegleitende Schulungen und Berufssprachkurse sollen verstärkt gefördert werden. Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen treten wir entschieden entgegen.

Wir brauchen Behörden – insbesondere Ausländerbehörden– , die es den Menschen leicht machen, sich in unserem Land zurechtzufinden. Komplizierte, unverständliche Formulare sind schon für Menschen, die lange in unserem Land leben, ein Problem, für Menschen mit Migrationsgeschichte dürfen sie nicht zu unüberwindbaren Hürden werden. Barriere- und Bürokratieabbau, weniger Formulare und einfache Sprache sind hier nötig. Wir wollen mehrsprachige Versionen der gängigsten Formulare zur Verfügung stellen.

Integration gelingt am besten vor Ort in den Kommunen. Die Arbeit der vom Land geförderten WIR-Vielfaltszentren und der damit verbundenen Integrationsprogramme in allen Landkreisen und kreisfreien Städten werden wir evaluieren und weiter stärken. Die Einbürgerung werden wir weiter fördern. Die Selbstorganisation von Migrant*innen und die politische Interessenvertretung von Migrant*innen, beispielsweise durch die Ausländerbeiräte und ihren Dachverband, werden wir auch finanziell weiter stärken. Entsprechend wollen wir die Praktikabilität und Umsetz-

barkeit der HGO (Hessische Gemeindeordnung) überprüfen. Auf Bundesebene setzen wir uns für das Wahlrecht für alle dauerhaft hier lebenden Menschen ein.

Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir unterstreichen, dass alle Menschen gleiche Rechte haben und die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Landes stärken. Das Gesetz soll einen umfassenden Katalog von Diskriminierungsmerkmalen enthalten, um betroffene Menschen wirksam zu schützen. Die Verwirklichung eines vielfältigen Hessen ist für uns nicht allein eine politische Aufgabe, sondern braucht das Engagement der gesamten Gesellschaft – im Alltag, auf der Arbeit, im Verein.

Sicherer Hafen für Menschen auf der Flucht

Hessen soll ein sicherer Hafen für Menschen sein, die aus ihrer Heimat fliehen mussten. Wir wollen sie dabei unterstützen, sich in unserem Land eine sichere Existenz aufzubauen. Mit den Aktionsplänen zur Integration von Geflüchteten und dem Landesaufnahmeprogramm für Menschen aus Afghanistan haben wir gezeigt, dass wir in Hessen mehr tun wollen, als nur unserer Verantwortung im Rahmen der bundesweiten Verteilung von Geflüchteten gerecht zu werden. Diesen Weg werden wir fortsetzen. Wir setzen auf eine gute Erstversorgung und -betreuung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes und anschließend auf eine möglichst schnelle dezentrale Unterbringung und Unterstützung für die zu uns geflohenen Menschen. Die unabhängigen Beratungsstrukturen und die psychosozialen Zentren für Geflüchtete wollen wir stärken. Mit der elektronischen Gesundheitskarte werden wir den Zugang zur medizinischen Versorgung erleichtern.

Für Geflüchtete, die schon sehr lange bei uns leben und gut integriert sind, wollen wir systematisch Bleibemöglichkeiten prüfen und Bleibeperspektiven eröffnen. Dafür braucht es einen Kulturwandel in den zuständigen Behörden. Es darf nicht allein um das Planen und die Durchführung der Abschiebung gehen. Es muss auch geprüft werden, ob nach den geltenden Gesetzen ein dauerhafter Aufenthalt möglich wäre. Der Spurwechsel vom Asyl- in ein Einwanderungsverfahren muss erleichtert werden. Auch angesichts des Fachkräftemangels brauchen gut integrierte und qualifizierte Menschen eine Bleibeperspektive in unserem Land. Sie sollen nicht aus Ausbildung und Erwerbstätigkeit herausgerissen werden. Beschränkungen wie die Wohnsitzauflage sollen fallen.

Wir setzen uns für legale und sichere Fluchtwege ein. Dem Menschensterben im Mittelmeer wollen wir nicht tatenlos zusehen. Wir unterstützen Initiativen, die diesen unhaltbaren Zustand beenden und Menschenleben retten wollen.

Hessen unter dem Regenbogen – für ein diskriminierungsfreies Leben queerer Menschen

Wir stehen für ein Land, in dem sich jede*r frei entfalten kann und nicht aufgrund ihrer oder seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert ist. Menschen sind vielfältig, und das ist auch gut so. Wir wollen durch eine breite öffentliche Debatte für weiterhin vorhandene Ungleichbehandlungen sensibilisieren und auch hierdurch Veränderungen anstoßen. An öffentlichen Gebäuden wollen wir zu entsprechenden Anlässen mit der Regenbogenflagge ein Zeichen für Vielfalt setzen. Den Aktionsplan Akzeptanz und Vielfalt und die damit verbundenen Maßnahmen werden wir weiterentwickeln und ausbauen. Dabei geht es auch um queer- und gendersensible Fort- und Weiterbildungsangebote, insbesondere in den Bereichen Polizei, Bildung und öffentliche Verwaltung. Ein besonderes Augenmerk beim Ausbau des Aktionsplans legen wir auf Unterstützungsangebote für Rainbow Refugees und queere Jugendliche insbesondere im ländlichen Raum. Mit einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Hasskriminalität und einer getrennten Erfassung queerfeindlich motivierter Straftaten verbessern wir die Aufklärungsquote. Die Ansprechpersonen für LSBTI*Q in den Polizeipräsidien wollen wir stärken und ihre Tätigkeit, auch in zeitlicher Hinsicht, als festen Bestandteil der Polizeiarbeit verankern.

Auch dem Sport und dem Vereinsleben kommt eine wichtige Rolle bei der Sensibilisierung für und Vermeidung von Diskriminierungen zu. Kampagnen für Respekt und Vielfalt in den Vereinen werden wir ausbauen.

Die wertvolle Arbeit der Antidiskriminierungsstelle, der Antidiskriminierungs- und LSBT*IQ-Netzwerke werden wir weiter fördern und ein Antidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen, um die Grundhaltung, sich in Respekt vor unserer Unterschiedlichkeit zu begegnen, in die Fläche zu tragen. Queerfeindlicher Gewalt muss sowohl mit verstärkter Präventions- und Aufklärungsarbeit als auch mit polizeilichen Maßnahmen begegnet werden. Die in Hessen aufgebauten Strukturen zur Unterstützung und Beratung von Trans*Personen werden fortgeführt und die Möglichkeiten des neuen Selbstbestimmungsgesetzes auf landesrechtlicher Ebene ausgeschöpft.

Um junge Menschen in der Phase des Coming-outs zu unterstützen, werden wir das Konzept für queere Jugendliche im ländlichen Raum umsetzen und Safe-Space-Einrichtungen mit Wohnraum und sozialpädagogischer Betreuung für Jugendliche ausbauen, die in ihrer Familie Diskriminierung erfahren. Die Arbeit von queeren Zentren und Jugendzentren muss überregional gedacht und langfristig abgesichert werden. Die Vermittlung von Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt wollen wir in der Umsetzung des Lehrplans Sexualerziehung stärker einbinden und mit einer Länderinitiative für vielfältigere Lehrmaterialien sorgen. Wir werden Lehrkräften Unterstützung zum sensiblen Umgang mit queeren Schüler*innen anbieten. Auch im Alter und in der Pflege wirken wir auf einen sensiblen und gleichberechtigten Umgang mit den Belangen queerer Menschen hin.

Für eine inklusive Gesellschaft, in der alle teilhaben können

Jeder Mensch ist besonders, und jeder Mensch hat spezifische Bedürfnisse. Wir arbeiten an einer Gesellschaft, in der auch Menschen mit Beeinträchtigungen selbstbestimmt und barrierefrei leben können. „Nicht ohne uns, nicht über uns“ ist hierbei der entscheidende Grundsatz, der uns ebenso leitet wie die UN-Behindertenrechtskonvention. Es reicht nicht aus, die Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen nur mitzudenken, die Betroffenen müssen von Anfang an selbst Beteiligte sein. Barrierefreies Bauen ist eine wichtige Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft. Planungen und Gesetze müssen stärker darauf ausgerichtet sein, Barrieren gar nicht erst entstehen zu lassen. Wir wollen bessere Mechanismen zur Überprüfung der Barrierefreiheit beim Wohnungsbau und in den Arbeitsstätten. Für eine bessere Teilhabe werden wir den öffentlichen Raum barrierefreier gestalten und Mobilitätseinschränkungen so weit wie möglich beseitigen.

Inklusion beginnt von Anfang an, in den Krippen und Kitas, in Schule, Ausbildung, Hochschule und darf auch bei Freizeitangeboten nicht enden. Gut qualifizierten Teilhabeassistent*innen, die eng mit den pädagogischen Fachkräften zusammenarbeiten, kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Um dies zu gewährleisten, streben wir Rahmenvereinbarungen mit den für die Eingliederungshilfe zuständigen Kommunen an. Wir werden die Einrichtung von Pools von Teilhabeassistenzen in Schulen erleichtern. Wir haben das Ziel, jedem Kind die inklusive Beschulung zu ermöglichen. Gleichzeitig wollen wir die Wahlmöglichkeiten zwischen einer inklusiven Beschulung und dem Besuch einer Förderschule erhalten. Schulen des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) unterstützen wir beim Ausbau von Ganztagsangeboten und Schulsozialarbeit. Eine umfassende Frühförderung ermöglicht den betroffenen Kindern einen inklusiven Schulbesuch sowie langfristig ein besseres Leben. Daher unterstützen wir die Arbeit der interdisziplinären Frühförderstellen des LWV für Kinder mit Sinnesbeeinträchtigungen und Autismus. Wir streben für alle Schüler*innen einen Schulabschluss und möglichst die Integration in den regulären Arbeitsmarkt an.

Wir setzen auf personenbezogene Hilfen, da sie ein hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglichen. Das gilt bei der Gestaltung des individuellen Lebens, der Wohnung und natürlich auch in der Arbeitswelt. Besondere Bedeutung hat hier für uns die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Wir möchten Menschen mit Behinderung Alternativen zu Werkstätten geben und setzen das Hessische Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen fort (HEPAS). Die Mittel der Ausgleichsabgabe nutzen wir zudem für innovative Modellversuche. Um Menschen mit Behinderung besser in den ersten Arbeitsmarkt integrieren zu können, fördern wir die Gründung und Weiterentwicklung von regionalen Netzwerken „Pro-Arbeit für Menschen mit Behinderungen“.

Das Bundesteilhabegesetz war ein Meilenstein für die Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen, gleichzeitig haben sich neue Herausforderungen ergeben. Wir werden uns von Hessen aus aktiv an seiner Weiterentwicklung beteiligen, den Hessischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention fortschreiben,

die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen in ihrer Arbeit stärken und die Kompetenzstelle Barrierefreiheit weiter ausbauen. Der LWV bleibt zentraler Leistungsträger für die Eingliederungshilfe. Er sorgt für eine einheitliche Leistungsgewährung und gleiche Qualitätsstandards.

Diskriminierung aufgrund einer Beeinträchtigung wirken wir entgegen. Menschen mit Beeinträchtigungen sind weiterhin stärker als andere durch gewalttätige und sexuelle Übergriffe gefährdet. Insbesondere in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung braucht es hier besondere Schutzkonzepte. Wir stellen Gebärdensprachdolmetscher*innen für die Akutberatung bereit, fördern Projekte zur Sensibilisierung der Beratungskräfte im Bereich von sexualisierter Gewalt an behinderten Frauen und stärken die ehrenamtliche Beratung von Menschen mit Behinderung.

Hessen ist sich seiner Verantwortung für die Vergangenheit sowie die Euthanasiemorde der Nazis bewusst und wird auch weiterhin die Erinnerungskultur stärken. Die Weiterentwicklung der Gedenkstättenarbeit in Hadamar und den Übergangseinrichtungen wollen wir fördern.

Religionen verdienen Wertschätzung

Alle Religionen, Konfessionen und säkularen Überzeugungen sind Teil der persönlichen Identität und bieten Orientierung. Als ein Aspekt gesellschaftlicher Vielfalt verdienen Religionen Wertschätzung und staatliche Unterstützung. Menschen brauchen Raum zur Entfaltung ihrer weltanschaulichen Eigenheiten. Toleranz und das Miteinander der einzelnen Religionsgemeinschaften sollen gefördert werden.

Jüdisches Leben in Hessen sichtbar machen

Jüdinnen*Juden sind in Hessen zu Hause. Wir wollen dazu beitragen, dass jüdisches Leben in Sicherheit und Vielfalt möglich ist, dass Jüdinnen*Juden sich frei entfalten, ihre ethno-religiöse Identität, Tradition und Kultur ungestört ausüben können und ihre Stimmen gehört werden. Jüdische Gemeinden in Hessen unterstützen wir weiterhin. Besonders einsetzen wollen wir uns auch für das jüdische Landleben mit seinen kleinen Gemeinden und alten Synagogen, beispielsweise durch eine Bündelung der Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Landjudentums. Die Arbeit des Beauftragten der Hessischen Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus wollen wir stärken. Wir prüfen, analog zum Bayerischen Feiertagsgesetz jüdische Feiertage zu schützen. Das grundgesetzlich garantierte Recht auf Religionsausübung muss für Jüdinnen*Juden uneingeschränkt gelten.

Wir bekennen uns klar zum Existenzrecht und zur Sicherheit Israels und positionieren uns gegen die BDS-Kampagne, die Israel durch Boykottaufrufe politisch, wirtschaftlich und kulturell angreifen und isolieren will. Wir wollen die guten Beziehungen zwischen Hessen und Israel in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur weiter stärken. Wir setzen uns für Austausch- und Begegnungsprogramme zwischen Hessen und Israel ein, beispielsweise im Rahmen des von der Bundesregierung geplanten Deutsch-Israelischen Jugendwerks.

Bürgerschaftliches Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen

Ohne die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, wäre unser Land nicht nur ärmer, es würde ein unverzichtbarer und wertvoller Beitrag für unser Gemeinwesen fehlen. Das Ehrenamt kann und darf einen leistungsfähigen Sozialstaat nicht ersetzen, aber die Zuwendung von Mensch zu Mensch, das aktive Eintreten für unsere Gesellschaft, die selbstlose Hilfe sind durch nichts zu ersetzen. Ehrenamt ist nicht in Euro und Cent zu bezahlen, aber bürgerschaftliches Engagement verdient unsere Anerkennung. Deshalb wollen wir die Ehrenamts-Card durch weitere Vergünstigungen bei der Nutzung von öffentlichen Einrichtungen aufwerten. Den Zugang zur Karte wollen wir bereits nach einem Jahr ausgeprägten Engagements ermöglichen. Engagement wollen wir außerdem stärker auf Ausbildung und Studium anrechnen. Die hessischen Instrumente der Engagementförderung

werden wir an zentraler Stelle bündeln, die Sichtbarkeit von Bürger*innen-Engagement erhöhen sowie die Vernetzung und den Zugang zu Fördermöglichkeiten stärken. Zivilgesellschaftliches Engagement von Unternehmen unterstützen wir. Durch gezielte Maßnahmen wollen wir mehr Menschen für das Ehrenamt und damit für unser Gemeinwesen gewinnen – den demografischen Wandel mit mehr Menschen im Ruhestand sehen wir dabei als Chance. Die Möglichkeiten im Freiwilligendienst wollen wir attraktiver gestalten, z. B. mit einem Modellprojekt FÖJ im Handwerk sowie dem Ausbau der FSJ-Plätze an Schulen.

Für eine Drogenpolitik, die hilft statt verurteilt

Grundsatz unserer Drogenpolitik ist die Aufklärung, der selbstbestimmte Umgang mit Drogen und die Prävention von Suchterkrankungen. Die Kriminalisierung von Drogenabhängigen hat ihre Ziele nicht erreicht. Deswegen setzen wir auf eine moderne Drogenpolitik, die über Risiken aufklärt, einen zuverlässigen Jugendschutz stärkt und Konsumierende nicht unter Generalverdacht stellt. Suchtkranke Menschen brauchen Hilfe, um wieder gesund zu werden. Statt wegzusehen oder Drogensüchtige zu stigmatisieren, muss es vielmehr darum gehen, den Betroffenen einen Weg aus der Sucht aufzuzeigen und sie auf diesem zu begleiten. Hierfür braucht es sowohl individuelle Hilfestellung durch eine akzeptierende Drogenhilfe als auch strukturelle Maßnahmen für Quartiere mit aktiver Drogenszene, wie sie sich insbesondere in Großstädten finden. Wir unterstützen den Ausbau von Therapie- und Substitutionsmöglichkeiten, die Einrichtung von Drogenkonsumräumen und Streetwork-Angebote. Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir auf Aufklärung und Suchtprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen – auch in Bezug auf nicht substanzbezogene Abhängigkeiten wie Spielsucht. Die dafür notwendige Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugend- und Suchthilfe wollen wir stärken. Wir wenden uns gegen eine Kriminalisierung des Cannabis-Konsums, die im Vergleich mit anderen legalen Drogen nicht zu rechtfertigen ist, und begrüßen die Legalisierung auf Bundesebene. Wir begrüßen es, dass sich bereits hessische Kommunen auf den Weg gemacht haben, Modellregion für die Cannabis-Legalisierung zu werden, ermutigen weitere zu diesem Schritt und werden sie dabei unterstützen. Mit Maßnahmen wie dem „Drug-Checking“ kann der Gelegenheitskonsum sicherer gemacht werden.

Kapitel 4 Bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum in Stadt und Land

Unser Ziel ist, dass alle Menschen in Hessen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum finden. Wohnen als Teil der Daseinsvorsorge darf nicht allein dem Markt überlassen werden. Deshalb wollen wir wieder mehr Wohnraum in die öffentliche Hand bringen und dort halten. Mangel an bedarfsgerechtem Wohnraum gibt es in besonderem Maße in Ballungsräumen, während es im ländlichen Raum häufig an barrierearmen Wohnquartieren für Menschen in den unterschiedlichen Lebensphasen fehlt oder der vorhandene Wohnraum bedarfsgerecht umgestaltet werden muss. Wir brauchen Wohnungen, die sich auch alle leisten können. Gleichzeitig dürfen wir die Fehler und Bausünden der Vergangenheit nicht wiederholen. Es geht darum, lebenswerte, sozial vielfältige Quartiere im Einklang mit Klima- und Umweltschutz zu realisieren. Die Lebens- und Aufenthaltsqualität vor Ort ist dabei ebenso entscheidend wie angepasste Mobilitätskonzepte, fußgänger*innen- und fahrradfreundliche Infrastruktur und ein Lebensumfeld, das Familien Raum zur Entfaltung gibt.

Klimaschutz- und Energiefragen sind eng mit unseren Wohnungen und Gebäuden verknüpft. Energetisch sanierte Gebäude sind gut zum Erreichen der Klimaziele und für die Bezahlbarkeit der Nebenkosten. Daher unterstützen wir deren bedarfsgerechte Sanierung. Heute getroffene Regelungen und heute zielgerichtet investiertes Geld bedeuten Schutz und Erhalt von Lebensqualität in klimaresilienten Quartieren von morgen. Sowohl beim Neubau als auch bei der Sanierung haben wir die Klimaziele fest im Blick. Was heute gebaut wird, muss die Energie- und Mobilitätsfragen von morgen beantworten. Neue Wohnungen sollen so energieeffizient wie möglich sein. Unsere Wohnungsbaugesellschaften gehen dabei als Vorbild voran. Nachhaltigkeit beim Wohnen heißt auch barrierefrei und mit regionalen sowie kreislauffähigen Baustoffen zu bauen sowie die Wiederentdeckung des Bauens mit Holz oder den modernen Holzstrohbau zu fördern. Wir gehen schonend mit den Ressourcen um. Daher legen wir einen Schwerpunkt auf Sanierung und die Weiterentwicklung bestehender Quartiere.

Wir haben schon einiges erreicht. Durch unsere Arbeit in der Landesregierung ist Hessen eines der wenigen Bundesländer, in denen die Zahl der Sozialwohnungen wieder steigt. Insgesamt 2,7 Milliarden Euro wurden für den Zeitraum von 2019 bis 2024 für die Förderung des Baus von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung gestellt. Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte Wohnstadt haben wir durch Kapitalerhöhungen gestärkt, sodass sie ihr Wohnungsangebot deutlich ausweiten konnte. Mit dem Programm „Großer Frankfurter Bogen" haben wir die Wohnungsentwicklung im Ballungsraum vorangebracht und mit der Anbindung an den ÖPNV verknüpft. Wir haben die Fehlbelegungsabgabe wiedereingeführt und die Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen erschwert. Mit neuen Ideen bei der Förderung gemeinschaftlichen Wohnens, der Entwicklung der Innenstädte sowie der Allianz für Wohnen haben wir weitere Bausteine für bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum verwirklicht.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt.

Mehr Wohnraum schaffen, sozialen Wohnungsbau ausweiten

Bauen muss bezahlbar bleiben, damit Wohnen für alle in Hessen erschwinglich wird. Landeseigene Flächen sollen vorwiegend im Erbbaurecht vergeben oder den Kommunen vergünstigt bereitgestellt werden. Wir werden erneut ein Landesprogramm in Höhe von 2 Milliarden Euro auflegen, um den Wohnungsbau zu fördern und ökologisch auszurichten. Dabei werden wir die Förderkriterien neu justieren, um u. a. auf die steigenden Bauzinsen zu reagieren. Wir richten unsere Wohnraumförderung noch gezielter auf Menschen aus, die es besonders schwer haben, eine geeignete Wohnung zu finden – dazu gehört auch rollstuhlgerechter Wohnraum. Wir treffen mit der Wohnungswirtschaft verbindliche Vereinbarungen, um den Anteil der rollstuhlgerechten Wohnnungen zu steigern und bedarfsorientiert auszubauen.

In Hessen soll es weiterhin Jahr für Jahr mehr Sozialwohnungen geben. Damit unterstützen wir die Kommunen auch bei der Unterbringung von Geflüchteten oder von Menschen, denen Obdachlosigkeit droht. Die 2023 aufgenommene Wohnraumförderung für Auszubildende wollen wir weiter ausbauen und langfristig alle in Ausbildung befindlichen Menschen damit erreichen. Auch den Bau von bezahlbarem Wohnraum für Studierende wollen wir stärker fördern. Wir setzen uns dafür ein, die Sozialbindung bei gefördertem Wohnraum zu verlängern und die vorzeitige Ablösung zu erschweren. Langfristig können wir uns das Prinzip „Einmal Sozialwohnung – immer Sozialwohnung" vorstellen und wollen deshalb 10.000 Mietwohnungen mit einer Sozialbindung von 50 Jahren schaffen. Um ihrer Vorbildfunktion als öffentliches Wohnungsunternehmen gerecht zu werden, soll bei der Nassauischen Heimstätte die Begrenzung der jährlichen Mietsteigerung für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen fortgesetzt werden.

Wir wollen den Wohnungsbestand sichern und deshalb die Wohnraumzweckentfremdung begrenzen. Wohnraum soll zum dauerhaften Wohnen dienen, nicht leer stehen oder vernichtet werden, nicht als Büro oder dauerhaft als Ferienwohnung verwendet werden. Dafür schaffen wir (wie z. B. Bayern, Baden-Württemberg) ein Wohnraumzweckentfremdungsgesetz, das den Gemeinden die (Rechts-)Grundlage zum Handeln gibt.

Wir wollen sicherstellen, dass Leerstände systematisch erfasst werden können und die Umwandlung von Wohnraum unter Genehmigungsvorbehalt gestellt werden kann. Dabei sollen auch die Leerstände von geeigneten Büroflächen erfasst und eine eventuelle Umwandlung in Wohnraum geprüft werden. Auch der Ankauf von größeren Wohnungsbeständen großer Wohnbauunternehmen stellt für uns eine Möglichkeit dar, um die Zahl an landeseigenen Wohnungen zu erhöhen.

Wir wollen die Möglichkeiten der Baukostensenkung durch serielles Bauen nutzen und prüfen, ob die Einführung des Gebäudetyps e einfacheres und zugleich experimentelleres Bauen zulässt.

Wohnen ist ein Grundrecht. Wir wollen im Blick behalten, dass Mieter*innen nicht durch unverhältnismäßige Mieterhöhungen überfordert werden, und für Transparenz bei den Nebenkostenabrechnungen sorgen. Zusätzlich zu unseren landespolitischen Anstrengungen benötigen wir auch bundesgesetzliche Maßnahmen für einen effektiven Mieter*innenschutz. Dazu gehören eine Novellierung des Mietrechts, eine effektivere Mietpreisbremse und eine Absenkung der Kappungsgrenzen in angespannten Wohnungsmärkten.

Klimaschutz und Biodiversität auch beim Bauen und Wohnen

Der Wohnungsbestand im Besitz der öffentlichen Hand soll zum Vorbild für zügige energetische Sanierung mit dem Ziel Klimaneutralität werden. Dieses Ziel erfordert auch beim Bauen, Sanieren, bei Erhalt und Nutzung von Gebäuden erhebliche Anstrengungen. Dazu wollen wir die Wärmewende mit mehr Beratung und Förderung voranbringen, aber auch rechtliche Hürden z. B. im Bereich der Bauordnung absenken und Konflikte mit dem Denkmalschutz ausräumen. Mit einer Ausbauoffensive für Solarenergie, dem Ausbau der Netze und von Speicherstrukturen schaffen wir die Voraussetzungen für mehr Unabhängigkeit von Gas und Öl.

Eine Wärmeplanung für die Kommunen unterstützt angepasste Quartierslösungen vor Ort und schafft Versorgungssicherheit. Mit Beratungsangeboten und zielgenauer Förderung unterstützen wir auch kleinere Kommunen dabei, den ländlichen Raum als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum zu gestalten.

Der steigenden Zahl von Hitzesommern wollen wir durch angepasste und innovative Hitzeschutzmaßnahmen entgegenwirken. Mit der Durchgrünung von städtischen Wohnquartieren wollen wir den Hitzesommern mehr Aufenthaltsqualität entgegensetzen und Raum für mehr Biodiversität schaffen. Innenverdichtung darf nicht zu immer weniger Freiraum und zum drastischen Verlust von Bäumen führen. Um das Grün in den Städten und Dörfern langfristig erhalten zu können, werden wir die Kommunen mit Umsetzungsstrategien bei der Regenwasserspeicherung unterstützen, damit das Ziel „Schwammstadt" erreicht werden kann.

Im Sinne des vorsorgenden Umweltschutzes schaffen wir Sicherheit in unseren Städten und Dörfern durch vorausschauende Planung, die Hochwasser und Starkregenereignisse berücksichtigt.

Neue Wohnformen unterstützen

Eine sich wandelnde Gesellschaft verlangt nach alternativen Wohnkonzepten. Dazu gehört auch die Förderung von gemeinwohlorientierten Wohnformen, die wir gezielt mit einem eigenen Förderprogramm unterstützen wollen. Wir unterstützen Initiativen für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen und altersgemischte Wohnquartiere, um auch älteren Menschen oder Menschen mit Behinderungen ein möglichst selbstständiges Leben in vertrauter Umgebung zu ermöglichen. Wir wollen sozial gut durchmischte Quartiere erhalten und fördern, in denen auch die benötigte soziale Infrastruktur vorhanden ist. Die neu geschaffene Landesberatungsstelle gemeinschaftliches Wohnen in Hessen wollen wir dauerhaft erhalten.

Das Modell „Wohnen für Hilfe" bietet älteren oder kranken Menschen als Vermieter*innen die Chance, weiter in ihren eigenen vier Wänden zu leben, während die andere Seite als Mieter*innen von geringen Mieten profitiert. Wir wollen dieses Modell stärken, indem wir uns auf Bundes- und Landesebene für den Wegfall steuerlicher Hürden einsetzen.

Die fortschreitende Digitalisierung ermöglicht neue Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten in unseren ländlichen Regionen und entlastet die Ballungsräume. Co-Working-Spaces auch in kleineren Gemeinden ermöglichen es, Wohnen und Arbeiten näher zusammenzubringen. Wir denken attraktives Wohnen hessenweit und schaffen neuen Wohnraum, der von modularem Bauen profitiert und ohne ausufernde Flächenversiegelung auskommt.

Kommunale Beratung ausbauen, Akteur*innen vernetzen

Wir wollen neue Dialog- und Beratungsangebote als weitere Bausteine zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land ausbauen und unterstützen im ländlichen Raum Initiativen zur Stärkung der Ortskerne. Wir bieten den Kommunen Unterstützung bei der Digitalisierung des Bauwesens an und wollen sie durch eine Offensive für mehr Fachpersonal auf den Bauämtern unterstützen, ihre Aufgaben im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung, Planung, Bauqualität und Denkmalschutz schneller zu erledigen. Um dem gegenwärtig hohen Flächenverbrauch bei der Schaffung von Wohnraum entgegenzuwirken, unterstützen wir die Nutzung innerörtlicher Entwicklungsräume. Wir fördern die Implementierung von kommunalen Beratungsstellen, die Unterstützung bieten und Anreize schaffen für das Sanieren und Ausbauen von Bestandsgebäuden. Modellprojekte wie die interkommunale energetische Quartierssanierung im Werra-Meißner-Kreis wollen wir auf andere Regionen übertragen. Wir wollen die Allianz für Wohnen in Hessen verstetigen. Damit vernetzen wir die vielfältigen Akteur*innen im Bereich der Wohnungspolitik. Dies sind neben den kommunalen Spitzenverbänden und den beteiligten Ministerien die Verbände der Wohnungswirtschaft, die Kammern, der Mieterbund, weitere Interessenverbände sowie die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen. Dadurch ermöglichen wir zügige weitere Investitionen in den Wohnungsbau und die nachhaltige Umgestaltung von Wohnquartieren.

Städte- und Bauplanung soll die demografische Entwicklung, die Bevölkerungsstruktur und Vielfalt der Gesellschaft im Blick haben. Auch die Modernisierung der Häuser von privaten Kleineigentümer*innen wollen wir unterstützen.

Innovation für Boden, Material und Design

Neue Zeiten erfordern neues Bauen. Wir wissen um den Bedarf an neuen Wohnungen und die Knappheit des Guts Boden. Diesen Zielkonflikt wollen wir systematisch bearbeiten und streben langfristig das Netto-Null-Ziel an. Innen- vor Außenentwicklung ist hierfür ein wichtiger Baustein. Ein weiterer Beitrag dazu sind Ausschreibungswettbewerbe für Wohnbauprojekte, die mit Landesförderung entwickelt werden und bei denen es um die nachhaltigste und innovativste Lösung zur Realisierung eines Vorhabens geht.

Nachhaltigkeit beim Bauen und Sanieren heißt auch, das hohe Potenzial von Baustoffrecycling stärker in den Blick zu nehmen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft und entwickeln Abfallwirtschaftspläne weiter hin zu einer Zero-Waste-Strategie. Nicht zuletzt deshalb wollen wir in Kooperation mit der Region Rhein-Main eine internationale Bauausstellung, die IBA Frankfurt/RheinMain, auf den Weg bringen. Sie soll das Problembewusstsein für die vielfältigen sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen schärfen und zeitgemäße Lösungswege aufzeigen.

Kapitel 5 Bildungsgerechtigkeit durch gute Kitas und Schulen

Wir wollen ein chancengerechtes Bildungssystem, das alle Kinder und Jugendlichen in ihrer Individualität unabhängig vom familiären Hintergrund, vom Geschlecht oder von einer Behinderung fördert, sodass alle ihre Persönlichkeit und Talente frei entfalten können. Denn unsere Gesellschaft ist geprägt von Wandel und Herausforderungen. Digitaler und technischer Wandel, Wandel der Arbeitswelt, Klima- und gesellschaftlicher Wandel fordern jede*n Einzelne*n. Wir wollen, dass junge Menschen sich in diesem Wandel zurechtfinden, kritisch denken und hinterfragen. Voraussetzung dafür ist Bildungsgerechtigkeit, die allen einen Bildungsweg ermöglicht, der zu ihren eigenen Zielen passt und individuelle Fähigkeiten fördert – unabhängig vom sozialen, kulturellen oder materiellen Hintergrund der Eltern.

Wir haben schon einiges erreicht. Wir investieren über 1 Milliarde Euro pro Jahr in frühkindliche Bildung – so viel wie noch nie. Kitas für über Dreijährige sind weitgehend beitragsfrei. Die Qualität in der Kinderbetreuung wurde durch mehr Personal und einen besseren Betreuungsschlüssel erhöht. Mit einer Fachkräfteoffensive fördern wir u. a. die praxisintegrierte und vergütete Ausbildung von Erzieher*innen. In den vergangenen drei Jahren haben wir jeweils 600 angehende Erzieher*innen in dieser Ausbildung gefördert. 2023 stehen erstmals 1.000 Plätze zur Verfügung. Für den Bau von Kindertagesstätten gibt es ergänzend zu der Förderung des Bundes erstmals ein Landesinvestitionsprogramm in Höhe von 169 Millionen Euro.

In den letzten zehn Jahren unserer Regierungsbeteiligung haben wir 9.000 neue Stellen für Lehrkräfte geschaffen. Schulen, die besonders gefordert sind, erhalten über den Sozialindex zusätzliche Stellen, um tatsächlich alle Schüler*innen individuell fördern zu können. Durch unsere Initiative hat das Land erstmals landesfinanzierte Stellen für sozialpädagogische Kräfte an Schulen geschaffen. Inzwischen ergänzen 1.100 solcher Stellen die kommunale Schulsozialarbeit. Für Ganztagsschulen stehen heute mehr als doppelt so viele Stellen zur Verfügung wie vor unserer Regierungszeit. Mit dem Programm „Digitale Schule Hessen“ fördern wir die pädagogische Weiterentwicklung im Bereich des digitalen Lehrens und Lernens. Durch die Einführung der „Pädagogisch selbstständigen Schulen“ haben unsere Schulgemeinden neue Freiheiten für neue pädagogische Konzepte erhalten. Für das Grundschullehramt haben wir die Vergütung auf A13 erhöht.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Wir wollen für unser Land den nächsten Schritt gehen.

Auf die ersten Jahre kommt es an

Die entscheidenden Grundlagen für die persönliche Entwicklung und den weiteren Bildungserfolg eines Menschen werden in der frühen Kindheit gelegt. Deshalb setzen wir einen Fokus auf die Bildung und Erziehung von null bis zehn Jahren, damit alle Kinder dieselben Chancen bekommen. Mit der Weiterentwicklung des Bildungs- und Erziehungsplans werden wir Kindertagespflege, Krippen, Kitas und Grundschulen noch stärker vernetzen und Diversität sowie Inklusion fördern. Kooperationen zwischen Kita und Schulen wollen wir verbindlich gestalten.

Wir wollen starke Grundschulen für starke Kinder. Um Bildungschancen in der Grundschule zu verbessern, setzen wir uns hier für eine individuelle Förderung ein, die wir über multiprofessionelle Teams ermöglichen. Auf Basis der jüngsten Ergebnisse in der Kompetenzmessung im Bereich „Lesen, Schreiben und Rechnen“ werden wir diesen Bereich in der Grundschule weiter stärken.

Kinder und Familien brauchen umfassende Unterstützung, ihre Bedürfnisse stehen für uns im Vordergrund. Deshalb fördern wir den Ausbau von Familienzentren und ihre Vernetzung mit Kinderbetreuungseinrichtungen. Durch die Landesservicestelle wollen wir die Arbeit der Familienzentren weiter unterstützen. In den nächsten fünf Jahren

sollen 50 zusätzliche Familienzentren ihre Arbeit aufnehmen, um Familien kontinuierlich zu unterstützen. Damit die Unterstützung für Familien nicht nach der Kita endet, wollen wir zukünftig auch die Vernetzung von Schulen mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Akteur*innen in ihrer Nachbarschaft fördern, um niedrigschwellige Angebote zu entwickeln. Gemeinsam Kinder stark zu machen, heißt auch Mitbestimmung zu ermöglichen. Deshalb haben wir den Landeselternbeirat für Kitas und die Kindertagespflege eingeführt. Seine Arbeit werden wir weiter unterstützen. Um Kinderrechte in den Mittelpunkt zu stellen, ist uns auch wichtig, dass Beteiligungskonzepte Kinder stärker einbeziehen.

Kinderbetreuung: mehr Plätze und bessere Qualität

Wir werden weiter in den Ausbau von Kita- und Krippenplätzen investieren. Dafür wollen wir ein Investitionspaket „Kleine Hände – Große Zukunft“ auflegen, das die Kommunen unterstützt, ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen. Das Investitionspaket soll begleitet werden von einem Aktionsplan „Kita von Morgen“ für mehr Qualität, bessere Arbeitsbedingungen und Unterstützung durch Alltagshelfer*innen bei nicht pädagogischen Tätigkeiten. Damit führen wir unseren Ansatz von multiprofessionellen Teams fort. Dies haben wir bereits in der letzten Legislatur für Therapeut*innen sowie Logopäd*innen und andere Heilberufe ermöglicht. In der letzten Legislaturperiode haben wir die Vormittagsbetreuung von Kindern im Alter ab drei Jahren bis zum Schuleintritt beitragsfrei gemacht. Eltern sind immer mehr darauf angewiesen, ganztägig zu arbeiten. Passende Betreuungsangebote wollen wir ausbauen. Die Kindertagespflege ist für viele Eltern eine gute familienergänzende und familiennahe Betreuungsform für ihre Kinder. Daher wollen wir die Qualität der Schulungen sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und finanziellen Grundlagen in den Blick nehmen.

Qualität in der Kita bedeutet für uns auch Gesundheitsförderung durch ein gutes und gesundes Angebot von Essen und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und die Möglichkeit, Natur zu erleben. Wir legen mit altersgerechter Demokratie- und Friedenspädagogik den Grundstein für ein gutes Miteinander. Weiter wollen wir verpflichtende Kinderschutzfortbildungen für Leitungs- und Fachkräfte in Kita und Grundschule einführen.

Fachkräftesicherung und Ausbildung von Erzieher*innen

Für Träger von Kitas und Krippen ist es in den letzten Jahren schwerer geworden, genügend Fachkräfte zu finden. Wir arbeiten daran, dass sich die Wertschätzung für die Arbeit der Erzieher*innen in den Arbeitsbedingungen widerspiegelt. Daher werden wir die „Fachkräfteoffensive Kita“ ausweiten. Künftig sollen jährlich 1.000 praxisintegrierte und vergütete Ausbildungsplätze für Erzieher*innen vom Land gefördert werden. Die Kommunen ermutigen und unterstützen wir, ebenfalls weitere Ausbildungsplätze einzurichten. Ebenso kann die Ausweitung der Ausbildungsplätze an den hessischen Fachschulen in der Kita Beiträge zur Fachkräftesicherung leisten. Wir unterstützen den Wieder- und Quereinstieg für pädagogisches Personal durch attraktive Rahmenbedingungen und Weiterbildungen. Zudem arbeiten wir weiter daran, Berufsabschlüsse aus dem Ausland schneller anzuerkennen und die Nachqualifizierung zu verbessern.

Vielfalt in der frühkindlichen Bildung

Wir werden die Inklusion in Kitas, Kindertagespflege und Krippen voranbringen. Dafür wollen wir die Aus- und Fortbildung in diesem Bereich stärken. Damit gemeinsames Spielen stattfinden kann, werden wir barrierearme Spielplätze fördern. Außerdem wollen wir die Sprachförderung in den Kindergärten weiterentwickeln und unterstützen. Das ausgelaufene Bundesprogramm zur Förderung von Sprach-Kitas haben wir mit Landesmitteln aufgefangen und wollen es auch zukünftig weiterführen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine langfristige Finanzierung dieses erfolgreichen Projekts ein. Die Koordinierungsstelle „Kinder mit Fluchthintergrund in der Kindertagesbetreuung“ entwickeln wir zur Koordinierungsstelle „Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“ weiter, um für die vielfältigen Lebenslagen von Kindern zu sensibilisieren. Zudem stärken wir weitere Beratungs-, Vernetzungs- und Serviceangebote zur Unterstützung von Kindern mit Migrationsgeschichte.

Die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen

Unsere Schulen sind so vielfältig wie die Schüler*innen, die sie besuchen. Um alle Kinder und Jugendlichen individuell fördern zu können, braucht es eine auf die Schule und ihre Schülerschaft angepasste Ausstattung. Unsere erfolgreichen Programme zur gezielten Förderung von Schulen und Schüler*innen in herausfordernden Lagen, wie die sozialindizierte Lehrkräftezuweisung und die vom Land geförderte Schulsozialarbeit, werden wir deswegen weiterführen und ausbauen. Wir entwickeln das Förderprogramm für selbstständige und pädagogisch selbstständige Schulen in der kommenden Wahlperiode so weiter, dass Inklusion und Integration sowie chancengerechte Bildung gestärkt werden. Die Anreize für eine entsprechende Schulentwicklung und -wahl werden damit vergrößert.

Damit wollen wir den Lehrkräften ermöglichen, dass sie für jede*n Schüler*in die notwendige individuelle Lernunterstützung bereitstellen können. Einen weiteren Schwerpunkt wollen wir auf die Abschlussklassen der Schulen mit Haupt- und Realschulbildungsgang setzen, um den Übergang in den Beruf zu unterstützen. Auch durch einen starken Ausbau der Schulpsychologie und der Schulgesundheitspflege wollen wir die Arbeit in multiprofessionellen Teams sowie die schulische Präventionsarbeit im Bereich (psychischer) Gesundheit stärken. Unser Ziel ist, für jede Schule ein festes und ausreichendes schulpsychologisches Angebot zu haben. Die Förderprogramme zur Kompensation nach Corona werden wir fortführen und uns mit ihnen stärker auf Schulen und Schüler*innen mit dem größten Förderbedarf konzentrieren. Integrierte Gesamtschulen als Innovationsmotoren in Bereichen der Inklusion, Integration und des längeren gemeinsamen Lernens wollen wir als Schulform weiter gezielt fördern, sodass überall in Hessen die Möglichkeit besteht, sich als Eltern und Schüler*in für diese Schulform zu entscheiden. Der Schulweg ist ein wichtiger Bestandteil der Bildungsgerechtigkeit. Dabei war und ist das Schülerticket Hessen ein voller Erfolg. Doch die Übernahme der Fahrtkosten durch die Schulwegkostenträger ist an veraltete Kriterien geknüpft. Für uns darf die Kostenübernahme des ganzjährig und hessenweit gültigen Schülertickets nicht länger vom Wohnort abhängen. Außerdem darf die Frage, welchen Bildungsweg junge Menschen einschlagen möchten, nicht durch Mobilitätskosten beeinflusst werden. Wir setzen uns deshalb für ein gerechtes System der Schülerbeförderung für alle Schuljahrgänge ein.

Chancengerechtere Bildung im Ganztag

Die Ganztagsschulentwicklung ermöglicht mehr individuelle und ganzheitliche Förderung und bietet so die Chance, die Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus zu verringern. Den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder werden wir schnellstmöglich umsetzen. Es geht uns um Betreuung, Bildung und soziales Lernen. Vielfältige Bildungsangebote und individuelle Förderung sind feste Bestandteile des Ganztagskonzepts und folgen transparenten Qualitätskriterien. Auch an den weiterführenden Schulen werden wir den Ausbau von Ganztagsschulen vorantreiben. Wir wollen, dass allen Eltern und Schüler*innen, die das wünschen, ein Angebot in einer gebundenen oder teilgebundenen Ganztagsschule gemacht werden kann. Wir werden die notwendigen Mittel bereitstellen, um pro Jahr 50 Schulen zusätzlich die Weiterentwicklung zu einer gebundenen Ganztagsschule zu ermöglichen.

Mit der Aufstockung der Schulbudgets im Rahmen des Landesprogramms „Löwenstark“ zur Kompensation nach Corona sind an unseren Schulen viele tolle Angebote auch jenseits klassischer Fördermaßnahmen zum Aufholen von Unterrichtsinhalten beispielsweise im Bereich Kultur oder Sport entstanden. Dieses Prinzip wollen wir in Form eines „Chancenbudgets“ fortführen. Hiermit wollen wir den Schulen dauerhaft die Möglichkeit geben, in eigener Verantwortung und in Kooperation mit außerschulischen Partnern, Lernorten und Orten der offenen Kinder- und Jugendarbeit ergänzende Förderangebote, aber auch Angebote in Bereichen wie Kultur, Sport, Natur, Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie Berufsorientierung zu machen.

Lernen mit und über die digitale Welt

Digitale Lernmittel und Technologien können Lehrkräfte bei der individuellen Förderung ihrer Schüler*innen unterstützen und selbstbestimmtes Lernen erleichtern, sie können den kreativen Spielraum erweitern und Kooperation fördern. Technik entlastet Lehrkräfte bei der Darstellung und Wiederholung von Inhalten sowie der Ermittlung von Lernständen. Diese Potenziale wollen wir ausschöpfen. Darüber hinaus wird durch den Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht eine bessere Auseinandersetzung mit aktuellen Ereignissen und Phänomenen der digitalen Welt möglich. Neben den Chancen, die der digitale Wandel mit sich bringt, wollen wir aber auch die Gefahren für unsere Kinder und Jugendlichen nicht außer Acht lassen. Neben dem Elternhaus sehen wir Schulen als einen zentralen Ort, um für Gefahren zu sensibilisieren und Präventionsarbeit zu leisten. Diese Präventionsarbeit umfasst beispielsweise die Thematisierung des verantwortungsvollen Umgangs mit persönlichen Daten, Suchtprävention, Gefahren durch Betrug, Cybermobbing, Hate Speech, Desinformation, Verschwörungstheorien, Radikalisierung und Extremismus. Um die Schüler*innen weiterhin als mündige, demokratische Bürger*innen in die Gesellschaft entlassen zu können, muss eine entsprechende Präventionsarbeit stattfinden. Deshalb wollen wir den Kinder- und Jugendmedienschutz durch eine deutliche Verstärkung der Fortbildungs- und Beratungsangebote für Lehrkräfte ausbauen, die politische Bildung in der Sekundarstufe 1 und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Präventionsanbietern stärken. In der Grundschule soll das Erlernen analoger Grundkompetenzen weiterhin im Vordergrund stehen. Aber auch digitale Kompetenzen im Bereich des Kindermedienschutzes sollen bereits hier präventiv und kindgerecht angebahnt werden.

Digitale Endgeräte in Kombination mit geeigneten Übungsprogrammen können auch in der Grundschule die Lehrkräfte entlasten und eine individuelle Förderung, z. B. beim Rechnen oder bei Grammatikübungen, erleichtern. Wir wollen eine digitale Grundausstattung für alle Schüler*innen der Sekundarstufe I. Allen soll ein Tablet oder ein anderes geeignetes Endgerät zur Verfügung gestellt werden, das durch ein Mietkaufmodell auch in das Eigentum der Schüler*innen übergeht. Für bedürftige Schüler*innen sollen über ein Leihgeräteprogramm genügend kostenlose Endgeräte zur Verfügung gestellt werden. Die angebotenen Server- und Cloudlösungen im Schulportal Hessen wollen wir kontinuierlich weiterentwickeln und das Schulportal Hessen um weitere digitale Funktionen für den Unterricht erweitern. Mit den Schulträgern werden wir eine Standardisierung der Grundausstattung für digitale Medien und ein Modell für die Betreuung der IT entwickeln und sie bei der Gewinnung von Personal unterstützen.

Im Austausch von Lehrmaterialien zwischen Lehrkräften sehen wir ein großes Potenzial für Entlastung, aber auch für Innovation. Wir wollen existierende Verfahren dafür ausbauen, dass Lehrkräfte kooperativ und mit Unterstützung der Lehrkräfteakademie qualitativ hochwertige Unterrichtseinheiten erstellen und aktualisieren können, die dann allen Lehrkräften zur Verfügung stehen. Wir werden einen Katalog mit fachlich geprüften digitalen Lernmitteln für alle Inhalte der Kerncurricula ab Klasse 5 aufbauen und die Lehrkräftefortbildung hierauf abstimmen. Unser Ziel ist, grundlegende Kompetenzen aus dem Bereich Informatik in Verbindung mit lebensweltlichen und gesellschaftlichen sozialen, ökonomischen und ökologischen Problemstellungen zu fördern und fest in den Lehrplänen zu verankern. Unter diesen Gesichtspunkten werden wir den Schulversuch „Digitale Welt“ evaluieren. Zur Unterstützung von Schulen und Lehrkräften wollen wir das Fortbildungs- und Beratungsangebot der Medienzentren in Hessen in der Region und der Lehrkräfteakademie weiter ausbauen. Hier soll insbesondere auch die Planung von konkreten Unterrichtseinheiten zur Entlastung von Lehrkräften im Fokus stehen.

Die Schule der Zukunft bauen

Die pädagogische Weiterentwicklung von Schule kann nur gelingen, wenn auch die räumlichen Strukturen darauf abgestimmt sind. Insbesondere im Zuge der Ganztagsschulentwicklung darf Schule nicht mehr nur als reine Lernstätte, sondern muss stärker als sozialer Lebensraum begriffen werden, in dem Schüler*innen teilweise täglich acht Stunden oder mehr verbringen. Wir werden deswegen mit den Schulträgern ein Innovationsprogramm für modernen Schulbau entwickeln, das die Individualisierung von Lern- und Lehrsettings, rhythmisierten Ganztag, Schulsozialarbeit, Digitalisierung und Inklusion in Schulgebäuden und auf dem Schulhof mitdenkt, nachhaltiges Bauen fördert, größere Klassenräume ermöglicht, Belüftungskonzepte implementiert, Bewegungs-

möglichkeiten schafft und die klassischen Flur-Klassenraum-Schulen ersetzt. Dabei wollen wir auch Ansätze wie Schülerlabore oder Makerspaces aufgreifen, um Interesse an den MINT-Fächern weiter zu fördern. Wir unterstützen die Vernetzung von Schulen mit außerschulischen Lernorten wie Naturräumen, Schulbauernhöfen und Abenteuerspielplätzen.

Methodenvielfalt und Wahlfreiheit stärken

Die sich verändernden Anforderungen der Arbeitswelt müssen sich stärker in einer neuen Unterrichts-, Lern- und Prüfungskultur widerspiegeln, die weniger auf die kurzfristige Anhäufung und Wiedergabe von Wissen und Prüfungsdruck als mehr auf individuelle Lernbegleitung, Methodenvielfalt und guten Unterricht mit bewertungsfreien Phasen setzt. Bei der Beurteilung der Schüler*innen werden wir deswegen die Methodenvielfalt stärken, klassische Leistungsnachweise wie Klassenarbeiten in ihrer Häufigkeit reduzieren und durch alternative Formate ergänzen.

Wir wollen zudem außerschulische Lernorte, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Demokratiebildung stärken. Schüler*innen sollen sich mit den globalen Herausforderungen der Gegenwart und der Wirkung menschlichen Handelns auf zukünftige Generationen und andere Regionen der Welt intensiver auseinandersetzen können. Aus diesem Grund wollen wir die Bildung für nachhaltige Entwicklung u. a. durch einen höheren Stellenwert der geografischen Bildung in allen Schularten stärken. Schulische Konzepte, bei denen die Bewertung mit Ziffernoten durch schriftliche Rückmeldungen ergänzt oder ersetzt wird, werden wir stärker fördern. Ziffernbenotung vor der 3. Klasse wollen wir abschaffen und durch Entwicklungsberichte ersetzen. Um verschiedene Begabungen gleichberechtigt zu fördern, wollen wir die Wahlfreiheit bei den Abiturprüfungsfächern erhöhen und Deutsch als erstes Leistungskursfach sowie den Wechsel der Fremdsprachenfolge ermöglichen.

Vielfalt als Chance und Bereicherung

Wir wollen, dass Schule die individuellen Voraussetzungen, Kompetenzen und Fähigkeiten jeder*s Schüler*in fördert. Unser Ziel ist, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Schule zur Selbstverständlichkeit werden, deshalb wollen wir die inklusive Beschulung in allen allgemeinbildenden Schulen stärken. Die Zuweisung fester Förderschullehrkräfte, die mit vollem Stundendeputat an einer allgemeinbildenden weiterführenden Schule tätig sind, werden wir weiter ausweiten und Modellprojekte zum inklusiven Gymnasium auf den Weg bringen. An den inklusiven Schulbündnissen halten wir weiter fest. Eltern können selbst entscheiden, ob sie für ihr Kind eine inklusive Beschulung oder den Besuch einer Förderschule bevorzugen. Wir prüfen, ob modellhaft Förderschulen auch für Kinder und Jugendliche ohne Beeinträchtigung geöffnet werden und somit ebenfalls zu inklusiven Schulen für alle werden könnten. Durch einen Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften, Förderpädagog*innen und Teilhabeassistent*innen möchten wir die Lernumgebung für Schüler*innen verbessern. Die Situation der Schulbegleiter*innen wollen wir in Abstimmung mit den Kommunen verbessern. Für eine bestmögliche Unterstützung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf wollen wir die interdisziplinären Frühberatungsstellen sowie die Beratung der Eltern stärken und denken Inklusion im Ganztag immer mit. Die Anerkennung von Dyskalkulie und Lese-Rechtschreib-Schwäche/Legasthenie sowie entsprechende Nachteilsausgleiche wollen wir erleichtern und Unterstützung unkompliziert zur Verfügung stellen.

Mehrsprachigkeit erkennen wir als gelebte Realität und gewinnbringende Fähigkeit in unserer vielfältigen Gesellschaft und globalisierten Welt an und wollen diese gezielter fördern und wertschätzen, wie z. B. durch Projekte zur mehrsprachigen Leseförderung in Grundschulen und die Förderung herkunftssprachlicher Kompetenzen. Wir haben das Angebot an zweiten und dritten Fremdsprachen mit Polnisch, Chinesisch, Portugiesisch und Arabisch an unseren Schulen bedarfsorientiert weiter ausgebaut und entsprechende Curricula entwickelt. Das Pilotprojekt für Türkisch als Fremdsprache wollen wir wie geplant zu einem Regelangebot für alle Schulen machen. Auch setzen wir uns für ein Angebot in weiteren Sprachen, wie beispielsweise Griechisch, ein. Beim herkunftssprachlichen Unterricht, z. B. in Spanisch, setzen wir uns dafür ein, dass er allen Schüler*innen, die zu Hause die jeweilige Sprache sprechen, offensteht. Lehrinhalte wollen wir so gestalten, dass sie unterschiedliche Perspektiven repräsen-

tieren, beispielsweise durch internationale Literatur und eine historisch-politische Bildung. Antidiskriminierungsstrategien und Präventionsprogramme sind für uns wichtige Bestandteile unseres Bildungssystems. Die von uns initiierte Modernisierung des Lehrplans für Sexualerziehung ist dazu ein wichtiger Baustein. Wir setzen uns dafür ein, dass für Trans-, Inter- und nicht binäre Schüler*innen im schulischen Alltag ein selbst gewählter Rufname verwendet werden kann.

Die zunehmende Säkularisierung und die weltanschauliche-religiöse Vielfalt der heutigen Gesellschaft erfordern eine Weiterentwicklung der diesbezüglichen Bildung an öffentlichen Schulen, u. a. um den Respekt und das Verständnis für unterschiedliche Weltanschauungen zu stärken. Das Fach Ethik bauen wir deshalb aus und entwickeln es zu einem verpflichtenden gemeinsamen Ethikunterricht weiter, der verschiedene Weltanschauungen betrachtet. Der im Grundgesetz geregelte bekenntnisorientierte Unterricht der Religionsgemeinschaften bleibt davon unberührt und kann weiter angeboten werden. Den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht wollen wir weiter ausbauen.

Vielfalt in der Schullandschaft fördern

Mit den pädagogisch selbstständigen Schulen haben wir für die staatlichen Schulen eine weitere Möglichkeit geschaffen, pädagogisch neue Wege – auch abweichend von bestehenden Rechtsvorschriften – zu gehen. Bisher hatten diese Möglichkeit nur die Schulen in freier Trägerschaft, die eine staatliche Genehmigung erhalten haben. Die Privatschulen können einen Beitrag zur Vielfalt der Schullandschaft leisten. Sie sind gelebtes, bürger*innenschaftliches Engagement. Wir haben die Ersatzschulfinanzierung auf eine neue, verbesserte Grundlage gestellt. Dabei werden wir weiter darauf achten, dass das Sonderungsverbot der Hessischen Verfassung eingehalten und so gewährleistet wird, dass es nicht vom Einkommen der Erziehungsberechtigten abhängt, ob sich diese für eine Schule in freier Trägerschaft oder für eine staatliche Schule für ihr Kind entscheiden.

Gleichwertige Wege in eine berufliche Perspektive

Die Anerkennung der Gleichwertigkeit von und die Förderung der Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungswegen ist für uns nicht nur eine Frage der Wertschätzung individueller Stärken, Fähigkeiten und Lebensleistungen, sondern auch notwendig, um den hohen Fachkräftebedarf in vielen Ausbildungsberufen zukünftig decken zu können. Ein gesamtgesellschaftliches Umdenken ist unerlässlich. Dafür braucht es eine Stärkung der beruflichen Orientierung und der Ausbildungsfähigkeit besonders an Gymnasien. Dafür wollen wir die Wahlpflichtangebote in handwerklichen, gesundheitlichen und anderen berufsorientierten Bereichen stärken, genauso wie außercurriculare Angebote wie Praktika und Orientierungswochen. Bedarfsgerecht ausbauen wollen wir die studienqualifizierenden Bildungsgänge der beruflichen Schulen. Sie ermöglichen den Erwerb von Schulabschlüssen in Verbindung mit einem vertieften Einblick in unterschiedliche berufliche Fachrichtungen. Auf dieser Grundlage können Berufswahlentscheidungen besonders gut gelingen. Zudem streben wir einen Bildungsgipfel an, in dessen Zentrum die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und die Durchlässigkeit zwischen beiden Systemen stehen. Dieser Gipfel muss auch diejenigen in den Blick nehmen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, und sie auf ihrem Weg in den Beruf stärken und unterstützen.

Schule gemeinsam weiterentwickeln

Wir verstehen Bildung als Teamarbeit. Darum müssen alle Beteiligten an der Schul- und Unterrichtsentwicklung vor Ort die Möglichkeit besitzen, eingebunden zu sein. Dafür setzen wir auf den Aufbau einer systematischen Feedbackkultur zwischen Lehrkräften und Schüler*innen, Schulleitung und Kollegium, Schulamt und Schulen sowie relevanten Fachverbänden. Wir wollen bildungspolitische Programme z. B. in den Bereichen Digitalisierung, Inklusion oder Bildung für nachhaltige Entwicklung besser auswerten, um daraus zu lernen. Bei neuen Programmen wollen wir Pilotphasen nutzen, um gute Handreichungen und Materialien für die Praxis zu generieren, damit nicht alle von vorn beginnen müssen. Dabei werden wir mit unseren Schulen verstärkt auf länderübergreifende Koopera-

tionen und stärkere Wissenschaftsorientierung hinwirken. Für die Entwicklung von Schule sind für uns eine starke Schüler*innenvertretung und die Beteiligung der Eltern unerlässlich. Ihre Beteiligungsmöglichkeiten in der Schule, auf kommunaler und landesweiter Ebene wollen wir ausbauen. Dabei ist uns wichtig, dass Schülervertreter*innen ihr Engagement selbstbestimmt wahrnehmen können. Denn Schule ist oft der erste Ort, an dem junge Menschen Erfahrungen mit demokratischer Willensbildung und Mitbestimmung machen. Wir wollen in jeder Schulform die Stundentafel für das Fach Politik und Wirtschaft um eine weitere Unterrichtsstunde stärken. Die dadurch zusätzlich entstehenden Unterrichtsstunden sollen genutzt werden, um eine breite Beteiligung der Schüler*innen zusätzlich zu den SV-Mitgliedern an schulischen Entscheidungsprozessen zeitlich zu ermöglichen. Ebenso sind diese zusätzlichen Unterrichtsstunden notwendig, um die neuen Themenfelder, die sich durch den Zusammenhang aus Medien- und politischer Bildung ergeben, unterrichtlich mit den Schüler*innen bearbeiten zu können, ohne andere wichtige politische und ökonomische Themen zeitlich vernachlässigen zu müssen. Wir wollen Schule gemeinsam mit den Schulgemeinden entwickeln und dabei auch Erfahrungen aus pädagogisch selbstständigen Schulen als Best Practice nutzen. Dazu gehört auch, dass vor Ort über die Ausgestaltung der Mittelstufe in Gymnasien, Gesamtschulen sowie verbundenen Haupt- und Realschulen entschieden wird.

Engagierte Lehrkräfte gewinnen

Engagierte Lehrkräfte zu gewinnen, setzt gute Arbeitsbedingungen voraus. Deshalb setzen wir darauf, bei der Berechnung von Arbeitszeiten für Lehrkräfte Faktoren wie Multiprofessionalität, Schulentwicklung, Teamarbeit, Ganztag etc. angemessen einzubeziehen. Bei unseren Initiativen für die Gewinnung von Lehrkräften haben wir alle Schularten im Blick – von der Grund- bis zur Berufsschule. Wir werden auch weiterhin dafür sorgen, dass die Zahl der Planstellen bei Bedarf angepasst wird, damit diese für engagierte Lehrkräfte auch zur Verfügung stehen. Wir wollen die Fortbildungsangebote in den Bereichen Kompetenzen zum individuellen Fördern sowie in den Querschnittsthemen Teamarbeit, Inklusion, Digitalisierung und Unterrichtsentwicklung deutlich erhöhen. Mit dem Ausbau von Studienplätzen in den Mangelbereichen Grund- und Förderschullehramt sowie von Referendariatsstellen und verschiedenen Weiterbildungs- und Quereinstiegsmöglichkeiten begegnen wir bereits jetzt dem bundesweiten Lehrkräftemangel. Bei Quereinsteiger*innen in den Lehrberuf wollen wir zukünftig auch auf Qualifizierung durch berufsbegleitende Masterstudiengänge und Nachqualifizierungen setzen. Unser Ziel ist dabei stets, die Unterrichtsbedarfe zu decken, ohne Einbußen an der Lehrqualität zu haben. Wir wollen es zukünftig ermöglichen, neben der pädagogischen auch eine administrative Schulleitung zu schaffen, um eine Entlastung von bürokratischen und Verwaltungsaufgaben zu erreichen.

Berufliche Schulen zukunftsfähig aufstellen

Wir sichern alle Berufsschulstandorte in Hessen und stellen durch die Entwicklung zu Kompetenzzentren eine qualitativ hochwertige Lehre und Beschulung sicher. Dabei gestalten wir die Profile der beruflichen Schulen nachhaltig und bedarfsgerecht für die jeweilige Region und sichern den Bedarf an Fachschulen für Sozialwesen ab. Insbesondere an regionalen und Landesfachklassen wollen wir die Potenziale von Hybrid- und digital gestütztem Distanzunterricht stärker nutzen, um längere Fahrtwege zu begrenzen. Auch um die Kooperation und Vernetzung zwischen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben zu stärken, wollen wir die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen. Ferner wollen wir für weitere Mangelberufe die Schulgelder, die an privat betriebenen Schulen anfallen, durch das Land übernehmen. Auch bei der Ausstattung mit Schulleitungskräften und deren Besoldung werden wir für eine Gleichberechtigung zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sorgen.

Erwachsenen- und Weiterbildung

Wir setzen uns für eine starke Erwachsenenbildung ein. Auch im Bereich der Weiterbildung wollen wir vielfältige und niedrigschwellige Bildungsangebote erhalten und ausweiten, um lebensbegleitendes Lernen und soziale Teilhabe zu fördern. Die wichtige Arbeit der Volkshochschulen und weiteren anerkannten Träger der Weiterbildung werden wir deswegen weiterhin unterstützen und finanziell stärken. Wir stärken die Angebote eines zweiten Bildungswegs und der Erstausbildung für Erwachsene, um Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit ein Leben lang zu ver-

wirklichen. Die Berufskollegs haben hierbei eine wichtige Rolle inne. Gemeinsam mit den verschiedenen Anbietern von Weiterbildungsangeboten prüfen wir, wie das Land die Schaffung von Online-Lernplattformen unterstützen kann. Wir möchten Weiterbildungen zu zentralen Themen der Transformation der Wirtschaft und Digitalisierung stärken und in die Betriebe bringen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Förderung von Bildungsinitiativen in benachteiligten Gebieten ein, um sicherzustellen, dass alle Bürger*innen barrierearme Zugänge zu Bildung und lebenslangem Lernen erhalten.

Auch in Bezug auf die Integration der zu uns kommenden Geflüchteten sind die beruflichen Schulen von besonderer Bedeutung. Die Sprachintensivförderung im Rahmen von InteA hat sich bewährt. Gleichzeitig wollen wir auch die Angebote zur Förderung der Bildungssprache Deutsch an den Schulen für Erwachsene stärken, um auch dort erfolgreiche Abschlüsse und Bildungswege jenseits der beruflichen Ausbildung zu ermöglichen.

Beschulung von zugewanderte und geflüchtete Menschen

Als GRÜNE möchten wir die Beschulung zugewanderter Kinder und Jugendlicher weiterentwickeln. Unser Ziel ist es, gebrochene Bildungsbiografien, wie sie zu oft in der Generation der sogenannten „Gastarbeiterkinder“ aufgetreten sind, durch eine Professionalisierung der Beschulung, welche durch ein Monitoring begleitet wird, zu vermeiden. Wir wollen das Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Schulabschlüssen überarbeiten. Abschiebungen aus Schulen lehnen wir ab. Die DaZ-Module wollen wir in der Lehrer*innenbildung weiter stärken. Wir wollen die Weiterbildung von Lehrer*innen und Seiteneinsteiger*innen in diesem Bereich verstärken und die Vernetzung zur Entwicklung und Verbreitung von Best-Practice-Modellen ausweiten. Damit die Bildungsangebote zuverlässig sind, werden wir für die Festanstellung von qualifizierten DaZ-Lehrkräften streiten. Um den Bedürfnissen der Schüler*innen gerecht zu werden, wollen wir die vorgeschriebene Anzahl an Schüler*innen in Intensivkursen und -klassen deutlich verringern und dies an allen Schulformen und -standorten dauerhaft etablieren, sodass eine einseitige Konzentration an Grund- und Gesamtschulen vermieden wird. Bei der Zuweisung in die Kurse/Klassen sollen die individuellen Bedarfe der Lernenden stärker Berücksichtigung finden.

Für die Schüler*innen, die die lateinische Schrift noch nicht oder nicht ausreichend beherrschen, sind deutlich kleinere Alphabetisierungsklassen einzurichten, die neben der schulischen Grundbildung je nach Alter auch eine berufliche Orientierung einschließen. Auch soll eine erleichterte Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe mit begleitender sprachlicher Förderung bis zum Abitur für Lernende mit geringen Deutschkenntnissen möglich gemacht werden. In Hessen soll jede*r Schüler*in je nach Neigung und Talent den bestmöglichen Bildungsabschluss erreichen können. Da Inklusion aus GRÜNER Sicht eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, werden wir Modelle der (Teil-)Integration in Regelklassen mit aufgestocktem Personalschlüssel unterstützen. Zudem stärken wir die Schulen und Kommunen bei der Integration im Freizeitbereich.

Kapitel 6 Starke Hochschulen und exzellente Forschung für die Gesellschaft von morgen

In Hochschulen und Forschungseinrichtungen schaffen kluge und kreative Köpfe Wissen, mit dem wir unsere Gesellschaft voranbringen und unsere Lebensgrundlagen erhalten. Mutige Grundlagenforschung und innovative anwendungsorientierte Forschung müssen dafür beide stark aufgestellt sein. Wissenschaftspolitik hat die Aufgabe, die richtigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Wissenschaftler*innen frei und unabhängig forschen können. Unser Ziel ist, optimale Voraussetzungen für die Entfaltung von Menschen mit unterschiedlichsten Bildungsbiografien zu schaffen. Das ist für uns eine Frage der Chancengerechtigkeit genauso wie der Innovationsfähigkeit. Deshalb investieren wir besonders in gute Bedingungen von Studium und Lehre und setzen uns für eine Hochschule ohne Zugangsbarrieren ein.

Wir haben schon einiges erreicht. Mit dem Hochschulpakt 2021–2025 haben wir ein neues Fundament geschaffen. Das Sockelbudget bietet eine größere Planungssicherheit für die Hochschulen und wird jedes Jahr um 4 Prozent gesteigert. Der Rekordsumme von 11,5 Milliarden Euro stehen klare Ziele für Bildungsgerechtigkeit, bessere Beschäftigungsbedingungen und Nachhaltigkeit gegenüber. Für gute Studienbedingungen haben wir 300 neue Professuren für eine bessere Betreuungsrelation geschaffen. Mit dem eigenständigen Promotionsrecht und dem Aufbau eines wissenschaftlichen Mittelbaus unterstützen wir die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, ihren Beitrag für Chancengleichheit zu leisten. Der Kodex für gute Arbeit und mehr unbefristete Stellen helfen den Hochschulen, gutes Personal zu gewinnen. Alle Hochschulen haben sich eine Nachhaltigkeitsstrategie gegeben und Strukturen geschaffen, um das Ziel klimaneutrale Landesverwaltung bis 2030 zu erreichen. Kluge Ideen entstehen in Köpfen – aber nicht ohne Labore und Bibliotheken. Deshalb investieren wir in die Infrastruktur unserer Hochschulen und fördern Forschungsvorhaben. Mit dem Digitalpakt haben wir 112 Millionen Euro für die Digitalisierung von Forschung, Lehre und Verwaltung bereitgestellt. Das Bauprogramm HEUREKA haben wir mit einer Erhöhung von fast 1,7 Milliarden Euro in eine nächste Phase geschickt. Das erfolgreiche Forschungsförderprogramm LOEWE haben wir darauf ausgerichtet, die klügsten Köpfe und die mutigsten Ideen zu unterstützen, und die jährliche Förderung auf 100 Millionen Euro angehoben.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt.

Bildungsgerechtigkeit braucht gute Lehre

Lehre und Forschung sind die Kernaufgaben einer Hochschule – sie sind für uns gleichwertig. Deshalb wollen wir in der Lehre genauso exzellent sein wie in der Forschung. Wir wollen, dass Studierende erfolgreich ihr Studium absolvieren. Programme, die Studierende in ihrem Studium unterstützen, wollen wir dauerhaft einrichten. Wir wollen die Kommission Studienerfolg, die Studierende und Lehrende mit Expert*innen vernetzt, weiterführen, um gemeinsame Konzepte der Hochschulen zu Qualitätssicherung, Hochschuldidaktik, Kooperationsstudiengängen und anderen Themen in der Lehre zu entwickeln. Hochschullehre wird nicht nur von Professor*innen geleistet – ein bedeutender Teil der Arbeit wird von wissenschaftlichen Mitarbeitenden erbracht. Ihr Engagement in der Lehre werden wir weiter unterstützen und ihre Leistungen im Hochschulpakt besser berücksichtigen. Es braucht nicht nur Exzellenz in der Forschung, sondern auch in der Lehre. Deshalb wollen wir die Hochschuldozentur ausbauen.

Wir unterstützen die Hochschulen, die durch die Pandemie beschleunigte Digitalisierung zu nutzen. Bei der neuen Austarierung zwischen Digital und Präsenz stehen die Qualität der Lehre und die Bedarfe der Studierenden immer im Mittelpunkt. Didaktik und Methoden für New Learning und New Teaching zu entwickeln, ist Aufgabe der Hochschulen. Das beinhaltet auch, die Bedeutung künstlicher Intelligenz für den Kompetenzerwerb und die Anforderungen eines künftigen Arbeitsmarkts zu reflektieren sowie geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Chancengleichheit herzustellen und Missbrauch auszuschließen. Wir wollen den HessenHub ausbauen und als Standard etablieren, um digitale Lehrangebote hochschulübergreifend zu fördern sowie abrufbar zu machen.

Vielfältige Bildungsbiografien und lebenslanges Lernen

Wir wollen eine Hochschullandschaft, die vielfältige Bildungsbiografien fördert. Gerade in den letzten Jahren sind die Lebenswege junger Menschen durch die Pandemie nicht gradlinig verlaufen. Wir wollen einen Pakt gegen Bildungssackgassen schließen, der Angebote stärkt, die einen Wechsel als Chance begreifen und Orientierung für vielfältige Karrierewege bieten. Berufliche und akademische Ausbildung sind gleichwertig. Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, den Handwerks-, Industrie- und Handelskammern sowie den Hochschulen wollen wir die Beratung für „Studienzweifler*innen“ ausbauen und die unterschiedlichen Beratungsangebote zur Orientierung besser vernetzen, damit sie niedrigschwellig greifen und einfach gefunden werden können.

Unser Ziel ist, dass die Entscheidung für den Bildungsweg nicht vom Elternhaus, sondern von den eigenen Interessen und Fähigkeiten abhängt. Schulen sind für uns ein wichtiger Akteur für eine gute Orientierung zwischen den vielen Möglichkeiten der beruflichen und akademischen Ausbildung. Die von uns geschaffene Förderung für eine Unterstützung für junge Menschen, die nicht aus einem akademischen Elternhaus kommen, bringen wir in die Fläche Hessens. Wir unterstützen im Bundesrat die Überarbeitung der Studienfinanzierung, sodass von ihr mehr Studierende profitieren. Unsere bereits beschrittenen Wege für eine offene Hochschule, das Orientierungsstudium, das Studium der angepassten Geschwindigkeiten und die Hochschulzugangsberechtigung mit Ausbildung wollen wir erfolgreich weiterführen. Zur Stärkung des Teilzeitstudiums streben wir eine flexible Gestaltungsmöglichkeit der Regelstudienzeit an. Unsere Hochschulen sollen offen sein für lebenslanges Lernen. Wir haben dafür bereits die Möglichkeiten für Weiterbildungskurse und Studiengänge erweitert und wollen zukünftig den Zugang für Gasthörer*innen weiter öffnen.

Forschung für morgen

Hessen ist forschungsstark durch Kooperation und Interdisziplinarität, in der Breite genauso wie in der Exzellenz in der Spitze. Deshalb stärken wir sowohl die Grundfinanzierung der Hochschulen als auch die Förderung der Spitzenforschung. Unser Forschungsförderprogramm LOEWE wollen wir flexibilisieren und die Entscheidungsverfahren beschleunigen, um die hessischen Hochschulen für Bundeswettbewerbe stärker aufzustellen und weniger auf Zentren zu konzentrieren. Wir wollen auch europäische Partnerschaften stärken und die Hochschulen im europäischen Wettbewerb erfolgreich machen, dafür haben wir mit HESSEN HORIZON bereits einen wichtigen Schritt getan.

Unsere Hochschulen sollen Orte für Innovationen und Transfer sein. Nur so kann aus Wissen eine Lösung für eine gesellschaftliche Herausforderung entstehen. Dafür wollen wir mit einem Transfer- und Gründungsfonds Start-up-Gründungen an Hochschulen und Wissenschaftskommunikation weiter erleichtern. Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass an möglichst allen Hochschulen fachbereichsübergreifendes Denken und Handeln für erfolgreiches Gründen erlernt werden kann (Entrepreneurship Education). In regionalen Netzwerken soll der Transfer in Wirtschaft, Kommunen oder soziale Initiativen mit der Stärke unserer Hochschulen für angewandte Wissenschaften und aufbauend auf der Arbeit der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation gelingen. Wir wollen eine neue Förderlinie in LOEWE TRANSFER etablieren, die die Real- und Transferlabore, Transferprofessuren sowie Wissenschaftskommunikation und Bürgerforschung fördert.

Damit Forschung der Gesellschaft dient, werden wir Open Science fördern und stellen Forschungsergebnisse und -daten, welche aus Landesmitteln finanziert werden, grundsätzlich frei zur Verfügung. Im Hochschulgesetz werden wir die Möglichkeit zur Verabschiedung von Zivilklauseln durch die Senate und Hochschulversammlungen verankern.

Wir fördern die Erforschung gesellschaftlicher Kernfragen besonders und setzen uns für einen verstärkten Austausch zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik ein. Ein Schwerpunkt ist für uns die Forschung zur ökologischen Krise und zum Klimaschutz, die wir beispielsweise herausragend mit dem Ausbau des Senckenberg Naturmuseums Frankfurt fördern. Einen weiteren Schwerpunkt hat das Land mit den erfolgreich wachsenden Forschungsnetzwerken hessian.AI für künstliche Intelligenz und ZEVEDI (Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung) gesetzt, die wir weiter ausbauen werden. Deutschland und Europa stehen vor neuen Herausforderungen, deshalb wollen wir zukünftig gesellschaftliche und sozialökologische Fragestellungen und die interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung als hessischen Forschungsschwerpunkt stärken. Wir setzen den Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung weiter konsequent um.

Autonomie heißt Verantwortung

Wir wollen den eingeschlagenen erfolgreichen hessischen Weg der Hochschulautonomie weitergehen. Für uns steht dabei die hochschulinterne Governance und Qualitätssicherung im Mittelpunkt. Wir wollen, dass die Grundordnungen der Hochschulen Transparenz über die Entscheidungswege in der Hochschule schaffen. Während die zentrale akademische Verwaltung meist gut geregelt ist, trifft dies nicht immer auf Fachbereiche zu. So soll zukünftig die Einbindung der Fachbereiche in hochschulweite Entscheidungen klar und die Rolle der Fachbereichsräte in der Budgetplanung geregelt sein. Zur Stärkung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit wollen wir die Senate im Rahmen ihres Rechts auf Stellungnahme bei der Entwicklung von Mittelverteilungsmodellen stärker beteiligen.

Die neu geschaffenen Studienkommissionen, die die Mitbestimmung von Studierenden in der Lehre stärken, werden wir evaluieren und weiterentwickeln. Die Funktion der Hochschulräte soll künftig auf beratende Aufgaben beschränkt sein, insbesondere bei der Wahl von Präsident*innen. Die hochschulübergreifende Zusammenarbeit beispielsweise in Allianzen oder in Form von gemeinsamen Studiengängen werden wir fördern und vereinfachen, soweit dies landesrechtlich möglich ist. Einen zusätzlichen Schwerpunkt legen wir auf die Förderung einer modernen Hochschulgovernance, die Abhängigkeitsstrukturen in der Wissenschaft überwindet und Fachbereichsverwaltungen zugleich wissenschaftsnah und professionell aufstellt. Wir prüfen die Einführung einer Landesstudierendenvertretung mit Delegationsprinzip.

Vielfalt schafft Innovationskraft

Wir wollen echte Chancen für kluge Köpfe an unseren Hochschulen. Dafür müssen Barrieren in Studium und Forschung aufgrund von Diskriminierung weiter abgebaut werden. Die Beauftragte*n für Antidiskriminierung sowie die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Landes werden wir stärken und Kompetenzen und Handlungsspielräume von Antidiskriminierungsbeauftragten definieren. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Hochschulen Schulungsangebote für den Umgang mit Diskriminierung flächendeckend anbieten und ebenso in der Lehre darauf achten, dass die Vielfalt der Studierenden respektiert und akzeptiert sowie Diskriminierungen entgegengewirkt wird. Im Dialog mit den Hochschulen werden wir Maßnahmen ergreifen, um die Diversität in den Hochschulgremien zu erhöhen. Mit der Erhebung über Studienverläufe werden wir in den nächsten Jahren mehr darüber lernen, was Barrieren für Studierende in ihrem Studium sind. Daraus wollen wir lernen und werden die Hochschulen weiter über den Hochschulpakt für Qualität in der Lehre dabei unterstützen, diese Barrieren abzubauen und gezielte Angebote, auch im Bereich bauliche Barrierefreiheit, zu schaffen. Wir wollen die wissenschaftlichen Karrieren von Frauen stärken und das Erfolgsbudget im Hochschulpakt so ausgestalten, dass es Gleichstellung voranbringt. Erfolgreiche Programme wie die gezielte Förderung von Genderforschung aus dem Innovationsbudget, Mentoring Hessen oder das Hessen-Technikum zur Förderung von Frauen werden wir fortführen.

Wissenschaft kann nur gemeinsam erfolgreich sein. Wir heißen internationale Gastwissenschaftler*innen und internationale Studierende an unseren Hochschulen auf Augenhöhe willkommen. Wissenschaft hat einen immanenten Auftrag von Verständigung und Dialog, da sie immer auf der Basis von Fakten stattfindet. Vor dem Hintergrund dieser Überzeugung wollen wir gemeinsam mit den hessischen Hochschulen ihre Internationalisierungsstrategien weiterentwickeln und stärken besonders die internationale Mobilität bei der Konzeptionierung von Studiengängen. Das Land Hessen trägt Verantwortung für internationale Wissenschaftler*innen und Studierende, die aus ihren Heimatländern geflohen sind, und unterstützt sie auch weiterhin mit Stipendien. Die Förderung für in Not geratene Studierende werden wir neu aufstellen und an den Studierendenwerken verankern.

Studierendenwerke stärken

Die Studierendenwerke nehmen eine Schlüsselrolle für chancengerechte Bildung wahr, da sie die soziale Infrastruktur für Studierende bereitstellen. Von starken Studierendenwerken mit günstigen Mensaessen und bezahlbaren Wohnheimplätzen sowie umfangreichen Beratungsangeboten profitieren alle Studierenden, insbesondere diejenigen ohne vermögendes Elternhaus und internationale Studierende. Wir wollen mit einem Hochschulsozialpakt den nächsten Schritt machen, damit Studierendenwerke basierend auf ihren Aufgaben finanziert werden und auch in Zukunft verlässliche Partner der Studierenden sind. Unser Ziel ist ein Gleichklang zwischen Sozialbeiträgen der Studierenden und Landeszuschuss für eine stabile Finanzierung der Studierendenwerke. Preissteigerungen wollen wir so wirksam entgegenwirken. Die Studierendenwerke haben sich gerade in Krisenzeiten als verlässliche Partner für die Studierenden erwiesen. Sollte erneut ein Landesprogramm zur Unterstützung bei gestiegenen Energiepreisen notwendig werden, werden wir daher wieder dafür sorgen, dass dabei auch die Studierendenwerke unterstützt werden, damit die Mietpreise in Wohnheimen in Krisenzeiten stabil bleiben können. In Zielvereinbarungen mit den Studierendenwerken wollen wir soziale, ökologische und strukturelle Ziele definieren.

Eine der größten Herausforderung bleibt die, ausreichend günstigen Wohnraum für Studierende in Hessen zur Verfügung zu stellen und die Mensen zukunftsfähig aufzustellen. Die Mensen brauchen bundesweit dringend ein Sanierungsprogramm. Unter GRÜNER Beteiligung hat das Land in der letzten Legislaturperiode bundesweit die größten Zuwächse beim Wohnraum für Studierende erreichen können. Das war auch dringend nötig, nachdem Hessen trauriges Schlusslicht im Bundesvergleich war. Wir wollen in der Aufholjagd nicht nachlassen und künftig über dem Bundesschnitt für mindestens 10 Prozent der Studierenden geförderten Wohnraum bereitstellen. Darüber hinaus werden wir mit den Kommunen gemeinsam weitere Möglichkeiten für studentischen Wohnraum schaffen. Um einen weiteren Schub zu erreichen, setzen wir uns für geeignete Bund-Länder-Programme zum Ausbau des studentischen Wohnens ein. Darüber hinaus werden wir uns auf Bundesebene dafür stark machen, dass mehr Studierende Anspruch auf BAföG haben, und einen neuen Anlauf dafür starten, einen ortsabhängigen Wohnkostenzuschlag zu etablieren, um Studierende an Hochschulstandorten mit hohen Mieten, wie beispielsweise im Rhein-Main-Gebiet, gezielt zu unterstützen.

Hochschulfinanzierung

Wir haben in der Hochschulfinanzierung eine Aufholjagd gestartet, die wir weiterhin mit jährlichen Steigerungen des Hochschulpakts von 4 Prozent im Jahr fortsetzen wollen. Unseren Kurs eines verlässlichen Hochschulpakts, der die Profilierung der Hochschulen unterstützt und klare Ziele setzt, behalten wir bei. Wir wollen die Finanzierung für Daueraufgaben wie Digitalisierung, die 300 zusätzlichen Professuren und den Mittelbau in den Hochschulen für angewandte Wissenschaften künftig in die zweckgebundene Grundfinanzierung überführen. Um Kooperationen zu fördern, wollen wir dabei mit den Hochschulen einen Fokus auf hochschulübergreifende Projekte legen. Für ein echtes Gestaltungsplus wollen wir einen Mechanismus etablieren, der hohe Tarifabschlüsse berücksichtigt, und bei Kriseninstrumenten die Hochschulen mitdenken. Zur Finanzierung der Hochschulen lehnen wir Studiengebühren ab. Wir setzen uns im nächsten Hochschulpakt für einen zügigen Weg der Abschaffung der Verwaltungskostenbeiträge ein.

Wir wollen für eine hohe Sichtbarkeit und den Erfolg der hessischen Hochschulen den eingeschlagenen strategischen Prozess aus dem letzten Hochschulpakt fortsetzen und durch eine kontinuierliche Landeshochschulentwicklungsplanung gemeinsam mit externen Expert*innen neu aufstellen, sodass Kooperationen zwischen Wissenschaftseinrichtungen und Schwerpunktsetzungen einzelner Hochschulen sichtbar und strategisch nutzbar werden.

Hochschulen nachhaltig bauen

Das hessische Modell der Hochschulbaufinanzierung mit dem Bauprogramm HEUREKA ist ein Erfolg, da es langfristige Planungen ermöglicht. Angesichts der Herausforderungen der Klimakrise werden wir die Energie- und Wärmewende in den Hochschulen voranbringen. Dafür werden wir ein HEUREKA KLIMA aufsetzen und Mittel für Bauunterhaltung zur Verfügung stellen. Wir setzen auf integrierte Nachhaltigkeitskonzepte an den Hochschulen und werden zusätzliche Maßnahmen zur CO_2-Einsparung, Photovoltaikanlagen und Green Offices für Nachhaltigkeit an den Hochschulen weiter unterstützen. Hochschulen, die das möchten, erhalten eine Bauautonomie. Wir wollen von den Hochschulen ein gezieltes und zeitgemäßes Flächenmanagement einfordern, um in Zeiten knappen Baulands Kosten besser kalkulieren und im Idealfall senken zu können. Eine stärkere Vermietung ihrer Liegenschaften insbesondere in den vorlesungsfreien Zeiten, um zusätzliche Einnahmen zu generieren, wollen wir unterstützen und hierfür auch Kooperationen mit anderen Landeseinrichtungen forcieren.

Faire Arbeitsbedingungen

Den Kodex für gute Arbeit als Instrument für bessere Beschäftigungsverhältnisse wollen wir stärken, indem wir ihn im Hochschulgesetz verankern und eine Kommission zur Weiterentwicklung einrichten. Für uns gilt weiter der Grundsatz, dass es für Daueraufgaben auch Dauerstellen geben muss. Die Rahmenbedingungen für Promovierende werden wir verbessern, indem wir im Hochschulgesetz die Vertragslaufzeit für eine Erstanstellung von drei auf vier Jahre erhöhen und mit den Vereinbarungen im Kodex für gute Arbeit noch besser dafür sorgen, dass die Promotion auch in der vorgesehenen Zeit erreicht werden kann. Dafür wollen wir die im Kodex vereinbarte Regelung zur mindestverfügbaren Zeit für selbstbestimmte Forschung ausbauen. Unser langfristiges Ziel ist, dass Promovierende mindestens 50 Prozent ihrer Arbeitszeit für ihre Promotionen aufwenden können. Wir setzen uns für verlässliche Karrierewege nach der Promotion innerhalb und außerhalb des Wissenschaftssystems und gegen Kettenbefristungen ein. Aufbauend auf Konzepten zur Personalentwicklung der Hochschulen werden wir die Mittel für dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse nach der Promotion im Rahmen des Hochschulpakts ausweiten und adäquate Personalstrukturen mit den Hochschulen entwickeln. Mit den Forschungsförderungen des Landes übernehmen wir Verantwortung dafür, dass sie im Sinne des Kodex ausgestaltet sind. Wir wollen die Repräsentation und Vertretung von Promovierenden stärken, da sie aufgrund ihrer oft unterschiedlichen Promotionsstrukturen nicht einheitlich repräsentiert werden. Karrierewege im Wissenschaftsmanagement wollen wir ausbauen. Wir wollen die Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte weiter verbessern und den Kodex für gute Arbeit weiterentwickeln, indem wir die studentischen Hilfskräfte in den Tarifvertrag des Landes aufnehmen.

Weiterbildung stärken für die Fachkräfte von morgen

Der Fachkräftebedarf für die Transformation der Wirtschaft ist enorm und erfordert vielfältige Weiterqualifizierungsangebote für Menschen jeden Alters. Damit Hochschulen hierfür einen größeren Beitrag leisten können, wollen wir die Angebote in einem hochschulübergreifenden Zentrum für Weiterbildung bündeln. Dabei wollen wir staatliche Unterstützung für Weiterbildung in Bereichen, die für die Wissensgesellschaft von besonderer Bedeutung sind, aufbauen, aber auch Kooperationen mit Unternehmen knüpfen, um deren Interesse für die Weiterentwicklung ihrer Beschäftigten zu fördern. Wir möchten in den MINT-Fächern durch interdisziplinäre Studiengänge sowohl den Studieneinstieg attraktiver gestalten als auch mittels nicht konsekutiver Masterangebote einen späteren Einstieg in die MINT-Fächer erleichtern.

Universitätsmedizin mit guten Bedingungen für Forschung, Lehre und Patient*innen

Eine auskömmliche Finanzierung von Universitätskliniken ist von entscheidender Bedeutung für die Ausbildung des medizinischen Nachwuchses und eine unabhängige medizinische Forschung auf höchstem Niveau. Der Bund muss seiner Verantwortung für eine gute Gesundheitsversorgung nachkommen, sich an der Akademisierung von nicht ärztlichen Gesundheitsberufen und dem novellierten Medizinstudium beteiligen sowie eine dritte Finanzierungssäule für die Universitätskliniken schaffen. Im Rahmen unserer landespolitischen Verantwortung setzen wir uns für eine auskömmliche Unterstützung der hessischen Universitätskliniken für gute Bedingungen für Patient*innen, Beschäftigte sowie in Forschung und Lehre ein. Um dem drohenden Ärzt*innenmangel zu begegnen, haben wir die Teilstudienplätze in der Medizin in Fulda und Marburg in Vollstudienplätze umgewandelt. Wir wollen darüber hinaus weitere Medizinstudienplätze schaffen und an alternativen Zugangsmöglichkeiten jenseits von Bestnoten festhalten. Im Rahmen des Forschungsförderprogramms LOEWE fördern wir medizinische Spitzenforschung. Die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM) durch die frühere, von der CDU allein geführte Landesregierung unter Roland Koch war und ist ein Fehler. Gleichzeitig gibt es aktuell keine Möglichkeiten zu einem Rückkauf. Wir haben unter den gegebenen schwierigen Rahmenbedingungen mit den geschlossenen Vereinbarungen wichtige Verbesserungen für die Versorgung der Patient*innen, Sicherheiten für die Beschäftigten und wichtige Investitionen für Lehre und Forschung erreicht. Wir wollen mit diesen Vereinbarungen weiter Verlässlichkeit für beide Standorte schaffen. Wenn sich aber in der Zukunft die Möglichkeit eröffnet, das Klinikum zu vertretbaren Konditionen zurückzukaufen, wollen wir es wieder in öffentliches Eigentum überführen.

Kapitel 7 Kultur – so kreativ und vielfältig wie Hessen

Eine freie und vielfältige Kultur ist der Schlüssel zu einem demokratischen Gemeinwesen. Sie ermöglicht kritische Reflexion, fördert den Austausch untereinander und bringt Menschen zusammen, die sich ansonsten nicht begegnen würden. Einen Zugang zu qualitätsvoller kultureller Bildung für Menschen jeden Alters halten wir für einen Bestandteil der Allgemeinbildung. Wir wollen allen Menschen in Hessen einen gleichberechtigten Zugang zu Kunst und Kultur eröffnen und die Bedingungen für Künstler*innen und Kreative kontinuierlich weiter verbessern. Gerade die von Corona geprägten Jahre haben uns gezeigt, wie wichtig Kultur als Lebenselixier für unsere Gesellschaft ist. Zugleich hat Corona die strukturellen Herausforderungen der hessischen Kultur wie unter einem Brennglas sichtbar gemacht. Durch zahlreiche Programme zur Unterstützung von Institutionen und Künstler*innen haben wir dafür gesorgt, dass der Kulturbetrieb in diesen schwierigen Zeiten gerettet wurde und möglichst gestärkt aus der Krise herausgeführt wird.

Wir haben schon einiges erreicht. Seit wir GRÜNE in Regierungsverantwortung sind, haben wir der Kulturpolitik einen frischen Wind eingehaucht und die frühere Trennung von Hoch- und Soziokultur oder von Kultur im Ballungs- und in ländlichen Räumen immer stärker aufgehoben. Mit der mittlerweile realisierten Vervierfachung der Förderung für die soziokulturellen Zentren, der Stärkung der Förderung der freien Theater und der Ausweitung der Landkulturperlen in den ländlichen Räumen haben wir die Kulturpolitik flächendeckend und nachhaltig gestärkt. Wir haben die Filmförderung des Landes auf mehr Mut zur Innovation und einen Fokus auf den Nachwuchs neu ausgerichtet und die Aufmerksamkeit und Förderung von Frauen, die damals wie heute in der Kultur angesichts ihrer Leistungen noch viel zu wenig wahrgenommen werden, gestärkt. Und mit dem Masterplan Kultur haben wir gemeinsam mit den kreativen Köpfen des Landes in einem offenen und transparenten Prozess gemeinsame Leitplanken für die Kulturpolitik der nächsten Jahre entwickelt.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Wir wollen für unser Land den nächsten Schritt gehen.

Masterplan Kultur umsetzen – Dialog fortsetzen

Mit dem Masterplan Kultur ist eine Richtschnur für die Kulturpolitik der nächsten Jahre entstanden, zu deren Umsetzung wir uns bekennen. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Kulturetat des Landes spürbar erhöht. Diesen Weg wollen wir zur Umsetzung des Masterplans Kultur weitergehen. Den begonnenen Dialog um die besten Wege wollen wir fortsetzen und mit einem Kulturbeirat ein Beratungs- und Vernetzungsgremium aus der Kulturszene für die Kulturszene schaffen. Mit einem Kulturfördergesetz bieten wir einen Orientierungsrahmen im Fördersystem des Landes Hessen und geben Leitlinien für eine zukunftsfähige Kulturpolitik. Zugleich wollen wir, wo immer möglich, für eine Vereinfachung der Kulturförderung und den Abbau von Förderbürokratie eintreten. Dazu gehört auch die Stärkung von Beratungs- und Vernetzungsangeboten.

Wir wollen nach dem Vorbild Baden-Württembergs einen „Innovationsfonds Kunst" einrichten, der die Kulturakteure dabei unterstützt, ungewöhnliche und innovative Ideen jenseits der normalen Förderrichtlinien auszuprobieren.

Kultur strukturell stärken

Wir wollen Kultur widerstandsfähig gegen Krisen machen. Dazu wollen wir die richtigen Lehren aus der Coronapandemie ziehen. Wir unterstützen Kulturinstitutionen bei Investitionen in Bezug auf Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Sanierung, Barrierefreiheit oder Organisationsentwicklung durch eigene Förderprogramme sowie Information über entsprechende Förderprogramme anderer Landesministerien sowie von Bund, EU und Stiftungen.

Die während Corona etablierte Förder- und Antragsberatung sowie -begleitung wollen wir institutionalisieren und dadurch die Verbände weiter stärken. Auch wollen wir die Impulse weitertragen, die in der Coronaphase speziell zur Stärkung von Konzeptarbeit bei Künstler*innen oder für Kultur mitten im öffentlichen Raum unserer Kommunen gedacht waren.

Zentraler Baustein für eine Verbesserung der sozialen Absicherung vieler Künstler*innen und Kulturarbeiter*innen ist eine gerechte Entlohnung. Wir als Land wollen hier vorangehen und streben daher nach der Mindestgage an unseren Staatstheatern auch eine Mindestvergütung für Ausstellungen an unseren staatlichen Museen an. Außerdem wollen wir faire Vergütungen für freischaffende Künstler*innen auch stärker in den Förderrichtlinien des Landes implementieren. Die Gründung von Kulturgenossenschaften wollen wir durch Beratung und die Übernahme der Gründungskosten unterstützen.

Künstler*innen brauchen für ihre Arbeit bezahlbaren Wohn- und Arbeitsraum. Das hessische Atelierprogramm wollen wir daher ausweiten. Projekte zur Schaffung sogenannter „Dritter Orte", in denen leerstehende Räume für die künstlerische Nutzung hergerichtet werden, wollen wir fördern.

Wir stehen zur documenta als in Kassel verorteter Kunstschau für zeitgenössische Kunst von Weltrang. Wir setzen uns für eine konsequente Aufarbeitung der antisemitischen Vorfälle bei der documenta fifteen ein und sehen die Umsetzung der Handlungsempfehlungen des zur Aufarbeitung eingesetzten Gremiums zur fachwissenschaftlichen Begleitung als unseren Auftrag an. Kernpunkte sind hierbei u. a. eine Überarbeitung der Organisationsstrukturen sowohl zur klaren Trennung zwischen Geschäftsführung und künstlerischer Leitung als auch zur fachlichen Erweiterung des Aufsichtsrats sowie gegebenenfalls die Einführung eines Beirats zur Klärung auftretender Problemlagen, der sowohl von der Geschäftsführung als auch der künstlerischen Leitung angerufen werden kann. Wir setzen uns über die documenta hinaus für eine stärkere Sensibilisierung des Kulturbetriebs für Antisemitismus, israelbezogenen Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein. Wir unterstützen die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen documenta-Instituts zu einem documenta-Zentrum mit einer Absicherung des documenta Archivs und dem Ausbau der Vermittlung von documenta-Geschichte, -Gegenwart und -Zukunft.

Kultur für alle

Wir wollen eine umfassende Öffnung des Kulturbetriebs für die gesamte Gesellschaft erreichen. Musik, Theater, Kunst sollen internationale und interkulturelle Begegnungen ermöglichen. Städtepartnerschaften in Hessen wollen wir intensivieren. Die Landeseinrichtungen unterstützen wir bei der Erschließung neuer Zielgruppen und prüfen, wie wir deren Erfahrungen für private Kulturinstitutionen nutzbar machen können. Die Ottilie-Roederstein-Stipendien sowie Institutionen und Archive zur Sichtbarkeit von Frauen in der Kunst wollen wir stärken. Dazu gehören die Förderung feministischer Kulturpolitik und die Stärkung der Sichtbarkeit von queeren Personen in der Kultur. Wir wollen nachhaltige Empowerment-Programme und Unterstützungsformate für marginalisierte Künstler*innengruppen einführen. Dazu gehört auch die Unterstützung verfolgter Gruppen bei der Ausübung ihrer kulturellen Identität. Das Exilprogramm „Hafen der Zuflucht" wollen wir ausbauen. Wir wollen ein Förder- und Beratungsprogramm zur Erhöhung der Barrierefreiheit in Kultureinrichtungen prüfen und werden inklusive Angebote im gesamten Kulturbereich stärken.

Diskriminierung, Homo- und Transphobie, Rassismus und Antisemitismus haben auch in der Kunst keinen Platz. Wir wollen einen Dialog innerhalb der Kulturszene zu solchen Tendenzen initiieren und unterstützen antirassistische Kulturprojekte. Mit der Ausweitung und Neukonzeptionierung des Programms „Künste im interkulturellen Dialog" wollen wir künstlerische Projekte fördern, die den interkulturellen Dialog zwischen den hier lebenden Menschen unterschiedlicher Herkunft unterstützen. Damit wollen wir künstlerische Perspektiven fördern, die bisher unzureichend in der Kunst- und Kulturszene repräsentiert sind.

Wir wollen das derzeit gültige Tanzverbot an den im Hessischen Feiertagsgesetz vorgesehenen Feier- und Gedenktagen überwinden. Damit jedoch bei konkreten Konflikten keine zeitraubenden Gerichtsentscheidungen herbeigeführt werden, sollen religiöse Feierlichkeiten an diesen Tagen Vorrang haben und Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen von den Kommunen im Einzelfall verboten werden können.

Sub- und Clubkultur fördern

Wir wollen in den nächsten Jahren einen neuen Fokus auf die Stärkung von Sub- und Clubkultur legen, der bisher nur wenige finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Hierfür wollen wir eine Landesförderung für Kulturschaffende und Veranstaltende einrichten, um Veranstaltungen der Sub- und Clubkultur besser zu ermöglichen.

Kulturelle Bildung von Anfang an

Kulturelle Bildung soll jedem Kind in Hessen offenstehen. Zugangshürden wie Geschlecht, Herkunft oder Sprache wollen wir konsequent abbauen. Dazu wollen wir in den Schulen den Pakt für den Ganztag durch einen Pakt für kulturelle Bildung ergänzen. Kreative Angebote, egal ob sie von Kultureinrichtungen oder freien Künstler*innen kommen, sollen Teil des Schullebens werden.

Musikschulen, sowohl in freier als auch in kommunaler Trägerschaft, sind wichtige Bausteine unserer Kultur- und Bildungslandschaft. Sie ermöglichen musische Bildung für alle Einkommensschichten von der Kita bis ins hohe Alter. Deshalb setzen wir gemeinsam mit den Kommunen die Ergebnisse des „Runden Tisches Musikschulfinanzierung“ um und bekennen uns zu einer gemeinsamen deutlichen Erhöhung der öffentlichen Beiträge und einer angemessenen Bezahlung der Musikschullehrer*innen. Eine modellhafte Förderung von Jugendkunstschulen wollen wir prüfen. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen Bibliotheken mit einem Bibliotheksentwicklungsplan zu den „Wohnzimmern der Städte“ ausbauen – als Orte des Austausches, Lernens und Verweilens. Außerschulische Bildung darf nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen. Deshalb werden wir einen „Hessenpass Kultur und Freizeit“ für Menschen mit geringem Einkommen einführen, mit dem landesweit weniger Eintritt gezahlt werden soll. Die Angebote unserer Landesmuseen für den kostenlosen Zugang zu Ausstellungen und kulturelle Bildungsangebote für Schulen und junge Menschen unter 25 Jahren werden wir weiter ausbauen. Mit dem Hessenpass wollen wir dazu beitragen, dass auch kommunale Museen hier Angebote ausweiten. Die Erprobung des Kulturpasses für 18-Jährige der Bundesregierung wollen wir dabei für unsere Landesaktivitäten berücksichtigen. Wir fördern darüber hinaus verstärkt theaterpädagogische Angebote, insbesondere von Jugendtheatergruppen.

Wir wollen ein „Institut für Kulturelle Bildung“ schaffen, das die Vernetzung der Akteur*innen mit der Wissenschaft, die Weiterbildung und die Sicherung der Qualität vorantreiben soll.

Kulturelle Teilhabe in Stadt und Land

Hessen bietet zahlreiche Kulturschätze – in den Städten und abseits der Ballungsgebiete. Diese Schätze gilt es zu stärken und sichtbar zu machen. Dazu wollen wir die Landkulturperlen mit der Möglichkeit zur Förderung von Mikroprojekten und zur Vernetzung örtlicher Kulturangebote mit professionellen Künstler*innen hessenweit ausbauen und ein flächendeckendes Netz von regionalen Kulturmanager*innen aufbauen. Soziokulturelle Zentren und mobile Angebote, wie Wandertheater oder Gastspiele, ermöglichen in ganz Hessen den Zugang zu Kultur. Ihre Förderung werden wir ausbauen. Die Förderung von Kunst und Kultur im ländlichen Raum und die Festivalförderung wollen wir stärken. Gemeinsam mit den Staats- und Landestheatern wollen wir „Kulturbusse“ als Möglichkeit für die attraktive Nutzung unserer staatlichen Einrichtungen von Besucher*innen auch außerhalb des Ballungsgebiets einführen.

Die Musikförderung wollen wir weiterentwickeln und stärken. Wir sind erfreut über die Anerkennung der Clubszene als Kulturgut. Das stärkt den Bestandsschutz der Clubs und schafft neue Möglichkeiten zur Belebung der Innenstädte. Wir wollen Konzepte zur Förderung der Popkultur initiieren.

Im Rahmen einer künftigen Neuaufstellung des Kommunalen Finanzausgleichs wollen wir sicherstellen, dass die Mittel für die Theaterförderung zielgerichtet verwendet werden, und nach Wegen dafür suchen, dass die Städtischen Bühnen Frankfurt stärker von der Theaterförderung profitieren können. Über den Wunsch einer Landesbeteiligung am Neubau der Städtischen Bühnen Frankfurt wollen wir in einen Dialog treten.

Kulturelles Erbe sichern

Wir sind uns unserer Verantwortung für unser kulturelles Erbe bewusst. Den Museen und den Schlössern und Gärten wollen wir es ermöglichen, sich durch moderne Ausstellungs- und Besucherkonzepte möglichst attraktiv für unterschiedliche Besucher*innen zu präsentieren. Für eine nachhaltige und kostengünstige Instandhaltung unserer Kulturdenkmäler gründen wir eine Hessische Bauhütte, die wichtige Gewerke bündelt und eine Expertise schafft. Die Kulturbauoffensive HERKULES wollen wir mit weiteren Mitteln fortsetzen. Wir setzen uns für einen aktiven Denkmalschutz ein, der sich für den Erhalt unserer alten Dorfkerne und wichtiger Denkmäler weiterhin engagiert. Bei möglichen Spannungsverhältnissen z. B. zu erneuerbaren Energien setzen wir auf Prozesse, die sich die Denkmalschutzrichtlinie für die regelhafte Genehmigung von Solaranlagen zum Vorbild nehmen.

Archive sind das Gedächtnis unserer Gesellschaft. Ihre Digitalisierung wollen wir zügig voranbringen. Zugleich wollen wir mit den Staatsarchiven Wege finden, wie das Gedächtnis unseres Landes seine ganzen Einwohner*innen repräsentiert. So wollen wir uns um Nachlässe von bisher zu wenig berücksichtigten gesellschaftlichen Gruppen kümmern, wie es Sonderprojekte zu den sogenannten „Gastarbeiter*innen“ beispielhaft zeigen.

Nachhaltig in die Zukunft

Auch für Kultureinrichtungen wird ressourcenschonendes Wirtschaften immer wichtiger. Gemeinsam mit der Landesenergieagentur wollen wir einen „Grünen Kulturpass“ entwickeln, der Kultureinrichtungen einen Leitfaden für nachhaltigeres Wirtschaften an die Hand gibt. Künftig soll jede Kultureinrichtung des Landes ein Nachhaltigkeitskonzept zu Klima- und Umweltschutz sowie zu sozialen Strukturen erarbeiten. Dazu unterstützen wir die Landeskulturverbände bei der Einrichtung von Nachhaltigkeitsmanager*innen.

Für Bau- und Gartendenkmäler wollen wir ein Konzept zur Anpassung an die Anforderungen des Klimawandels entwickeln und umsetzen.

Historische Verantwortung und Erinnerungskultur

Wir treten für eine lebendige Erinnerungskultur ein, denn nur eine Gesellschaft, die ihre Vergangenheit kennt und die richtigen Lehren zieht, kann in eine gemeinsame Zukunft schauen. Dazu gehört auch die Erinnerung an die Migrationsgeschichte in Hessen. Wir unterstützen weiterhin die Museen bei der Aufarbeitung der NS-Raubkunstbestände und der Sammlung aus kolonialen Kontexten. Dazu bauen wir die Provenienzforschung zu kolonialem Erbe weiter aus und schaffen rechtliche Rahmenbedingungen für Rückgabe und Repatriierung. Hochschulen, die sich an der Aufarbeitung der Sammlungen beteiligen wollen, werden wir dabei unterstützen. Wir richten eine Tandem-Forschungsprofessur für Koloniales Erbe in Hessen ein und fördern den Austausch mit den Herkunftsgesellschaften. Wir setzen uns dafür ein, dass die Erkenntnisse aus der Provenienzforschung Eingang in den Prozess der Dekolonisierung in den Ausstellungen oder in die historischen Einordnungen von Denkmälern finden.

Die Landeszentrale für politische Bildung wollen wir stärken und mit dem Landesinstitut für geschichtliche Landeskunde verzahnen, um ein attraktives Angebot zur hessischen Geschichte und zur politischen Bildung zu erreichen. Dazu gehören auch eigenständige Angebote für Menschen mit Migrationsgeschichte. Speziell im ehemaligen Grenzgebiet fördern wir Projekte, die sich mit der Aufarbeitung der DDR-Diktatur beschäftigen.

Wir setzen uns gegen Antisemitismus und für ein lebendiges Gedenken an die Shoah ein. Entsprechende innovative Konzepte wollen wir umsetzen. Gedenkstättenfahrten wollen wir stärken. Ebenso setzen wir uns gegen Antiziganismus ein und für ein aktives Erinnern an den Porajmos an den europäischen Sinti und Roma und wollen Initiativen wie die des Klangkörpers für die „Roma und Sinti Philharmoniker" mit dem Bund fördern.

Wir werden uns dafür starkmachen, dass bei den Vergaben für Veranstaltungen und Events stets weltoffene und demokratische Grundwerte als Grundlage dienen. Dafür wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ein rechtssicheres Vergabekonzept erarbeiten.

Unabhängige und vielfältige Medien für eine starke Demokratie

Eine vielfältige, unabhängige und starke Medienlandschaft ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Wir wollen die Medienvielfalt in Hessen erhalten und stärken. Wir treten für einen beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein, der frei von kommerziellen Interessen ein hochwertiges und vielfältiges Programmangebot erstellen kann. Wir unterstützen die Anstrengungen des Hessischen Rundfunks, mit dem Wandel der audiovisuellen Medien Schritt zu halten, dem Programmauftrag in allen Dimensionen Rechnung zu tragen, Verwaltungsstrukturen weiter zu verschlanken und seine Mitarbeiter*innen angemessen zu bezahlen. Der Rundfunkrat soll die Vielfalt der Gesellschaft noch besser abbilden. Die Politikferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wollen wir stärken. Die Beteiligung von Zuschauer*innen und Hörer*innen über Zuschauer*innen- und Hörer*innenorganisationen wollen wir fördern. Das Hessische Pressegesetz wollen wir auf Online-Publikationen anpassen. Wir geben der Idee des gemeinnützigen Journalismus Rückenwind, sodass Bürger*innenmedienvereine und Redaktionsnetzwerke ihre wichtige Arbeit leichter über Spenden finanzieren können. Wir wollen die begonnene Stärkung der Medienbildung und -kompetenz zu einer gemeinsamen Offensive der beteiligten Akteur*innen weiterentwickeln.

Die Filmkultur in Hessen wollen wir in ihrer Vielfalt weiter stärken. Die Filmförderung wollen wir ausbauen, um den Produktionsstandort attraktiver zu machen und die lebendige Festival- und Kinoszene zu unterstützen. Dafür setzen wir auf eine Förderung, die qualitätsorientiert, schnell und praxisnah arbeitet und ein besonderes Augenmerk auf den Nachwuchs legt. Projekte für mehr Nachhaltigkeit im Filmbereich, wie den „Preis für nachhaltiges Kino" oder „Grünes Drehen", wollen wir weiterentwickeln. Die Kinoinvestitionsförderung wollen wir verstetigen. Mit einer Neuausrichtung der Förderung der Kinos wollen wir die Vielfalt und den programmatischen Mut der Kinos stärken, insbesondere im ländlichen Raum. Dabei soll auch kulturelle Bildungsarbeit im Film eine größere Rolle spielen.

Kapitel 8 Gleichstellung – gleiche Rechte für Frauen, gleiche Rechte für alle

Wir GRÜNE verstehen uns als Teil der Frauen- und Queerbewegung, mit der wir gemeinsam viel erreicht haben. Doch die Gleichberechtigung der Geschlechter ist noch nicht erreicht, im Gegenteil: Wir erleben gefährliche Rollbacks, Angriffe auf Emanzipationspolitik oder Genderforschung. Noch immer beeinflusst das Geschlecht die Chancen, die ein Mensch im Leben hat. Geschlechtsspezifische Unterschiede in Lohn, Rente und Care-Arbeit sind immer noch harte Lebensrealität. Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als Männer, noch immer dominieren klassische Rollenzuschreibungen. Und vor allem Frauen und Mädchen erleben häusliche oder sexualisierte Gewalt. Und auch wenn seit dem wegweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2017 nun endlich die Existenz von mehr als zwei Geschlechtern rechtlich anerkannt und die dritte Option „divers" im Personenstandsregister möglich ist, ist die Lebensrealität für queere Menschen leider oft noch meilenweit davon entfernt. Auch zu einer echten Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es noch ein weiter Weg. Wir begreifen Gleichstellungspolitik intersektional, denn oft überschneiden sich Diskriminierung und Benachteiligungen wie beispielsweise Armut, Behinderung, sozialer Status, Migrationsgeschichte oder sexuelle Orientierung mit Diskriminierung und Benachteiligung aufgrund des Geschlechts. Selbstbestimmung und Sicherheit, Freiheit und Vielfalt, Gerechtigkeit und die Gleichstellung der Geschlechter sind für uns eine Querschnittsaufgabe: von der Bildung und Berufswahl bis zur Stadtplanung und zum Wohnen bis ins hohe Alter. Eine geschlechtergerechte Perspektive, die als queerfeministische Politik alle Geschlechter in den Blick nimmt, schafft wirtschaftliche Chancen, stabilisiert unsere Gesellschaft und stärkt unsere Demokratie.

Wir haben schon einiges erreicht. Wir haben das Hessische Kommunalwahlgesetz um den Appell an die Parteien erweitert, bei der Aufstellung der Listen Männer und Frauen zu gleichen Teilen zu berücksichtigen. Wir selbst leben diesen Anspruch schon lange und auch in der aktuellen Wahlperiode: Von 29 GRÜNEN Landtagsabgeordneten sind 15 weiblich – und 2 von 4 GRÜN geführten Ministerien leiten Frauen. Mit der Überarbeitung des Gleichberechtigungsgesetzes haben wir die Frauen- und Gleichstellungsbüros gestärkt und die Vernetzung der Frauenbeauftragten im Ministerium angesiedelt. Der 2022 neu aufgelegte hessische Lohnatlas ist eine wichtige Grundlage, um die Entgeltlücken transparent zu machen und zu schließen.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Wir wollen für unser Land den nächsten Schritt gehen.

Die Hälfte der Macht gehört Frauen

Frauen sind nach wie vor in vielen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem in Politik, Wirtschaft und Kultur, unterrepräsentiert. Dies wollen wir ändern, indem wir strukturelle Benachteiligungen beseitigen, geschlechtsspezifische Barrieren abbauen und Frauen ermöglichen, sich einzubringen.

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz wollen wir daher evaluieren und weiterentwickeln. Wir unterstützen eine konsequente Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände. In allen landeseigenen Gesellschaften wollen wir mit 50 Prozent Frauenanteil in Gremien vorbildlich vorangehen und Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit fördern sowie die Ausweitung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes prüfen. Wir fördern Führung in Teilzeit. Frauen- und Gleichstellungsbüros wollen wir nachhaltig bedarfsgerecht stärken, eine Landeskoordinierungsstelle für Gleichstellung einrichten und eine Gleichstellungskonferenz ins Leben rufen. Die kommunale Frauenarbeit wollen wir stärken, indem wir in der Hessischen Gemeindeordnung einheitliche Bedingungen für Frauenbeauftragte definieren, ihre Rolle stärken und die Vernetzung aller Frauenbeauftragten voranbringen. In Melde- und Beratungsstellen im öffentlichen Dienst wollen wir intersektionale Wirkungen stärker fokussieren. Feministische Bildungsarbeit halten wir in den Bildungsplänen verankert und entwickeln sie weiter.

Die geschlechtergerechte Bezahlung wollen wir vorantreiben und dazu beitragen, die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen. Der Hessische Lohnatlas ist bundesweit einmalig; wir wollen ihn fortführen und den Dialog mit den Sozialpartnern über seine Ergebnisse führen. Damit die Beschäftigungssituation der meisten Frauen besser abgebildet wird, soll er künftig auch die Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse spezifischer erfassen. Wir fördern sowohl die Berufstätigkeit als auch die Selbstständigkeit von Frauen und setzen Anreize für eine gleichberechtigte Aufteilung der Familien- und Fürsorgearbeit. Dem Gender-Care-Gap begegnen wir beispielsweise mit der Förderung einer lebensphasenorientierten Arbeitszeitgestaltung und anderen Modellprojekten sowie einer landesweiten Aufklärungskampagne. Und wir bauen in Hessen weiterhin die Kinderbetreuung aus, insbesondere in den Randzeiten und am Wochenende.

Alleinerziehende, zu 90 Prozent Frauen, müssen große Herausforderungen bewältigen. Deshalb unterstützen wir sie mit Beratungsstrukturen und erleichtern den Zugang zu Hilfsangeboten und Leistungen. Gerade hier wirkt die von der Bundesregierung geplante Kindergrundsicherung, die wir unterstützen. Durch bedarfsgerechte öffentliche Kinderbildungs- und Betreuungsstrukturen ermöglichen wir Alleinerziehenden in vollem Umfang und entsprechend ihrer Qualifikationen zu arbeiten, beruflich aufzusteigen und die wirtschaftliche Lage für sich und ihre Kinder zu verbessern.

Wir wollen den Anteil der Gründerinnen weiterhin erhöhen sowie ihre Beratung, Begleitung und ihren Zugang zu Informationen und Kapital fördern. Die Zusammenarbeit mit Einrichtungen zur Förderung von Frauen vor der Gründung wie JUMP wollen wir stärken. Wir unterstützen Anstrengungen auf Bundesebene, dass Mutterschutz auch für beruflich Selbstständige geregelt wird. Wir stärken die Professor*innenprogramme an Hochschulen und stärken die Anreizfaktoren im Hochschulpakt, damit wir den Anteil von Professorinnen von 28 auf 50 Prozent steigern.

Wir wollen mehr Frauen in den Parlamenten. In Hessen beträgt der Anteil der Frauen im Parlament 34,3 Prozent bei 50,6 Prozent weiblichem Bevölkerungsanteil. Es liegt in politischer Verantwortung, Frauen in Hessen die angemessene Repräsentanz und Einfluss auf politische Entscheidungen zuzusichern. Wir unterstützen die Bundesregierung in ihren Anstrengungen, die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Ziel einer paritätischen Repräsentanz von Frauen und Männern im Parlament durch eine Kommission zu erörtern und entsprechende Schritte der Umsetzung zu erreichen. Die Ergebnisse wollen wir für Landesparlament und Kommunen für Gremien und Spitzenämter auswerten.

Gleichberechtigung betrifft auch die moderne Arbeitswelt. Wir wollen den Anteil von Frauen im MINT-Bereich erhöhen und setzen bei Mädchen und jungen Frauen an, sie gezielt für Berufe in der Technik, den Naturwissenschaften und der IT zu begeistern. Damit das gelingt, müssen wir entsprechende Angebote an unseren Schulen und Hochschulen weiter ausbauen. Auch die Handwerks-, Industrie- und Handelskammern sowie Arbeitgeber*innenverbände als Akteur*innen des dualen Ausbildungssystems wollen wir als Partner*innen für eine gezielte Ansprache junger Frauen und Mädchen für sogenannte „Männerberufe“ gewinnen. Wir unterstützen Geschlechterforschung in technischen Wissenschaften, um eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Technikentwicklung zu ermöglichen. Dies sehen wir insbesondere vor dem Hintergrund des Gender-Data-Gaps und Digital-Gender-Gaps. Sichtbarkeit, Einfluss und finanzielle Situation von Frauen in Kunst und Kultur wollen wir durch gezielte Maßnahmen weiter verbessern. Zugleich setzen wir uns für eine Aufwertung der Care-Berufe ein und entwickeln mit den Akteur*innen im Erziehungs- und Pflegebereich geeignete Maßnahmen, um Jungen und junge Männer gezielt für die klassischen „Frauenberufe“ in Erziehung und Pflege zu gewinnen.

Politische Entscheidungen treffen wir unter dem Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit, auch bekannt als Gender-Mainstreaming. Darüber hinaus setzen wir auf einen geschlechtergerechten Haushalt unter dem Einsatz von Gender-Budgeting.

Gewalt gegen Frauen entschlossen bekämpfen

Gewalt gegen Frauen ist strukturell. Frauen und Kinder sind besonders oft Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt. Wir setzen die Istanbul-Konvention konsequent und wissenschaftlich begleitet um. Gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen stellen wir eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der Schutzeinrichtungen, Frauennotrufe sowie Beratungs- und Interventionsstellen sicher. Frauennotrufe und Fachberatungsstellen wollen wir finanziell stärken, um neben der Beratung auch die Präventions-, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu ermöglichen.

Wir werden das Gewaltschutzsystem in Hessen flächendeckend und bedarfsgerecht ausbauen. Barrieren zum Zugang zu Schutzunterkünften und medizinischer Versorgung wie etwa Flüchtlingsstatus, Residenzpflicht oder fehlenden Sozialleistungsanspruch wollen wir konsequent abbauen. Beim Thema geschlechtsspezifische Gewalt denken wir stets Mädchen und junge Frauen mit und halten entsprechend altersgerechte Angebote vor. Die Anzahl der Plätze in hessischen Frauenhäusern wollen wir den Empfehlungen der Istanbul-Konvention folgend ausbauen. Wir richten ein Sofortprogramm für 300 zusätzliche Familienplätze in Schutzunterkünften und Übergangswohnungen ein. Wir unterstützen Initiativen, die den Zugang zu Wohnunterkünften nach den Schutzunterkünften erleichtern. Darunter sollen sich spezialisierte Angebote für junge Frauen, Migrantinnen, queere und gewaltbetroffene Männer befinden. Der effektive Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt und Stalking bedarf eines strukturierten, professionsübergreifenden Risikomanagements. Dafür wollen wir Fallkonferenzen etablieren, die Polizei, Ämter, Staatsanwaltschaft, Interventionsstellen und Täterarbeit zusammenbringen, um ein koordiniertes Vorgehen zu sichern.

Femizide und Femizidversuche müssen als solche benannt und in der Kriminalstatistik entsprechend aufgeführt werden. Diese soll mit einer Femizidstudie in Hessen begleitet werden, deren Analyse fortwährende Maßnahmen zur Prävention bieten soll. Wir evaluieren den Landesaktionsplan häusliche Gewalt und stärken die Präventions- und Täterarbeit. Außerdem stärken wir das 2-Regionen-Modell „Hessen gegen Ehrgewalt“. Wir werden weiterhin für die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sensibilisieren sowie Frauenrechte und Gleichberechtigung im Bewusstsein verankern. Wir stärken die Präventionsarbeit gegen Frauen-, Homo- und Transfeindlichkeit. Die Aktionspläne der Landesregierung entwickeln wir diesbezüglich weiter. Die Gleichberechtigung von Frauen wird in allen Bildungsplänen für alle Altersstufen implementiert; geschlechtsspezifische Präventionsangebote für unterschiedliche Altersstufen zum Thema sexualisierte Gewalt und gewaltfreie Konfliktlösung werden wir ausbauen.

Wir wollen eine effektive Strafverfolgung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie die flächendeckende Versorgung mit Soforthilfe nach Vergewaltigung sicherstellen. Dazu sichern wir hessenweit einen niedrigschwelligen Zugang zu medizinischer Akutversorgung und vertraulicher, anzeigeunabhängiger Beweissicherung für alle Betroffenen. Wir werden uns als GRÜNE auf allen politischen Ebenen gemeinsam dafür einsetzen, dass der Vergewaltigungsparagraf (§ 177) auf Bundesebene reformiert wird, um Verurteilungen von Sexualstraftätern zu erleichtern und die Betroffenen besser zu schützen.

Für Berufsgruppen, die mit Opfern arbeiten, werden wir regelmäßige landesweite Fortbildungsmaßnahmen schaffen. Täterberatung, die die Sicherheit der betroffenen Frauen und Kinder zum Ziel hat, sowie Programme zur nachhaltigen Veränderung von durch Gewalt geprägten Verhaltensmustern werden wir flächendeckend fördern. Für Aufnahmeeinrichtungen des Landes Hessen und für kommunale Unterkünfte für Geflüchtete werden wir das Personal zu Gewaltschutzkonzepten schulen und sensibilisieren.

Wir setzen uns gegen Menschenhandel und für mehr Schutz vor Armuts- und Zwangsprostitution ein. Wir fördern weiterhin Projekte und Organisationen, die sich in der Prävention und Intervention bei weiblicher Genitalverstümmelung engagieren. Wir lassen Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, nicht allein und sichern ihnen Beratung, Gesundheitsversorgung, Sprach-, Integrations- sowie Weiterbildungskurse zu. Betroffene brauchen einen niedrigschwelligen kostenfreien Zugang zu Gesundheitschecks und weiteren Programmen, die sie gezielt bei der Suche nach Unterkunft, Verpflegung und Arbeit außerhalb der Prostitution unterstützen.

Frauengesundheit fördern

Jedes Geschlecht weist gesundheitliche Besonderheiten auf. So gibt es spezifische Erkrankungen, die nur Frauen oder nur Männer betreffen oder geschlechtsspezifisch gehäuft auftreten. Unterschiede gibt es auch in der Wirksamkeit von Medikamenten sowie bei geschlechtsspezifischen Lebensphasen wie z. B. Schwangerschaft und Wechseljahren. Trans- und intergeschlechtliche Personen haben ebenfalls spezifische Bedarfe. Diese Besonderheiten sind in der Gesundheitsversorgung, Prävention und der medizinischen Forschung oft zu wenig präsent. Dies wollen wir ändern.

Wir fördern flächendeckend Frauengesundheitszentren und gezielte Angebote zur Erhaltung der körperlichen und mentalen Gesundheit wie Mutter-Kind-Kuren durch den Ausbau von Gesundheitskoordinationsstellen in den Kommunen. In der Gesundheitsforschung wollen wir daher die Gesundheit von Frauen und unterrepräsentierten Geschlechtsidentitäten stärker in den Blick nehmen und in Hessen eine intersektional feministische Gesundheitsforschung verankern. Dazu gehört die Sensibilisierung, Gesundheitsdaten differenziert zu erheben, und die gezielte Erfassung im Gesundheitsmonitoring. Wir wollen eine Forschungsstelle für Gendermedizin in Zusammenarbeit mit den drei medizinführenden Hochschulen ins Leben rufen. Damit sollen Gendermedizin und Intergeschlechtlichkeit auch in der Lehre und im Fokus der Pharmazie verankert werden.

Die Versorgung von schwangeren Frauen wollen wir stärken. Wir werden die Maßnahmen des „Runden Tisches Geburtshilfe in Hessen“ umsetzen, evaluieren und weiterentwickeln und damit die Versorgung von werdenden Eltern durch Hebammen vor, während und nach der Geburt verbessern. Wir setzen uns für eine gewaltfreie Geburt, eine entsprechende Sensibilisierung und Hilfsangebote für Betroffene bzw. Traumatisierte ein.

Jede Frau soll sich wohnortnah über die anerkannten Methoden eines Schwangerschaftsabbruches informieren können und ihn mit der von ihr frei gewählten Methode vornehmen lassen können. Der Zugang zur ergebnisoffenen Beratung muss ohne Beeinflussung und Belästigung anonym sichergestellt sein. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine rechtssichere Regelung ein, die Gehsteigbelästigung verhindert. Wir wollen neben einer vollfinanzierten Schwangerschaftskonfliktberatung auch ein Versorgungsnetz mit Kliniken und Arztpraxen aufbauen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, und somit ein flächendeckendes Angebot sicherstellen. Wir unterstützen die Anstrengungen auf Bundesebene, die die Selbstbestimmungsrechte der Schwangeren stärken und die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen beenden sollen. Die Ergebnisse der hierzu einberufenen Kommission, um diese Ziele in den notwendigen Einklang mit den verfassungsrechtlichen und ethischen Aspekten im Hinblick auf den Lebensschutz des ungeborenen Kindes zu bringen, werden wir hierfür auswerten.

Wir wollen in Schulen und öffentlichen Einrichtungen kostenlose Hygieneartikel in Form von Binden und Tampons sowie Informationen zu Anlaufstellen bei Schwangerschaftskonflikten, Gewalt und Seelsorge zur Verfügung stellen. Wir unterstützen Initiativen, die die Kostenübernahme verschreibungspflichtiger Verhütungsmittel für Frauen mit geringem Einkommen ermöglichen.

Kapitel 9 Digitales Hessen – sicher, gerecht und grün

Wie bisher nur wenige Entwicklungen in unserer Geschichte verändert die Digitalisierung alle Bereiche unseres Lebens. Gerade die Coronapandemie hat uns dabei aufgezeigt, was wir schon erreicht haben und wo wir noch besser werden können. So hat die schnelle Umstellung auf Online-Lernen und -Arbeiten deutlich gemacht, dass wir in Hessen den Glasfaserausbau noch stärker und schneller vorantreiben müssen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stellt Fragen der Energie- und Cybersicherheit neu. Besonders für energieintensive digitale Unternehmen wie Rechenzentren wird konsequentes Energiesparen noch wichtiger.

Aus all diesen Erfahrungen wollen wir lernen und die richtigen Antworten geben. Digitalisierung und Digitalität ist für uns GRÜNE jedoch weder Selbstzweck noch Allheilmittel, sondern ein unverzichtbares Instrument für die soziale, ökologische und nachhaltige Veränderung unserer Gesellschaft. Die Chancen technischer Innovationen wollen wir GRÜNE so nutzen, dass alle Menschen vom Innovationsmotor Digitalisierung profitieren können. Zugleich braucht die Digitalisierung einen belastbaren und handlungsfähigen Rechtsrahmen, für den wir uns energisch einsetzen. Eine lebendige Demokratie im digitalen Zeitalter braucht zudem zu jeder Zeit eine kritische, aber konstruktive Auseinandersetzung mit der Digitalisierung und ihren positiven wie negativen Auswirkungen.

Wir haben schon einiges erreicht. Für schnelles Internet und Mobilfunk haben wir rund 50 Millionen Euro in den Mobilfunkpakt investiert, beim Breitbandausbau den Schwerpunkt auf Gewerbegebiete, Schulen, Verwaltungs- und Gesundheitseinrichtungen gesetzt. Ende 2022 hatten 85 Prozent der Schulen Glasfaseranschluss. Das in 2022 eingeführte Open-Data-Gesetz öffnet den Datenschatz des Landes für Interessierte und Verwaltungen. Gemeinsam mit 13 hessischen Hochschulen haben wir das Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz hessian.AI gegründet. Und mit dem Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung (ZEVEDI) haben wir ein interdisziplinäres Netzwerk geschaffen, das die Fragestellungen des digitalen Wandels in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenführen und stärken soll.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Wir wollen für unser Land den nächsten Schritt gehen.

Digitalisierung, die allen dient

Wir wollen, dass digitale Teilhabe nicht vom Geldbeutel oder Wohnort abhängt. Dazu wollen wir den Auf- und Ausbau der digitalen Infrastruktur in Hessen forcieren. Mit der Gigabitstrategie haben wir einen klaren Fahrplan, den wir konsequent weiterverfolgen werden. Neue technische Entwicklungen wie der kommende 6G-Standard im Mobilfunk oder neue Verlegemöglichkeiten für eine Beschleunigung des Glasfaserausbaus haben wir im Blick und wollen deren Umsetzung wo immer möglich unterstützen. Wir sehen den Ausbau leistungsfähigen Breitbandinternets und eines gut ausgebauten Mobilfunknetzes auch in den ländlichen Gebieten als einen Beitrag zur Daseinsvorsorge und werden intensiv daran arbeiten, die Infrastruktur weiter zu verbessern.

Wir setzen uns ein für eine digitale Welt, die niemanden ausschließt. Alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder finanziellen Mitteln, sollen teilhaben und den digitalen Wandel mitgestalten können. Die Teilhabe von Frauen in der Digitalbranche und mehr Diversität in der Technikgestaltung wollen wir deshalb weiter fördern. Insbesondere für ältere Menschen müssen Informations- und Unterstützungsangebote ausgebaut werden.

Wir GRÜNE wollen das Handeln von Kriminellen mit illegalen Waren und Dienstleistungen bekämpfen und gleichzeitig die Privatsphäre durch Anonymität für legale Internetnutzung wahren. Fake News, Hass und Hetze treten wir auch im Internet entschieden entgegen. Alle sollen sich im digitalen Raum sicher und datensouverän bewegen können. Wir streben daher höchste Standards beim Datenschutz und in der IT-Sicherheit an. Den Jugend-

schutz im Digitalen verbessern wir im Einklang mit diesen Standards. Wir stärken die Präsenz des Landes Hessen in unabhängigen, dezentralen (sozialen) Netzwerken.

Eine digitale Gesellschaft braucht digitale Kompetenzen. Wir wollen daher eine Offensive für Medienkompetenz starten, die Medienbildung in verschiedenen Bildungsträgern für Zielgruppen jeden Alters möglichst kostengünstig verfügbar macht. Wir unterstützen kritische, ethische Auseinandersetzung mit den Kosten und Nutzen von Digitalisierung und fördern die Forschung hierzu.

Ein wesentlicher Aspekt der Digitalisierung ist die freie Verfügbarkeit von Wissen. Hier wollen wir eine Kultur der Offenheit und Wiederverwendbarkeit befördern („Open Access", „Open Data", „creative commons"). Wir stehen hinter dem Grundsatz „public money, public code" und werden dies bei den landeseigenen Institutionen befördern. Dabei soll bei allen Chancen, welche Open Access bieten kann, das Urheberrecht gewahrt bleiben. Projekte an hessischen Hochschulen, die selbstverwaltete Open-Access-Zeitschriften aufbauen wollen, werden wir unterstützen. Mögliche Kooperationen mit innovativen Unternehmen und Start-ups begrüßen wir.

Hessens analoge Kulturschätze, wie z. B. Kunstwerke, Denkmäler oder Archivgut, wollen wir so konsequent, zügig und umfassend digitalisieren und online gemeinfrei für alle Interessierten zugänglich machen. Dadurch eröffnen wir auch einer interdisziplinären Forschungsöffentlichkeit neue Möglichkeiten. Zugleich wollen wir den reichen Schatz unseres Landes so aufbereiten und kontextualisieren, dass er online erleb- und erfahrbar wird.

Bürgerfreundliche und moderne Verwaltung mit Digitalisierung gestalten

Eine gute Politik braucht eine gute Verwaltung zur Umsetzung. Wir können dabei in Hessen insgesamt auf stabile und gewachsene Verwaltungsstrukturen zurückgreifen. Dennoch müssen wir die Verwaltung auf Landesebene modernisieren und bürger*innenfreundlicher gestalten. Bei der Ausgestaltung neuer Gesetze wird die digitale Umsetzung und Zentrierung auf die Bedarfe der Bürger*innen, Unternehmen und Institutionen mitgedacht. Wir GRÜNE streben eine barrierefreie, digitale Verwaltung an, die den Alltag von Bürger*innen, Beschäftigten und Unternehmen erleichtert. Benutzerfreundliche und intuitive Bedienungsoberflächen vereinfachen den Zugang zu digitalen Dienstleistungen und erhöhen deren Akzeptanz. Auch wenn hier in den vergangenen Jahren mit der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes bereits große Fortschritte für die digitale Verwaltung gemacht wurden, bleibt einiges zu tun. Durch eine zentral koordinierte Steuerung soll die Verwaltung spürbar schneller, effizienter, transparenter und datengestützt arbeiten können. Dafür wollen wir die Verwaltung in die Lage versetzen, ihre internen Prozesse besser zu digitalisieren, einheitliche Schnittstellen zu schaffen und Medienbrüche zu vermeiden. Verwaltungsprozesse wollen wir systematisch auf eine Vereinfachung und digitale Anwendbarkeit hin überprüfen und eventuelle Rechtsanpassungen vornehmen, damit der öffentliche Dienst ein attraktiver und moderner Arbeitgeber bleibt. Bei der Digitalisierung der Verwaltung sind die Nutzerzentrierung und Anwenderfreundlichkeit stärker mit einzubeziehen. Die Bedürfnisse behinderter und älterer Menschen sind dabei besonders zu beachten.

Die Verwaltungen in Hessen stehen mit der Digitalisierung und dem Generationenwechsel vor enormen Veränderungen. Diese Veränderungen wollen wir mit den Beschäftigten gestalten. Dazu gehören gute und klare Kommunikation mit den Beteiligten, Ausbildung und Mitwirkungsmöglichkeiten. Deshalb werden wir den eGov-Campus weiterentwickeln, der die Mitarbeitenden in der Verwaltung weiterbildet, und auf eine barrierefreie und benutzerfreundliche Ausgestaltung der digitalen Angebote und Arbeitsmittel achten. Mit der kommunalen Familie wollen wir einen „Pakt für die Verwaltung" schließen, um insbesondere kleinere Kommunen bei der Verbesserung der digitalen Verwaltungsinfrastruktur zu unterstützen. Wo sich für kommunale Bürgerservices landeseinheitliche Lösungen finden lassen, wollen wir diese unterstützen. Weiterhin möchten wir die Vernetzung zwischen den Kommunen stärken, um Best-Practice-Lösungen zu teilen und die Innovationskraft der Kommunen zu erhöhen.

Wir arbeiten daran, dass Hessen seine Abhängigkeit von einzelnen Anbietern, Plattformen oder Endgeräten reduziert. Wo möglich, soll Open-Source-Software zum Einsatz kommen. Quelloffene Lösungen im Software- und Serverbereich sollen möglichst nachgenutzt und die entsprechende Verwendung Teil der Beschaffung und Ver-

gaberichtlinien werden. Wir wollen die Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie vorantreiben und dabei auch die Sicherheitsbildung und -sensibilisierung in den Fokus rücken.

Digitale Transformation der Wirtschaft

Digitalisierung wird neue Wirtschaftsformen und neue Arten der Wirtschaftlichkeit hervorbringen. Die verschiedenen Transformationsprozesse und der daraus entstehende Fachkräftebedarf stellen auch die Wirtschaft vor große Herausforderungen, bergen aber für den Wirtschaftsstandort Hessen ebenfalls große Chancen. Zur langfristigen Gewinnung und Sicherung von Fachkräften gehören aus unserer Sicht Schulungen in den digitalen Schlüsselkompetenzen für Schüler*innen, Studierende und Auszubildende genauso wie gezielte und auf die Anforderung der Unternehmen zugeschnittene Weiterbildungsangebote für Arbeitnehmer*innen und Arbeitssuchende.

Wir wollen vor allem die Chancen der Transformation nutzen: Die Digitalisierung von Prozessen kann Energie und Ressourcen sparen, Arbeitsprozesse erleichtern und neue Geschäftsfelder eröffnen. Die Digitalisierung kann beispielsweise dazu beitragen, dass Prozesse energie- und ressourceneffizienter werden, und Arbeitsprozesse insgesamt erleichtern.

Datenaufbereitung und -nutzung werden Märkte, die wir gestalten wollen. Das von der Bundesregierung geförderte Dateninstitut soll dabei helfen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale von Daten besser auszuschöpfen, weil es das Datenökosystem koordiniert, Innovationen ermöglicht, evidenzbasiert berät und damit auch eine sozialökologische Transformation unterstützt. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Institut in Hessen bestmöglich mit den kooperierenden Einrichtungen vernetzt arbeiten kann und bestmöglich seinen Standort in Hessen erhält.

Wir wollen insbesondere junge, digitale und ökologisch nachhaltige Geschäftsideen in Wachstumsbranchen unterstützen, ihre innovativen Angebote zu präsentieren und zu vermarkten. Erfolgreiche Programme wie den DIGI-Zuschuss in der Förderung von Handwerksbetrieben sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) wollen wir passgenau weiterentwickeln. Das Förderprogramm Distr@l wollen wir evaluieren und an die sich schnell wandelnde Förderumgebung anpassen, damit es Lücken ausfüllt. Die Nachnutzung von digitalen Produkten, Software, Gutachten und wissenschaftlichen Ergebnissen im Auftrag der öffentlichen Hand wollen wir stärker über freie und offene Standards und Lizenzen ermöglichen. Mit einem weiteren Förderprogramm wollen wir die IT-Sicherheit in KMU, Handwerksunternehmen und Kommunen fördern.

Die Förderung der Games-Branche wollen wir in der Breite ausbauen und im engen Austausch mit Entwickler*innen, Interessenverbänden und erfolgreich geführten Studios weiterentwickeln. Wir werden uns insbesondere dafür einsetzen, dass der Raum für Games-Entwicklung in Hessen wertschätzende sowie diskriminierungsfreie Inhalte und Strukturen fördert, um alle Perspektiven im Gaming zu integrieren – in einem Markt, der weltweit Milliarden Menschen begeistert.

Digitale Infrastruktur klug einsetzen

Weil die Bedeutung digitaler Infrastruktur und Wirtschaft im ganzen Land weiter steigt, ergänzen wir den Landesentwicklungsplan durch eine regionale Digitalplanung. Neben der Digitalstadt Darmstadt wollen wir auch im ländlichen Raum eine digitale Musterregion unterstützen, in der Kommunen, Landkreise, lokale Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Initiativen beispielhaft für andere gemeinsam ihre Region digital ertüchtigen. Wichtig ist uns dabei eine wissenschaftliche Begleitung von Anfang an.

Uns GRÜNEN ist bewusst, dass die Digitalisierung weitere Rechenzentren erfordert, aber sie müssen energieeffizient, regional ausgewogen, verträglich für Menschen und Umwelt sein und dort angesiedelt werden, wo ihre Abwärme weitgehend genutzt werden kann. In Hessen liegt der größte Internetknoten Europas. Ein unregulierter Bau von Rechenzentren und ihr enormer Energiebedarf gefährden Hessens Klimaziele. Wir setzen uns dafür ein, dass

die Ansiedlung von Rechenzentren Aufgabe einer transparenten Regionalplanung ist, der ein detailliertes Kataster aller Rechenzentren, Wärmequellen und -senken zugrunde liegt und bei der Energieeffizienz, Abwärmenutzung, Wassersparsamkeit und die Nutzung erneuerbarer Energien gestärkt werden. Wir unterstützen innovative Ansätze zur Erhöhung der Energieeffizienz wie den Einsatz von flüssigkeitsgekühlten Servern in Rechenzentren und fördern ihre Einbindung ins Nah- und Fernwärmenetz. Studien und Forschung hierzu fördern wir weiterhin. Unser Ziel ist, dass mindestens 30 Prozent der Abwärme aus Rechenzentren genutzt werden.

Das schon gegründete Rechenzentrumsbüro werden wir daher in seiner Expertise stärken, mit der Landesenergieagentur vernetzen und zum Ansprechpartner für alle Beteiligten inklusive Kommunen ausbauen. Durch städtebauliche Verträge kann ein hoher Stand von Nachhaltigkeit bei der Ansiedlung von Rechenzentren erreicht werden. Um die digitale Infrastruktur von morgen möglichst ressourcenschonend aufzusetzen, soll zudem Green IT das Leitbild für die Beschaffung und Planung von Land und Kommunen werden. Die Zukunft der Digitalisierung in Hessen muss klimaneutral, energieeffizient, regional ausgewogen und verträglich für Mensch und Umwelt sein. Dieses Leitbild soll auch in den Beschaffungs- und Vergabekriterien des Landes aufgehen.

Risiken der Digitalisierung reduzieren

Angesichts von zunehmenden Cyberangriffen auf öffentliche und private Einrichtungen auch in Hessen wollen wir die Cybersicherheit durch verstärkte Fortbildungen der zuständigen Fachkräfte und Förderung der hessischen Einrichtungen für Cybersicherheit stärken. Die Umsetzung soll unabhängig und ressortübergreifend erfolgen. Durch die Etablierung des Forschungszentrums ATHENE haben wir den Weg begonnen, Hessen zu einem Hub der digitalen Sicherheit zu machen und gezielt Wissen zur Bekämpfung und Verhinderung von Cyberattacken auf kritische Infrastruktur aufzubauen.

Gerade auf den großen kommerziellen digitalen Plattformen entscheiden oft Algorithmen darüber, welche Inhalte und Services dem Nutzer angeboten werden. Verständnis dieser Strukturen ist daher von entscheidender Bedeutung, um Digitalisierung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz ethisch und am Menschen orientiert zu gestalten. Dazu brauchen wir Forschung an staatlichen Institutionen wie Hochschulen und außeruniversitären Forschungszentren und öffentlich zugängliche Ergebnisse. Hessen hat bereits eine Strategie für Künstliche Intelligenz auf den Weg gebracht und verfügt mit hessian.AI über ein herausragendes Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, das wir ebenso stärken wollen wie das Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung. Diesen Weg wollen wir zusammen mit den Hochschulen weiter beschreiten und die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, damit Hessen an der Spitze der Länder im Bereich Künstliche Intelligenz forscht.

Kapitel 10 Bürgerrechte wahren, unsere Demokratie verteidigen, Gemeinschaft stärken durch eine verantwortliche Innenpolitik

Eine starke Demokratie braucht eine aktive, engagierte Zivilgesellschaft, eine bürgernahe, leistungsfähige öffentliche Verwaltung sowie Sicherheitsbehörden, die die Rechte aller hier lebenden Menschen schützen. Freiheit braucht Sicherheit, um sich entfalten zu können. Gleichzeitig finden für uns die Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz dort ihre Grenze, wo Freiheitsrechte zu sehr eingeschränkt werden. Unsere Sicherheitsbehörden sind auf das Vertrauen der Bürger*innen angewiesen. Dieses Vertrauen rechtfertigen die Polizist*innen, die jeden Tag einen anstrengenden, engagierten und unverzichtbaren Dienst für unser Gemeinwesen leisten. Es gibt aber auch Fehlentwicklungen und strukturelle Probleme. Diese zu benennen und an ihnen zu arbeiten, ist eine Stärke und keine Schwäche. Es ist auch die Voraussetzung, um Vertrauen zurückzugewinnen, das in Teilen der Bevölkerung insbesondere im Zuge des rechten Terrors des NSU und der rassistischen Anschläge von Hanau verloren gegangen ist.

Wir wollen eine lebhafte und wehrhafte Demokratie fördern, die Ehrenamt und Engagement wertschätzt und unterstützt. Wir stehen für eine moderne öffentliche Verwaltung. Und wir wollen starke Kommunen, die vor Ort für die Daseinsvorsorge aller Einwohner*innen sorgen können.

Wir haben schon einiges erreicht. Wir haben massiv in die personelle und sächliche Ausstattung der Polizei investiert. Hessen ist unter den drei Bundesländern mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung. Mit dem Gesetz zum hessischen Bürger- und Polizeibeauftragten haben wir eine unabhängige Instanz auf den Weg gebracht, die bei Beschwerden über das Verhalten der Polizei vermitteln, Bürgeranliegen unbürokratisch bearbeiten kann und die in der neuen Legislaturperiode besetzt wird. In Reaktion auf die Skandale bei der Polizei wurde eine Expertenkommission eingesetzt, mit deren Empfehlungen ein wirklicher Neuanfang bei der Polizei eingeleitet werden soll. Der Kampf gegen Rechtsextremismus hat bei Polizei und Verfassungsschutz einen neuen Stellenwert bekommen. Das hessische Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" gehört zu den bestausgestatteten in ganz Deutschland. Mit dem Hessischen Versammlungsfreiheitsgesetz haben wir das Demonstrationsrecht gestärkt. Das Lobbyregister im Hessischen Landtag erhöht die Transparenz. Die Landesverwaltung haben wir durch zusätzliche Stellen, moderne, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und positive hessische Besonderheiten bei der Tarifgestaltung wie beispielsweise das Landesticket gestärkt.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt.

Bürgerrechte stärken

Der Schutz und die Stärkung von Bürgerrechten müssen immer fester Bestandteil einer verantwortlichen Sicherheitspolitik sein. Freiheitsrechte und Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung stehen in einem Spannungsverhältnis. Wer sie leichtfertig gegeneinander ausspielt, wird Freiheiten verlieren, aber keine Sicherheit gewinnen. Repressionsarme Konzepte, wie z. B. städtebauliche Kriminalprävention, sollen immer Vorrang vor Überwachungsmaßnahmen haben. Flächendeckende Videoüberwachung oder akustische Überwachung des öffentlichen Raums darf es nicht geben. Dies gilt insbesondere auch für die intelligente Videoüberwachung. Ihr Einsatz ist auf die gezielte Identifikation von Straftätern oder Straftaten zu beschränken, muss die Rechte unbeteiligter Dritter wahren und kann die Bewertung einer Situation durch die Polizei nicht ersetzen. Immer neue Gesetze schaffen eben nicht immer mehr Sicherheit. Daher wollen wir einen Wirksamkeits-Check im Sicher-

heitsbereich als Standardinstrument etablieren, der bei bestehenden und neuen Maßnahmen, die Bürgerrechte einschränken, Anwendung findet. Generell gilt für uns für Maßnahmen, die in Bürgerechte eingreifen: je stärker der Eingriff, umso höher müssen die gesetzlichen Hürden sein, beispielsweise durch die Notwendigkeit eines vorherigen richterlichen Beschlusses. Diese Anforderungen erfüllen die derzeitigen Pläne auf europäischer Ebene zur sogenannten Chatkontrolle nicht. Dennoch können und müssen Straftaten im Internet konsequent verfolgt werden. Hierzu werden wir eng mit Expert*innen zusammenarbeiten, um im digitalen Raum gezielt Kriminalität auf dem neusten Stand der Technik zu bekämpfen, ohne Bürger*innenrechte unverhältnismäßig einzuschränken. Wir setzen uns für den aktiven Schutz von Whistleblower*innen und Hinweisgeber*innen ein.

Extremismus bekämpfen, Antifaschismus leben

Der Verfassungsschutzbericht benennt klar, dass die größte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung von rechts kommt. Wir stellen uns als GRÜNE rechtsextremem Gedankengut entschieden entgegen, unterstützen Zivilgesellschaft, die sich für Demokratie einsetzt, und wir befähigen die Sicherheitsbehörden, Rechtsextremismus zu bekämpfen, rechtsextremistische Netzwerke und Strukturen bis hin zu terroristischen Bedrohungen schneller zu erkennen und zu handeln. Dies gilt ebenso für andere Formen des Extremismus, die unsere Demokratie und unsere Freiheit infrage stellen. Wir haben einen Blick darauf, wie sich verschiedene Formen des Extremismus gegenseitig stärken, welche gemeinsamen Grundlagen wie Antifeminismus und Verschwörungsmythen sie speisen. Waffen gehören nicht in die Hände von Extremisten. Wir bringen im Bundesrat Initiativen zur Verschärfung des Waffenrechts voran und unterstützen Vorhaben der Bundesregierung in diese Richtung. Dazu gehört neben strengeren Regeln für den privaten Waffenbesitz auch eine umfangreichere Hintergrund- und Zuverlässigkeitsüberprüfung vor der Erteilung einer Waffenerlaubnis. In Hessen werden wir die Kontrollen bei Waffenbesitzer*innen ausbauen und das Vollzugsdefizit bei der Entziehung von Waffenbesitzkarten schließen. Die Bekämpfung von Extremismus beginnt mit Präventionsarbeit. Wir werden die Landesprogramme zur Extremismusprävention weiter ausbauen, die Präventionsarbeit in der Jugendarbeit und aufsuchenden Sozialarbeit stärken und die politische Bildung ausweiten.

Polizei in einer demokratischen Gesellschaft

Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für Polizist*innen. Sie leisten einen wichtigen Dienst für die Gesellschaft und sind gleichzeitig bei ihren Einsätzen Gefahren ausgesetzt. Um diese bewältigen zu können, muss die Ausstattung stimmen. Wir sorgen dafür, dass neue Stellen in der Polizei dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Die Ausstattung der Polizei muss auf dem Stand der Technik und notwendige Schutzausrüstung vorhanden sein. Wir setzen einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Polizeistationen und -streifen. Denn hier wird Polizeiarbeit für die allermeisten Bürger*innen direkt erfahrbar. Aber auch die Bekämpfung des Rechtsextremismus, des religiösen Extremismus und der organisierten Kriminalität und von Straftaten im Internet werden wir intensivieren. Bei der hierfür notwendigen Software setzen wir uns für eine bundesweite Harmonisierung der polizeilichen IT ein. Hessen darf keinen Sonderweg einschlagen. Zur Unterstützung der Polizeibeamt*innen wollen wir mehr Möglichkeiten zum Austausch, zur Reflexion und zur Supervision schaffen – insbesondere nach herausfordernden Einsätzen. Um Kleinkriminalität und Störungen der öffentlichen Ordnung, deren Ursache häufig soziale oder psychische Probleme sind, wirksamer zu behandeln, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sozialarbeit stärken.

Alle Menschen müssen der Polizei vertrauen können. Innere Sicherheit muss die Lebensrealitäten aller Menschen beachten. Zu häufig werden marginalisierte Perspektiven nicht berücksichtigt. Betroffene Personen fühlen sich deshalb nicht sicher. Wir setzen uns aus diesem Grund für eine Innenpolitik ein, die die vielfältigen Perspektiven stärkt, die Repräsentanz von marginalisierten Gruppen in der Polizei erhöht und Gewalttaten gegen Frauen, queere Menschen, Menschen mit Behinderung, wohnungslose Menschen, Jüdinnen*Juden und migrantisch gelesene Menschen entschlossen bekämpft. Daher werden wir die von der Expertenkommission vorgeschlagenen Maßnahmen für einen Neuanfang bei der Polizei konsequent umsetzen. Dazu gehört auch ein neues Leitbild für die Arbeit der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft. Rechtsextreme Haltungen und menschenverachtende

Einstellungen haben in der Polizei keinen Platz, deshalb stärken wir die demokratische Resilienz der Polizei und begegnen menschenverachtenden Tendenzen mit allen rechtlichen Mitteln. Die Polizei ist eine lernende Organisation und braucht eine Kultur zum Umgang mit Fehlern. Evaluierungen müssen regelmäßig durchgeführt und nach außen transparent gemacht werden. Dabei ist auch durch entsprechende Studien zu hinterfragen, ob dem Handeln unbewusst Vorurteile bis hin zum Racial Profiling zugrunde gelegt werden. Wir wollen das Vertrauen in die Polizei nachhaltig stärken, polizeiliches Handeln kritisch betrachten, um es transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten. Daher wollen wir auf Grundlage der Erfahrungen im Bund und in anderen Bundesländern mit einem Modellversuch die Einführung eines Quittungssystem bei Personen- und Verkehrskontrollen erproben und empirisch begleiten, um Aufschluss über das Kontrollverhalten der Polizei und mögliches Racial Profiling zu erhalten. Flächendeckende kontinuierliche Weiterbildung und Sensibilisierung vor allem im Bereich der Vorurteilskriminalität sind für uns wesentlich für erfolgreiche Polizeiarbeit. Deshalb legen wir in der Aus- und Weiterbildung, insbesondere von Führungskräften, einen Schwerpunkt auf weitere Präventions- und Supervisionsmaßnahmen und die Vermittlung von politischer Bildung, rassismus- sowie gendersensibler Polizeipraxis. Die Polizei soll in der Ausbildung und im Austausch mit Betroffenen stärker für die Opferperspektive sensibilisiert werden. Wir möchten die Stelle des Bürger- und Polizeibeauftragten auf Grundlage der praktischen Erfahrungen evaluieren und gemeinsam mit Expert*innen weiterentwickeln. Hierbei wollen wir sowohl die Befugnisse und Kompetenzen der Stelle als auch die Stelle an sich ausweiten und stärken, um sicherzustellen, dass sich Betroffene von Polizeigewalt und -fehlverhalten sicher Hilfe und Beratung holen können.

Bei schwierigen Einsatzlagen verbessern wir die psychosoziale Erstbetreuung am Tatort. Die Polizei muss sich nach außen öffnen, indem beispielsweise Lehrende verstärkt nicht nur aus der Polizei selbst stammen und die Polizei den Austausch mit der Zivilgesellschaft intensiviert. Wir wollen die Aussagekraft der Kriminalstatistik weiter verbessern, z. B. durch die aussagekräftige Darstellung von kinder-, frauen-, queer- und behindertenfeindlichen sowie rassistischen Straftaten in der Kriminalstatistik. Für eine wissenschaftliche Analyse von Prävention bis zum Justizvollzug, die eine effektive Polizeiarbeit und den Justizvollzug stärkt, streben wir zusätzlich einen periodischen Sicherheitsbericht auf Landesebene an.

Aus den Untersuchungsausschüssen lernen

Der Untersuchungssauschuss zur Mordserie des NSU hat ebenso wie die Untersuchungsausschüsse zum Mord an Walter Lübcke und zum rassistischen Anschlag von Hanau gezeigt, dass unsere Sicherheitsbehörden ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden sind, Menschenleben zu schützen und Gefahren für unsere Demokratie abzuwehren. Aufklärung schafft Vertrauen. Genau das brauchen die hessischen Sicherheitsbehörden. Daraus werden wir weitere Lehren und Konsequenzen ziehen. Als Beispiele, bei denen wir aus Fehlern lernen wollen, sind der Umgang mit Akten über Rechtsextremisten, die Betreuung von Opfern bei Großlagen, der Umgang mit Angehörigen und die Verschärfung des Waffenrechts zu nennen. Wir unterstützen die Pläne des Bundes für ein zentrales NSU-Archiv und wollen uns als Land aktiv an dem Aufbau beteiligen.

Demokratie fördern

Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft, die für die Werte unserer Verfassung einsteht. Das Demokratiezentrum Marburg haben wir zu einer Fach- und Koordinierungsstelle mit ausgewiesener Expertise ausgebaut. Es stellt ein umfangreiches Angebot zur Verfügung, um demokratische Strukturen zu stärken, Rechtsextremismus und Rassismus vorzubeugen sowie Betroffenen Hilfe zu geben. Das Demokratiezentrum, das Landesprogramm „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ und die zahlreichen engagierten Organisationen und Initiativen in diesem Bereich werden wir weiter stärken. Durch ein Hessisches Demokratiefördergesetz wollen wir die Finanzierung auf eine verlässliche Grundlage stellen und dauerhafte Beratungsstrukturen schaffen. Wir werden die Angebote gemeinsam mit den Träger*innen weiter ausbauen und insbesondere für die ländlichen Regionen dezentralisieren. Den Weiterbildungsmaster „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ wollen wir bedarfsgerecht ausbauen.

Wir stehen dafür ein, dass jüdisches Leben in Sicherheit möglich ist. Daher schützen wir Jüdinnen*Juden und jüdische Orte und bekämpfen Antisemitismus als strukturelles, gesellschaftliches Problem und treten Judenhass entschlossen entgegen. Wir benennen Antisemitismus nach der Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA). Wir erfassen antisemitische Straftaten und judenfeindliche Vorfälle, auch unterhalb der Strafbarkeitsschwelle, und finanzieren Melde- und Beratungsstellen. Wir thematisieren antisemitische Verschwörungsmythen und die Kontinuität der Judenfeindschaft durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und fördern antisemitismuskritische Präventions- und Bildungsangebote. Wir prüfen die Einführung neuer Feier- und Gedenktage zur Steigerung des Demokratiebewusstseins.

Als GRÜNE Hessen setzen wir uns aktiv gegen Rassismus ein und streben ein friedvolles und rassismusfreies Leben in Hessen an. Daher wollen wir gemeinsam mit der Wissenschaft und den Verbänden einen landesweiten Aktionsplan gegen Rassismus auf den Weg bringen. Wir wollen das gesellschaftliche Bewusstsein dafür stärken, dass bestimmte Formulierungen (wie das N-Wort) für Menschen verletzend und diskriminierend sind und daher nicht verwendet werden sollten. Wir unterstützen Initiativen auf Landes- und kommunaler Ebene, die an diesem Thema arbeiten. Unser Ziel ist eine vielfältige und inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt sind und respektiert werden. Des Weiteren engagieren wir uns für die Umsetzung der Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft.

Unsere Verfassung schützen

Angesichts der Bedrohungen unserer Demokratie vor allem durch gewaltbereiten Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, unsere Verfassung untergrabende Delegitimierung des Staates und Verschwörungsideologien braucht es gezielter staatlicher Anstrengungen zum Schutz der Werte unserer Verfassung. Wir wollen, dass Bestrebungen, die sich gegen die Grundwerte unserer Verfassung richten, frühzeitig erkannt werden und dass über sie gegenüber der Öffentlichkeit berichtet wird. Das Landesamt für Verfassungsschutz ist dieser Aufgabe in der Vergangenheit oft nicht gerecht geworden. Deshalb werden wir den begonnenen Umstrukturierungsprozess konsequent fortsetzen und weiterschreiben. Dazu gehört, dass wir die wissenschaftliche Expertise im Verfassungsschutz selbst sowie die Einbeziehung von externer wissenschaftlicher Expertise stärken wollen, um die Strukturen und Zusammenhänge demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen effizient zu beobachten und zu analysieren. Wir setzen auf klare Qualifikationskriterien für die Mitarbeitenden des Verfassungsschutzes und eine kontinuierliche Weiterbildung. Die parlamentarische Kontrolle werden wir weiter stärken. Verfassungsschutz in einem demokratischen Rechtsstaat bedeutet für uns, dass die Mitarbeiter*innen dieser Behörde die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden und dass ihre interkulturelle Kompetenz durch zielgerichtete Aus- und Fortbildung gestärkt wird. Die Beschaffung von Informationen durch den Verfassungsschutz haben wir neu strukturiert und auf eine wissenschaftliche Basis gestellt. Die Beobachtung des digitalen Raums hat an Bedeutung gewonnen, um Radikalisierung durch rechtsextremistische Ideologien zu verfolgen. Um Radikalisierung vor dem Bildschirm zu verhindern, stärken wir die Fähigkeiten des Verfassungsschutzes in diesem Bereich und klären die Bevölkerung über die Risiken auf. Für uns gilt auch weiterhin, dass der Einsatz von V-Leuten nachrangig zu anderen Aufklärungsmöglichkeiten ist und immer auf seine Wirkung überprüft werden muss. Deshalb wollen wir prüfen, wie der Einsatz von V-Leuten vor allem im Phänomenbereich Rechtsextremismus noch sicherer und zuverlässiger und für Sicherheitsorgane nachvollziehbarer gestaltet werden kann.

Kommunalpolitik ist der direkte Zugang zur Demokratie

In den hessischen Städten und Gemeinden spielt sich das Leben ab. Kommunale Entscheidungen wirken sich direkt auf unser Umfeld aus. Die kommunalen Parlamente sollen deshalb vielfältiger, moderner und flexibler werden sowie Bürger*innen regelmäßig aktiv einbeziehen. Dafür wollen wir die richtigen Weichen stellen. Wir wollen Kommunen den rechtlichen Rahmen geben, um Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik zu verwirklichen. Dazu gehört, digitale kommunale Sitzungen rechtssicher zu ermöglichen, falls das vor Ort gewünscht wird.

Wir wollen die ehrenamtlich engagierten Mitglieder in den kommunalen Parlamenten stärken. Die Kommunalparlamente sollen städtische Gesellschaften und die staatlichen Abteilungen der Kommunalverwaltung mit Frage- und Auskunftsrechten kontrollieren können. Zum Schutz der Kandidierenden auf Wahllisten soll nur noch die Erreichbarkeitsadresse veröffentlicht werden. Wir wollen Maßnahmen zur Korruptionsprävention in Kommunen prüfen, wie beispielsweise Sonderkommissionen in den Regierungspräsidien oder die Möglichkeit zur Einrichtung einer Kontrollkommission aus der Mitte des Gemeindeparlaments zur Prüfung von Vergabeverfahren. Durch Qualifikation und Beratung wollen wir Kommunen auf Grundlage des Tariftreue- und Vergabegesetzes in die Lage versetzen, bei der Vergabe geeignete und angemessene soziale und ökologische Anforderungen zu berücksichtigen.

Städte und Gemeinden sollen bei wichtigen Entscheidungen ihre Bürger*innen einbinden. Dazu wollen wir die Einrichtung von Bürger*innenräten ermöglichen, deren Mitglieder nach einem repräsentativen Losverfahren ausgewählt werden. Kinder- und Jugendparlamente werden wir stärken. Die Möglichkeit für eine Bürger*innenfragezeit, wie sie in einigen hessischen Gemeinden bereits praktiziert wird, wollen wir in der Hessischen Gemeindeordnung vorsehen.

Für eine an Humanität orientierte Asylpolitik

Wir sehen es als unsere Pflicht, Menschen auf der Flucht in Hessen einen sicheren Hafen zu gewähren. Die Kriege in Syrien, Afghanistan und der Ukraine haben in den letzten Jahren viele Menschen dazu gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Seit wir an der Landesregierung beteiligt sind, musste deshalb gleich zweimal einer großen Zahl an aus ihrer Heimat vor Krieg geflüchteten Menschen in Hessen ein neues Zuhause gegeben werden. Dies ist gelungen durch ein großes Engagement von Kommunen und Ehrenamtlichen. Als Land haben wir mit Aktionsplänen die Herausforderungen gemeistert und das Engagement unterstützt. Mit dem Landesaufnahmeprogramm für 1.000 Menschen aus Afghanistan haben wir Familien in Hessen zusammengeführt. Auch zukünftig wollen wir solche Programme auflegen.

Nicht jede*r Geflüchtete wird dauerhaft in unserem Land bleiben können. Wir setzen uns aber dafür ein, dass Menschen, die sich in Hessen ein Leben aufgebaut haben, in Hessen eine neue Heimat finden können. Ein Weg hierzu ist der Spurwechsel vom Asyl- in ein Einwanderungsverfahren. Um Bleibeperspektiven zu prüfen und zu eröffnen, wollen wir eine zentrale Anlaufstelle als „Willkommenszentrum“ einführen, um zügig und aus einer Hand bei der Anerkennung von Abschlüssen, aufenthaltsrechtlichen Fragen und Integrationsmaßnahmen zu unterstützen. Es ist aber auch ein Beitrag, den Fachkräftemangel zu reduzieren.

Aufenthaltsbeendende Maßnahmen und Abschiebungen sind rechtsstaatliche Maßnahmen, die behutsam und angemessen durchzuführen sind. Die Betroffenen wollen wir in der schwierigen Situation bestmöglich unterstützen, und wir berücksichtigen insbesondere die Belange von Kindern und Familien. Die freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang vor einer Abschiebung. Daher wollen wir die Rückkehrberatung für Menschen ohne Bleibeperspektive evaluieren und gegebenenfalls weiterentwickeln.

In Hessen werden politisch Verfolgte von unterschiedlichen Institutionen unterstützt. Das Land hat auf unsere Initiative hin begonnen, diese Arbeit zu fördern, beispielsweise mit der unabhängigen Verfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen und den psychosozialen Zentren für Geflüchtete. Außerdem haben wir eigene Stipendien für politisch Verfolgte aufgelegt. Dies wollen wir in Kooperation mit den bestehenden Strukturen ausbauen.

Ehrenamt im Sport unterstützen

Der Breitensport wird in Hessen von den Ehrenamtlichen in den Vereinen getragen. Hier treffen Menschen mit ganz unterschiedlichen sozialen, kulturellen und geografischen Hintergründen zusammen. Sport verbindet, bringt unsere Gesellschaft zusammen und hält gesund. Das vielfältige Vereins- und Sportangebot werden wir daher weiter unterstützen und das Ehrenamt stärken und entlasten. Dafür unterstützen wir besonders offene Sportangebote für ein niedrigschwelliges Bewegungsangebot und Angebote im ländlichen Raum auch für kleinere Zielgrup-

pen. Wir wollen, dass jedes Kind einem wohnortnahen Sportangebot nachgehen kann und ein Angebot für den Schwimmunterricht bekommt. Dafür werden wir den Erhalt der hessischen Bäderlandschaft weiter fördern sowie Vereine und Kommunen dabei unterstützen, ihre Sportstätten im Sinne der Klimaziele zu sanieren. Die Förderung werden wir außerdem so überarbeiten, dass sie auch Rettungsstationen zugutekommen kann. Spielplätze für alle Generationen regen zum gemeinsamen Spielen, zu Bewegung und zum Austausch zwischen Jung und Alt an. Wir wollen Bewegungsräume in den Quartieren und Gemeinden, z. B. durch generationenübergreifende Bewegungsstätten, fördern. Für uns ist bei der Sportförderung wichtig, dass wir überall in Hessen für unterschiedliche Altersgruppen, für Frauen und Mädchen sowie Geflüchtete und queere Personen Angebote machen. Wir stehen für einen auf die Athlet*innen zentrierten Leistungssport. Wir fördern Hessens Sporttalente wohnortnah, indem wir die regionalen Talentzentren stärken und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Vereinen vor Ort unterstützen.

Wir stärken den Kampf gegen physische, psychische und sexualisierte Gewalt im Sport und entwickeln gemeinsam mit der Sportjugend das Programm „Kindeswohl im Sport“ weiter. Wir beteiligen uns an der Kampagne des Bundes zur Sensibilisierung und Prävention bei Vereinen und Verbänden.

Für starke Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz

Hessens Feuerwehren, die Rettungsdienste und der Katastrophenschutz sind nicht nur da, wenn es brennt. Sie sind immer dann zur Stelle, wenn Menschen Hilfe brauchen – 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche, und das ganz überwiegend ehrenamtlich. Wir unterstützen die Wehren bei der Gewinnung von neuen engagierten Mitgliedern und Personal. Dazu gehört beispielsweise auch, mit Umkleiden die baulichen Voraussetzungen für einen höheren Frauenanteil zu schaffen. Im Ernstfall müssen alle in der Lage sein, schnell zu reagieren, sich und andere zu schützen und Schäden gering zu halten. Dafür werden wir weiter in die Ausrüstung investieren. Durch den Klimawandel sind die Feuerwehren und der Katastrophenschutz durch Starkregenereignisse, extreme Hochwasser sowie trockene Sommer mit hoher Waldbrandgefahr zusätzlich gefordert. Wir stellen uns dafür weiter mit einer guten finanziellen, personellen und technischen Ausstattung für die Prävention als auch für die akute Hilfe auf und passen die Ausrüstung der Wehren den Erfordernissen des Klimawandels an. Wir wollen den engen Austausch zwischen Katastrophenschutz, Feuerwehren, Umweltbehörden sowie Städten und Gemeinden stärken und schreiben unsere Konzepte zur Bekämpfung von Waldbränden sowie Starkregenereignissen kontinuierlich fort. Für eine Anpassung kommunaler Gefahrenabwehr und des Krisenmanagements aufgrund von aktuellen und dynamischen Veränderungen, die die nicht polizeiliche Gefahrenabwehr an die Grenzen bringen, unterstützen wir die Kommunen in Zusammenarbeit mit allen Blaulichtorganisationen bei der Verbesserung von Strukturen. Mit gezielten organisationsübergreifenden Aus- und Fortbildungskonzepten bereiten wir die Einsatzkräfte darauf vor. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf immer wichtiger werdende Warnsysteme wie Sirenen und Apps sowie deren Barrierefreiheit, um im Ernstfall alle Menschen warnen zu können.

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement tragen unsere Gesellschaft

Der ehrenamtliche Einsatz vieler Menschen in unserem Land trägt unser Zusammenleben und unsere Gesellschaft. Ob in der Jugendarbeit, den Naturschutzverbänden, im Sport, in der Kultur, den Religionsgemeinschaften oder Hilfsorganisationen und bei der Unterstützung von Geflüchteten und in vielen weiteren Bereichen unserer Gesellschaft organisieren sich Millionen Menschen in Hessen ehrenamtlich. Sie tragen entscheidend zum Zusammenhalt der Gesellschaft und zu unserem Gemeinwesen bei. Ihre Arbeit unterstützen und fördern wir. Erfolgreiche Programme wie die Ehrenamtscard, die Ehrenamtssuchmaschine, den Ehrenamtsnachweis, den Versicherungsschutz und die LandesEhrenamtsagentur Hessen bauen wir weiter aus. Wir wollen die koordinierende Rolle der LandesEhrenamtsagentur Hessen weiter stärken. Wir werden eine Ehrenamtsstrategie für das Land Hessen erarbeiten, die die Förderstrukturen für ehrenamtliches Engagement weiterentwickelt.

Für eine moderne Verwaltung und einen attraktiven öffentlichen Dienst

Ob es um die Bewältigung der Coronapandemie, die Genehmigung von Windkraftanlagen oder die Planung von Radwegen geht: Ohne eine funktionierende Verwaltung geht gar nichts. Deshalb hat das Land Hessen eine hohe Verantwortung für seine Beschäftigten und ist in der Pflicht, attraktive und moderne Arbeitsbedingungen anzubieten. Um moderne Arbeitsplätze zu schaffen für Beamt*innen und Angestellte, arbeiten wir weiter an flexiblen Arbeitszeitmodellen. Dazu gehören für uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Unterstützung bei Care-Arbeit, klare und flexible Homeoffice-Regelungen und flache Hierarchien. Ebenso gehört dazu eine zeitgemäße Büroausstattung, die den Anforderungen der Digitalisierung gerecht wird. Die Ausbildung der Mitarbeitenden für die Verwaltung an den Hochschulen und Verwaltungsfachhochschulen richten wir modern aus. Dafür verzahnen wir die Ausbildung eng mit der Verwaltungsforschung.

Wir setzen uns dafür ein, unsere Verwaltung zu modernisieren. Bürokratie soll durch Transparenz und Sicherheit der Demokratie dienen, überflüssige Bürokratie hingegen wollen wir abbauen. Neue Regelungen müssen so beschlossen werden, dass sie nicht zu immer komplexeren und schwierigeren Verfahren in der Umsetzung führen. So schaffen wir es, dass unsere Verwaltung handlungs- und reaktionsfähig ist und Planungs- sowie Umsetzungszeiten kürzer werden. Wir wollen eine Kultur behördlicher Zusammenarbeit und die Ermöglichung innovativer Ansätze. Die Menschen, die in den Verwaltungen arbeiten, leisten tagtäglich Großes, aber viele systemische Probleme stehen ihnen im Weg. In der Verwaltung gibt es längst viele positive Ansätze, auf denen es aufzubauen lohnt. Eine moderne und effektive Verwaltung benötigt moderne Strukturen, die über eine reine Digitalisierung hinausgehen. Wir streben über das bereits Erreichte hinaus ein Höchstmaß an Transparenz und Übersichtlichkeit bei der Gesetzgebung an.

Die öffentliche Verwaltung ist als Arbeitgeberin vom Fachkräftemangel stark betroffen. Die Verwaltung braucht kluge Köpfe, einerseits zur Bewältigung der herausfordernden Arbeit und andererseits als Impulsgeber für eine Modernisierung aus der Verwaltung heraus. Um interessant für Bewerber*innen zu sein, müssen durch eine Flexibilisierung des Angestellten- und Beamtenrechts die Chancen des Seiteneinstiegs erleichtert und vorherige andere Berufserfahrungen stärker berücksichtigt werden. Im Wettbewerb um Personal sind attraktive Arbeits- und Einkommensbedingungen wesentlich. Beamt*innen erfüllen wichtige Aufgaben und müssen angemessen bezahlt werden. Bei der Anpassung der Beamt*innenbesoldung an die geltende Rechtsprechung sind wir erste, wichtige Schritte gegangen und werden die notwendigen weiteren Anpassungen vornehmen. Das Beamt*innenrecht soll dem Tarifrecht folgen, insbesondere sollen Tarifergebnisse auf Beamt*innen übertragen werden. Die aktuelle Benachteiligung von freiwillig gesetzlich gegenüber privat krankenversicherten Beamt*innen wollen wir abbauen. Wir werden die Einführung einer pauschalen Beihilfe in Form eines Zuschusses des Dienstherrn zu den Krankenversicherungsbeiträgen vollständig freiwillig gesetzlich oder vollständig privat versicherter Personen prüfen. Als Land gehen wir mit gutem Beispiel voran und stärken die Mitbestimmungsrechte der Personalräte in den Bereichen Gesundheitsschutz, Digitalisierung und neue Arbeitsformen. Wir wollen die Tarifgemeinschaft der Länder weiter davon überzeugen, die Vorteile des hessischen Tarifvertrags zu übernehmen.

Der zunehmenden Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes treten wir entschieden entgegen und werden weitere Maßnahmen ergreifen, um die Beschäftigten zu schützen und sie bei Übergriffen zu unterstützen. Für eine gute Kultur in unseren Behörden fördern wir Antidiskriminierung nach innen wie nach außen. Wir wollen Themen wie interkulturelle Kompetenzen, den Umgang mit Aggressionen und Antidiskriminierung in der Aus- und Weiterbildung stärken. Dafür setzen wir uns als Land, aber auch in Partnerschaft mit den Kommunen als Arbeitgebern, weiter ein.

Kapitel 11 Eine starke, unabhängige und funktionsfähige Justiz als Grundlage unseres Rechtsstaats

Eine funktionsfähige Justiz, auf deren Unabhängigkeit die Bürger*innen in Hessen vertrauen können, ist das Fundament des Rechtsstaats und damit für eine funktionierende Demokratie unabdingbar. Dazu gehören unabhängige Gerichte und eine leistungsfähige Justizverwaltung. Eng damit verbunden sind Prävention, Opferschutz, Resozialisierung und sichere Unterbringung der verurteilten Straftäter*innen. Eine funktionierende Justiz geht über Strafverfahren hinaus, sie ist so vielfältig wie gesellschaftliche Konflikte und regelt das Zusammenspiel von Staat und Individuen umfassend. Sie ist damit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar. Um auch künftig ausreichend gut qualifiziertes Personal für diese verantwortungsvollen Tätigkeiten zu finden, wollen wir die Justizberufe so attraktiv gestalten, dass sich auch künftig die gut qualifizierten Absolventen der verschiedenen Ausbildungsgänge für den Justizdienst entscheiden.

Wir haben schon einiges erreicht. Mit dem hessischen „Pakt für den Rechtsstaat" haben wir einen verlässlichen Stellenaufwuchs in allen Gerichtszweigen geschaffen, der für eine leistungsfähige Justiz wichtig ist. Wir haben es Richter*innen ermöglicht, den Eintritt in den Ruhestand um ein Jahr nach hinten zu verschieben. Mit dem Landeshaushalt für die Jahre 2023 und 2024 haben wir diesen Ansatz nochmals deutlich ausgebaut. Mit den Häusern des Jugendrechts werden Jugendliche dabei unterstützt, nicht in dauerhafte Kriminalität abzugleiten. Dazu kommt die Schaffung der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität (ZIT) als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Straftaten im Internet, besonders Kinderpornografie, Drogen- oder Waffenhandel. Sie ist außerdem ein Baustein zur Bekämpfung von Hate Speech. Als besonderen Ausdruck der Verantwortung und der Solidarität hat der Hessische Landtag nach den rassistischen Morden von Hanau auf unsere Initiative hin einen mit 2 Millionen Euro pro Jahr ausgestatteten „Fonds für die Opfer und Angehörige schwerer Gewalttaten von landesweiter Bedeutung und von Terroranschlägen" gegründet.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt.

Justizbehörden zukunftsfähig aufstellen

Arbeitsplätze in der Justiz sind vielfältiger, als es auf den ersten Blick erscheint. Wir wollen in allen Bereichen, sei es im Justizvollzug, bei den Wachtmeister*innen, den Servicemitarbeiter*innen, Rechtspfleger*innen, Justizfachanstellten, Gerichtsvollzieher*innen und Bewährungshelfer*innen und Richter*innen sowie Staatsanwält*innen, die Attraktivität der Justiz als Arbeitgeberin stetig verbessern. Zugleich setzen wir uns auch hier, wie in allen gesellschaftlichen Bereichen, dafür ein, dass die Justizbehörden die Gesellschaft in ihrer Diversität abbilden. Eine rechtsstaatliche Justiz ist unabhängig von Einflussnahmen der Exekutive. Wir prüfen Möglichkeiten zur Stärkung der richterlichen Selbstverwaltung ebenso wie eine Beschränkung des ministeriellen Weisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften.

Gute Arbeitsbedingungen sind eine entscheidende Voraussetzung, um die nötigen Stellen in den Justizbehörden zeitnah zu besetzen. Dazu gehören neben der Verbesserung der Eingangsbesoldung und der zügigen Durchführung von Bewerbungsverfahren auch die Schaffung eines modernen, familienfreundlichen Arbeitsumfelds mit modernen Arbeitsmitteln und zeitgemäßen Räumlichkeiten sowie die verstärkte Anpassung der Arbeitszeitmodelle an die Bedürfnisse der Beschäftigten — bis hin zur Prüfung von Sabbaticals. Zudem sollte geprüft werden, ob das Modell des Lebenszeitarbeitskontos allen Justizmitarbeiter*innen eröffnet werden kann. Der Einsatz der elektronischen Akte muss mit einer entsprechend technischen Ausstattung der Arbeitsplätze und der Sitzungssäle einhergehen. Die Digitalisierung der Justiz erfordert verstärkte Schulungen und mehr entsprechend geschultes, gut

bezahltes IT-Fachpersonal für den erforderlichen Support. Fort- und Weiterbildungen wollen wir flächendeckend ermöglichen. Die Einsatzmöglichkeiten künstlicher Intelligenz zur Unterstützung insbesondere für Rechercheaufgaben bei umfangreichen Materialsammlungen oder sonstigen Massenaufgaben werden wir prüfen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Justiz wollen wir ausbauen. Sie ist ein wichtiges Element, um Gerichtsverfahren und Entscheidungen auch über die herkömmlichen Medien hinaus nachvollziehbar und verständlich zu kommunizieren und dadurch Rechtsfrieden herzustellen. Zur Herstellung des Rechtsfriedens kann auch ein außergerichtliches Schiedsgerichtsverfahren dienen. Hier wollen wir auf den vorhandenen Grundlagen aufbauen und professionelle Dialogformate oder Mediationen zur Herstellung von sozialem Frieden verstärkt in den Blick nehmen.

Es ist uns bewusst, dass die personelle Ausstattung der Justiz mit dem erhöhten Aufkommen an Strafanzeigen aufgrund neuer Gesetze oder neuer gesellschaftlicher Entwicklungen Schritt halten muss, damit Verfahren auch sachgerecht abgearbeitet werden können. Wir wollen die durchschnittliche Verfahrensdauer verkürzen. Alle dazu nötigen Maßnahmen werden wir prüfen. Wir werden sehr genau in den Blick nehmen, in welchen Bereichen dazu besondere Unterstützung durch erhöhten Personaleinsatz nötig ist. Wir unterstützen den Einsatz von Videoübertragungen bei Verhandlungen und wollen dies zunehmend zu einer Arbeitsroutine werden lassen. Offene Stellen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften wollen wir schnellstmöglich nachbesetzen. Wir begegnen den Belastungen der Studierenden und der Prüfungsämter sowie dem Personalmangel in der Justiz mit einer Modernisierung der juristischen Ausbildung. In diesem Zusammenhang wollen wir eine Verlängerung der Regelstudienzeit ebenso prüfen wie die Einführung eines integrierten Bachelors in das Jurastudium.

Die Digitalisierung hat den Aufgabenbereich der Justiz grundlegend verändert. Einerseits, weil neue Deliktarten hinzugekommen sind. Andererseits, weil die Bekämpfung von schweren Straftaten im Internet, wie etwa der Kinderpornografie, besondere technische Ressourcen und Fertigkeiten erfordert. Wir wollen den Kampf gegen im Internet begangene Straftaten wie Kinderpornografie, Drogen- oder Waffenhandel effizient verstärken. Wir werden deshalb die bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main angesiedelte „Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität (ZIT)“ personell weiter aufstocken und fachlich weiterentwickeln. Die begonnenen Maßnahmen im Kampf gegen Hate Speech im Internet werden wir fortlaufend weiter anpassen.

Wir wollen die Justiz entlasten und die Ahndung geringfügiger Regelverstöße mit Freiheitsstrafen vermeiden. Deshalb werden wir auch in Zukunft Initiativen zur Entkriminalisierung von Bagatelldelikten ergreifen. Wir begrüßen Initiativen auf Bundesebene, um ticketloses Fahren im ÖPNV und das „Retten“ weggeworfener Lebensmittel („Containern“) nicht mehr als Straftat einzustufen. Auf hessischer Ebene prüfen wir Vereinbarungen mit den Verkehrsverbünden, ticketloses Fahren im ÖPNV als nicht anzuzeigenden Vertragskonflikt zu behandeln.

Prävention als Leitgedanke

Die Vermeidung von Straftaten hat für uns einen hohen Stellenwert. Präventionsarbeit wollen wir, wo immer möglich, verstärken. Insbesondere wollen wir das Abdriften von jungen Menschen in eine kriminelle Karriere verhindern. Daher unterstützen wir auch weiterhin das Konzept der Häuser des Jugendrechts und wollen den sozialen Aspekt und ihre interdisziplinäre Arbeit weiterhin stärken und vertiefen. Die Bündelung von Kräften und Kompetenzen an einem Ort hat sich als guter Weg erwiesen, Jugendliche vor dem dauerhaften Abgleiten in die Kriminalität zu bewahren. Wir wollen deshalb an geeigneten Standorten weitere Häuser des Jugendrechts etablieren. Die bereits existierenden Häuser des Jugendrechts wollen wir stärken.

Zur Vorbeugung vor Straftaten werden häufig gerichtliche Anordnungen wie Wohnungsverweisung oder Näherungsverbote ausgesprochen, insbesondere auch zum Schutz von von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern. Diese Anordnungen werden immer wieder von den Tätern missachtet. Um dies zu verhindern, wollen wir ein wirksames Gefährdungsmanagement etablieren und damit auch einen Beitrag zur Verhinderung von Femiziden leisten. Hierfür kann z. B. die elektronische Fußfessel ein wirksames Mittel sein. Außerdem wollen wir die aktive Aufklärungsarbeit über Femizide in der Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei verstärken.

Strafvollzug und Resozialisierung

Die Resozialisierung stellt das wesentliche Ziel des Strafvollzugs dar und dient einem wirksamen Schutz vor neuen Straftaten. Die beste Prävention besteht darin, wenn entlassene Strafgefangene künftig straffrei leben. Zur Erfüllung dieses Anspruchs müssen in den Justizvollzugsanstalten entsprechende Angebote vorgehalten, ausgebaut und mit Stellen hinterlegt werden. Dazu gehören Beratungs- und Bildungsangebote vor allem im Jugendstrafvollzug, die die Radikalisierung der Inhaftierten vermeiden helfen. Das schließt auch einen eingeschränkten Zugang zum Internet ein, der ermöglicht, Nachrichtenseiten und Bildungsangebote abzurufen sowie E-Mails an freigeschaltete Adressen zu senden. Die muslimische Seelsorge, die – neben der vorhandenen christlichen Seelsorge – seit unserer Regierungsbeteiligung in den Anstalten deutlich verbessert wurde, wollen wir weiter ausbauen. Ebenso wie die Angebote zur Suchtberatung. Wir wollen Inhaftierten einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu freiwilligen Psychotherapien ermöglichen. Durch eine Stärkung der Straffälligenhilfe wollen wir zusätzlich dazu beitragen, dass keine weiteren Straftaten begangen werden. Hiermit wollen wir auch die Perspektive der Opfer stärker ins Bewusstsein rufen. Der Täter-Opfer-Ausgleich, Mediations- und Beratungsangebote sind hierfür wichtige Bausteine.

Anerkennung für geleistete Arbeit ist Teil einer erfolgreichen Resozialisierung. Daher wollen wir die Vergütung für Gefangenenarbeit angemessen erhöhen. Mit entsprechenden Vorbereitungsprogrammen wollen wir den offenen Vollzug weiter stärken.

Niemand sollte allein deswegen ins Gefängnis kommen, weil sie*er eine Geldstrafe nicht bezahlen kann. Deshalb werden wir die bereits bestehenden Angebote, die Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit abzuwenden, ausbauen und die Beratung der Betroffenen intensivieren. Hierfür ist eine auskömmliche Finanzierung freier Träger der Straffälligenhilfe, die auf diesem Gebiet wertvolle Arbeit leisten, sicherzustellen.

Opfer von Straftaten schützen, Unterstützungsangebote ausbauen

Wir wollen einen besseren Opferschutz im Strafverfahren erreichen. Deshalb werden wir die Hilfseinrichtungen für Opfer von Straftaten stärker unterstützen und legen dabei einen Schwerpunkt auf die Opfer von Sexualstraftaten sowie rassistischen, antisemitischen oder homo- und transphoben Übergriffen. Bei den Staatsanwaltschaften wollen wir Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen etablieren, an die sich von sexualisierter Gewalt betroffene Opfer wenden können. Wir wollen uns für eine bessere Verankerung des Opferschutzes in den maßgeblichen Bundesgesetzen einsetzen. Im Rahmen der Polizeiausbildung wollen wir den angemessenen Umgang mit Opfern von Straftaten umfassend verankern.

Opfer von Straftaten und Gewaltverbrechen und deren Angehörige wollen wir auch nach Abschluss eines Verfahrens nicht alleine lassen. Wichtig sind hier neben fundierter Beratung vor allem der schnelle Zugang zu psychotherapeutischer Beratung und finanzieller Unterstützung. Wir wollen daher für eine breitere Fortbildung von Rechtsanwälten im Opferrecht werben und setzen uns für einen besseren Zugang zu ambulanter und stationärer Psychotherapie ein. Hier sind mit dem Opferentschädigungsgesetz bereits gute Anfänge gemacht. Die Umsetzung der Novelle des Opferentschädigungsgesetzes werden wir in diesem Sinne eng begleiten.

Die Unterstützung durch den hessischen „Fonds für die Opfer und Angehörige schwerer Gewalttaten von landesweiter Bedeutung und von Terroranschlägen“ wollen wir verstetigen und ausbauen. Die Betreuung sowie Versorgung von Opfern und Betroffenen von Gewalt und Terror und deren Angehörigen ist uns ein besonderes Anliegen und muss stetig ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Landesopferberatung in ihrer Wirksamkeit und bei der Entwicklung konkreter Handlungsleitfäden. Dabei sind bereits vorliegende Erkenntnisse wie die der Bundesopferberatung einzubeziehen.

Kapitel 12 Hessen vernetzt in Europa und der Welt – global denken, lokal handeln

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt. Nach der Zerstörung zweier Weltkriege sind aus verfeindeten Menschen Freunde und aus gegnerischen Staaten Partner geworden. Europa ist die Antwort auf unsere Sicherheit, aber auch auf andere globale Herausforderungen. Wir sind überzeugt, dass wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nur global bewältigen können. Ganz besonders zählen wir dabei auf unsere europäischen Partner*innen. Wir haben Europa gebraucht, um gemeinsam die Pandemie zu bekämpfen, und wir brauchen Europa, um gemeinsam das Klima zu schützen.

Wie zerbrechlich der Frieden in Europa ist, wurde uns mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine bewusst. Wir verurteilen diesen Angriff zutiefst und stehen an der Seite der Ukraine. Der Krieg mahnt uns, in Europa vereint und solidarisch zusammenzustehen. Europa ist ein wichtiger Baustein in einer internationalen Friedensordnung. Deshalb stellen wir uns in Europa gegen nationalistische Kräfte, die glauben, angesichts großer Herausforderungen sei es besser, auf nationale Lösungen zu setzen. Wir sind der festen Überzeugung, dass nationaler Egoismus der falsche Weg ist. Wir setzen auf eine Politik, die europäische Solidarität zum Kompass macht. Die Zeitenwende fordert uns, die Europäische Union der Zukunft neu auszuhandeln. Die Europäische Kommission hat mit den Reformvorschlägen der „Konferenz zur Zukunft der EU“ gemeinsam mit den Bürger*innen in der EU einen ersten Schritt gemacht. Wir setzen uns dafür ein, Reformen auf dem Weg zu einer Föderalen Europäischen Republik voranzubringen, insbesondere für die Abschaffung nationaler Vetos, die Einführung eines Initiativrechts für das Europaparlament, mehr EU-Investitionen in Klimaschutz und Soziales und eine ambitionierte Reform hin zu einer ökologischeren EU-Agrarpolitik, zu mehr Gemeinwohlorientierung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Wir haben schon einiges erreicht. Wir haben Europa für junge Menschen erlebbar gemacht. Infolge der Coronapandemie konnten junge Menschen Europa nicht bereisen. Mit der Verlosung von mehr als 3.300 Interrail-Tickets und der Veranstaltung des ersten hessischen Jugend-Europa-Festivals konnten wir Jugendliche nach Europa bringen und Europa zu den jungen Menschen in Hessen. Für einen Austausch fördern wir seit Jahren die Partnerschaftsvereine im Europanetzwerk und pflegen einen partnerschaftlichen Austausch mit unseren Partnerregionen. Wir engagieren uns in Europa und darüber hinaus für Menschenrechte und unterstützen politisch Verfolgte mit Stipendien. Als wichtiger europäischer Finanzplatz haben wir in der Landesregierung besonders das Thema Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in den Mittelpunkt unserer Aktivitäten in Brüssel gesetzt. Wir arbeiten eng mit den in Hessen angesiedelten europäischen Institutionen zusammen und werben aktiv für Neuansiedlungen.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt.

Europa nah bei den Menschen in Hessen

Die europäische Idee ist dann erfolgreich, wenn sie von Menschen gelebt wird. Deshalb ist das Ziel unserer Europapolitik, die Europäische Union den Menschen in Hessen näherzubringen, sie erlebbar zu machen und den Austausch zu ermöglichen. Vor Ort an vier Standorten in Hessen sind die Europe Direct Informationszentren (EDIC) der Europäischen Kommission die ersten Anlaufstellen für Bürger*innen. Sie wollen wir unterstützen, genauso wie zivilgesellschaftliche und überparteiliche Netzwerke für Europa in Hessen. Wir wollen das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen (EPN) stärker fördern, auch in seiner Rolle, die Kommunen und Schulen zu beraten und zu unterstützen. Wir unterstützen das Ziel einer Europäischen Staatsbürgerschaft, der Unionsbürgerschaft. Als Schritt in diese Richtung wollen wir das Wahlrecht für EU-Bürger*innen bei Landtagswahlen ermöglichen.

Von herausgehobener Bedeutung ist für uns der Austausch mit unseren europäischen und außereuropäischen Partnerregionen, den wir in den Bereichen Klimaschutz und Bildung besonders verstärken wollen. Wir wollen den europaweiten Austausch und die Basis interkultureller Kompetenzen auf Behördenebene fördern und damit auch die bestehenden Städte- und Regionalpartnerschaften mit Leben füllen und neue Partnerschaften fördern. Dabei haben wir einen besonderen Fokus auf kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Kooperationen mit den EU-Beitrittsländern Ukraine, Moldau, Georgien und den Staaten des westlichen Balkans. In Anlehnung an das ERASMUS Staff Mobility Program wollen wir über ein eigenes „Hessen ERASMUS"-Programm den Mitarbeitenden in den Landes- und Kommunalverwaltungen Austausche ermöglichen. Hessens Bürger*innen profitieren von der EU durch zahlreiche Förderprogramme. Damit die Mittel in der Fläche Hessens ankommen, stärken wir die Kompetenzen der Regionalmanager*innen im Bereich EU-Fördermittelberatung und wollen für ihre Unterstützung ein EU-Back-Office für Regionalmanager*innen schaffen. Wir legen einen neuen Fokus auf Strategische Partnerschaften für Kreativität, Kunst und Kultur im Rahmen von Erasmus+ und Kreatives Europa.

Europa für junge Menschen erlebbar machen

Die Europäische Union ist unsere Zukunft. Deshalb setzen wir uns besonders dafür ein, dass die junge Generation Europa erleben kann. Wir setzen uns für den Ausbau von EU-Jugend- und Austauschprogrammen ein, damit jede*r Schüler*in und jede*r Auszubildende unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ein Kultur- oder Bildungsprojekt im europäischen Ausland erleben kann. Wir unterstützen die 34 Europaschulen in Hessen, bauen die Verlosung von Interrail-Tickets für junge Menschen aus und führen das Jugend-Europa-Festival fort, um der Jugend eine laute Stimme zu geben. Dieses Engagement wollen wir verstärken und besonders den digitalen Austausch zwischen Schulen weiterentwickeln. Wir wollen den europäischen Gedanken bereits in der Schule stärken und diese Zielsetzung im Schulunterricht vertiefen, dabei stehen die europäische Demokratie, Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Förderung von Mehrsprachigkeit im Mittelpunkt. Damit das gelingt, wollen wir mehr Pädagog*innen unterstützen, am Erasmus+-Programm für Lehrkräfte und Erzieher*innen sowie an Weiterbildungsangeboten teilzunehmen, und die Koordinierungsstellen für Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken. An Hessens Hochschulen und Forschungseinrichtungen findet vielfältige Forschung zu Europa statt, die durch Wissenschaftskommunikation dazu beitragen kann, Perspektiven auf unsere Nachbarn und die europäische Union zu öffnen. Damit auch in Hessen Studium und Lehre europäisiert werden, unterstützen wir die EU-Initiative der European Universities zugunsten hessischer Hochschulen. Wir möchten die europäische Mobilität für Studierende und Forschende aus Hessen steigern und unterstützen daher das Vorhaben der EU zur Einführung von „European Degrees".

Europäische Integration für sozialen Zusammenhalt

Hessen ist europäisch. Wir sind der Sitz vieler europäischer Institutionen und ein wichtiger europäischer Mobilitäts- und Internetknotenpunkt. Wir sind ein wichtiger europäischer Finanzplatz und haben exzellente wissenschaftliche Institute im internationalen Bereich sowie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und viele Nichtregierungsorganisationen, die von Hessen aus in die Welt wirken und umgekehrt. Deshalb tragen wir ebenso Verantwortung dafür, dass die europäische Integration nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial gerecht gestaltet wird. Wir werden unsere Arbeit mit den in Hessen angesiedelten europäischen und internationalen Institutionen verstärken und aktiv für Neuansiedlungen werben.

Wir wollen den Zugang für EU-Fachkräfte zum hessischen Arbeitsmarkt erleichtern und die Anerkennung von EU-Berufsabschlüssen vereinfachen. Außerdem stärken wir die Beratungsangebote für entsandte Beschäftigte zum Schutz vor schlechten Arbeitsbedingungen und Ausbeutung, besonders in den Sektoren Logistik, Bau, Landwirtschaft und sogenannter 24-Stunden-Pflege.

Wir wollen europäische Wirtschaft und Mobilität nachhaltig entwickeln. Deshalb unterstützen wir die Vernetzung hessischer Unternehmen mit wirtschaftlichen Akteur*innen in strukturschwachen Gebieten und führen die

intensive Beratung zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung fort. Wir bekennen uns zur zentralen Rolle Hessens innerhalb eines starken europäischen Bahnnetzes und setzen uns für gute Tag- und Nachtzugverbindungen von Hessen in alle Himmelsrichtungen des europäischen Auslands ein. Hessen hat durch den Finanzplatz Frankfurt eine besondere Verantwortung, organisierte Kriminalität sowie organisatorische und propagandistische finanzielle Unterstützung aus dem Ausland für Extremismus und Diktaturen im Finanzsektor grenzüberschreitend zu bekämpfen. Wir bekennen uns zu der damit verbundenen Notwendigkeit, bestimmte Kriminalitätsphänomene in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten zu bekämpfen.

Wertegeleitete Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftspolitik

Mit dem Leitbild der Nachhaltigkeitsstrategie und den Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit hat sich die Hessische Landesregierung zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 verpflichtet. Dies wollen wir gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Kräften insbesondere mit Verbänden, Akteur*innen, migrantischen Communitys und Vereinen mit internationalen Bezügen weiterentwickeln. Gerade für ein international so verflochtenes Land wie Hessen ist eine wertegeleitete sowie feministische Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftspolitik wichtig. Soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards global einzuhalten, muss als Leitlinie für Strategien und Gesetze dienen, für die Umsetzung der Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie und des Tariftreue- und Vergabegesetzes ebenso wie für die Umsetzung des eingeführten Klima-Checks. Deshalb werden wir u. a. die Arbeit des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen (EPN) stärker fördern sowie Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Fair-Trade-Kommunen zu werden. In internationalen Handelsabkommen müssen Menschenrechte, faire Arbeitsbedingungen, hohe Umweltstandards, Verbraucher*innenrechte und der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge garantiert angestrebt werden. Schritte in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation wie z. B. die Umstellung auf erneuerbare Energien dürfen nicht durch Handels- und Investitionsklagen behindert werden.

Als Land Hessen setzen wir uns beim Bund für eine Visaerleichterung für Menschen aus außereuropäischen Ländern ein, die aus kulturellen, wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Gründen nach Hessen reisen.

Kapitel 13 Nachhaltige Finanzen und Investitionen in die Zukunft

Wir stehen auch bei den öffentlichen Finanzen für Nachhaltigkeit. Auf einem begrenzten Planeten ist nichts endlos vermehrbar. Das gilt insbesondere für das Geld der Bürger*innen, mit dem der Staat seine Ausgaben finanziert. Nachhaltige Finanzen bedeuten daher für uns, verantwortungsbewusst mit den uns zur Verfügung stehenden Steuermitteln der Bürger*innen umzugehen, eine moderne und leistungsfähige Verwaltung zu garantieren, das Landesvermögen zu sichern und stetig auszubauen sowie in eine lebenswerte Umwelt zu investieren. Starke Schultern können dabei mehr tragen als schwächere. Nachhaltigkeit bedeutet auch bei den Finanzen Generationengerechtigkeit. Die Summe von Vorsorge und Belastungen muss für jede Generation ausgeglichen sein. Dabei nehmen wir neben dem Schuldenstand des Landes auch weitere Hypotheken für kommende Generationen wie ausbleibenden Klimaschutz und den Zustand der Infrastruktur in den Blick.

Wir haben schon einiges erreicht. In den Jahren unserer Regierungsbeteiligung haben wir Schulden abgebaut, klug investiert und Vorsorge für zukünftige Risiken getroffen. Die Landesfinanzen haben wir mit der Reform der Landeshaushaltsordnung auf doppisches Rechnungswesen und konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Mit dem Programm „CO_2-neutrale Landesverwaltung“ sind wir auf Kurs, bis 2030 die Emissionen auf null zu senken – minus 65 Prozent haben wir im Vergleich zu 2008 bereits erreicht. Die Mittel für die Kommunen haben wir verlässlich und kontinuierlich auf ein Rekordniveau gesteigert. Mit dem sogenannten „Flächenmodell mit Lagefaktor“ haben wir für die Grundsteuer ein gerechtes und transparentes Modell gefunden, das wir gemeinsam mit den Kommunen umsetzen.

Das war erst der Anfang. Unser Land braucht mehr. Mehr Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Mehr Willen, diese Herausforderungen zu gestalten. Mehr Verantwortung, diesen Weg für alle fair und gerecht zu beschreiten. Gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt.

Schuldenbremse weiterentwickeln

Der Grundgedanke der Schuldenbremse hat sich bewährt. Für uns steht fest, dass die laufenden Ausgaben des Staates auch aus den laufenden Einnahmen finanziert werden müssen. Allerdings darf die Schuldenbremse nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den Klimaschutz unterbleiben, denn auch dies hinterlässt kommenden Generationen eine Hypothek. Wir treten daher für eine Weiterentwicklung der Schuldenbremse ein, die Kredite für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sowie in Klimaschutz verbunden mit einem konkreten Tilgungsplan zulässt. Die Mittel des Klima- und Transformationsfonds wollen wir durch eine Weiterentwicklung der Schuldenbremse mit zweckgebundenen Krediten weiter aufstocken, sodass zusätzliche Investitionen in Klimaschutz und -anpassung finanziert werden können und wir schneller vorankommen.

Solange das Grundgesetz dafür nicht geändert wurde, werden wir die verfassungsrechtlichen Spielräume der Schuldenbremse nutzen, um Zukunftsinvestitionen zu finanzieren. Wir denken hier insbesondere an öffentliche Investitionsgesellschaften, Förderprogramme unter dem Dach der landeseigenen WIBank und die Schaffung von Investitionsfonds mit privatem Kapital.

Fairer Finanzausgleich zwischen Land und den Kommunen

Ein Großteil der Entscheidungen, die den Alltag der Menschen betreffen, wird in den Kommunen getroffen. Diese werden durch ehrenamtliches Engagement der Bürger*innen selbst getragen. Wir wollen, dass das ehrenamtliche Engagement der Mitbürger*innen vor Ort in der Kommunalpolitik Spaß macht – und sich nicht in Spardebatten erschöpft. Wir wollen den Kommunen daher weiterhin die erforderlichen Geldmittel zur Durchführung der übertragenen Aufgaben zusichern und stellen ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung

zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung. Nur gut finanzierte Kommunen können Klimapolitik gestalten, Digitalisierung vorantreiben, den sozialen Ausgleich vor Ort wahren und Bildungsgerechtigkeit leben. Bei den auf Hessen entfallenden Steuereinnahmen setzen wir uns für eine faire Verteilung zwischen dem Land und den Kommunen, aber auch zwischen den Kommunen selbst ein. In diesem Sinne werden wir den kommunalen Finanzausgleich (KFA) weiterentwickeln.

Nachhaltiges Finanzwesen

Wir werden bei der Aufstellung und dem Vollzug des Landeshaushalts die Auswirkungen von Fördermaßnahmen und Investitionen auf Klima und Umwelt bewerten und setzen uns dafür ein, klimaschädliche Subventionen abzubauen. Die Anlagestrategie des Landes richten wir weiterhin konsequent auf nachhaltiges Investment und das 1,5-Grad-Ziel aus. Dazu gehört auch die weitere Ausgabe von Green Bonds, also nachhaltigen Finanzanleihen. Aktuelle Weiterentwicklungen in diesem Bereich werden wir hierbei im Blick behalten, beispielsweise Sustainability Linked Bonds. Bei Beteiligungen des Landes an Wirtschaftsunternehmen ist deren Beitrag zu den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen für uns eine wesentliche Zielgröße in der Unternehmenssteuerung. Den öffentlichen Auftrag der Sparkassen werden wir um einen Nachhaltigkeitsaspekt erweitern. Auch werden wir die Auswirkungen und die Prioritätensetzungen des Landeshaushalts mit Fokus auf die Geschlechtergerechtigkeit in den Blick nehmen (Gender Budgeting).

Steuerkriminalität und Geldwäsche bekämpfen

Wir setzen uns auf allen Ebenen für mehr Steuergerechtigkeit ein. Steuerbetrug muss nachhaltig bekämpft und Steuervermeidungsmöglichkeiten müssen reduziert werden. Dafür ist eine gut ausgestattete Finanzverwaltung unverzichtbar. Daher werden wir sie im Hinblick auf moderne, digitale Strukturen, Transparenz und Bürger*innenfreundlichkeit stärken, um Steuerkriminalität wirksamer und zeitnaher zu bekämpfen. Um die kriminellen Finanzströme der Organisierten Kriminalität gezielter und wirksamer aufzudecken, wollen wir die Geldwäschebekämpfung weiter stärken und setzen uns für die Ansiedlung der neuen europäischen Anti-Geldwäsche-Behörde in Frankfurt ein.

Ablösung der Staatskirchenleistungen

Wir wollen, sofern eine Bundesregelung zustande kommt, zeitnah mit den Kirchen in Hessen in einen Dialog über die in Artikel 52 der Hessischen Verfassung vorgesehene Ablösung der Staatskirchenleistungen treten.

Frankfurt wird europäischer Sustainable Finance-Standort

Wir sind überzeugt, dass eine ökologisch ausgerichtete Finanzwirtschaft eine Schlüsselrolle beim Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise einnimmt und wollen aus Hessen heraus mehr öffentliches und privates Kapital in nachhaltige Investitionen lenken. Am Finanzplatz Frankfurt bringen wir mit dem Green and Sustainable Finance Cluster Germany die verschiedenen Akteur*innen zusammen, unterstützen damit gezielt Innovationen, die Umwelt und Gesellschaft zugutekommen, und wollen die Sustainable Finance-Strategie der Bundesregierung von Frankfurt aus entscheidend mitgestalten.

landesverband@gruene-hessen.de
/gruenehessen
www.gruene-hessen.de
@gruenehessen
@gruenehessen
@hessengruen

Hessen lieben.

Zukunft leben.